

Schwerpunktthema:



**Brennpunkt Mocambique**

Nr. 117 · Mai 1984

Destabilisierungspolitik in Mocambique ·  
Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts  
gewachsen... · Dringende Hilfsaufrufe  
· Die Verfassungsreform in Südafrika

Außerdem:

**Nachrichten und Berichte zu:**  
Nicaragua, Chile ·  
**BRD-Entwicklungspolitik · Register ·**  
**BUKO-Kampagne · Aktion:**  
Vegetarische Woche ·  
**Umweltverschmutzung in der 3. Welt ·**  
**Tigray-Interview · Filmrezension...**

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-  
(DM 30,- für einkommensschwache  
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

## Zwischen den Jahren



Reimar Paul  
Mit den Arbeitsbrigaden in  
**NICARAGUA**

192 S. viele Fotos ISBN 3-923478-10-0  
Bestell-Nr. 108 DM 14.80

Ende Dezember 1983 traf die erste internationale Arbeitsbrigade in Nicaragua ein. 150 Frauen und Männer aus der westdeutschen Solidaritätsbewegung halfen zehn Wochen lang bei der Kaffee- und Kartoffelernte. Sie lernten ein Land kennen, daß sich im Aufbruch, im Umbruch befindet — zwischen den Jahren. Sie erfuhren die sozialen Probleme dieses armen Landes ebenso wie die revolutionäre Begeisterung der Massen. Sie lebten, arbeiteten und diskutierten mit der Landbevölkerung und sprachen mit den politischen Führern der Sandinisten.

Das Buch schildert anschaulich die Erfahrungen der Brigadisten in dieser völlig neuen Form von internationaler Solidaritätsarbeit. Zugleich vermittelt es wichtige Eindrücke und Informationen über ein Land zwischen Revolution und drohender Intervention durch Contras und USA.

**Verlag Die Werkstatt**  
Lotzestr. 24 A, 3400 Göttingen  
Telefon 0551/7700557

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 128

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli 1984

Solidaritätspreis DM 4,-

## Alfonsín: "Weine nicht, Argentinien!"



**Aus dem Inhalt dieser Nummer:**

**ARGENTINIEN:** Menschenrechte im Abseits — Wirtschaftskrise —  
Diskussion über Atomenergie — **BOLIVIEN:** Interview mit Lechín —  
**NICARAGUA:** Wahlen — **ECUADOR:** Die Wahl eines Chicago-Boys —  
**CUBA:** Neckermann-tourismus — **DOMINIKANISCHE REPUBLIK:**  
Hintergründe des Hungeraufstandes

## INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:.....	3
— ARGENTINIEN: Menschenrechte im Abseits? .....	5
Brief eines politischen Gefangenen in Villa Devoto .....	12
Die wirtschaftliche und politische Situation .....	18
Diskussion über Atomenergie .....	25
— BOLIVIEN: Interview mit Juan Lechín .....	29
— CUBA: Cuba si — Neckermann-Tourismus nein danke! .....	33
— NICARAGUA: Die Präsenz der Vereinigten Staaten in den Wahlen Nicaraguas .....	37
— DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Die Vorgeschichte der Osterunruhen .....	55
— ECUADOR: Wird die Geschichte zurückgedreht? .....	59
— BRD: Spiegel-Arroganz .....	71
Stoppt die Wende im BMZ .....	73
Offener Brief an Bundesminister Warnke .....	75
Besuch aus Südafrika .....	77
— REZENSION: Hoch die (Inter)nationale Solidarität .....	79
— ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	80
— TERMINE .....	81

Impressum  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke  
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 14. Juni 1984

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

### EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

## Zu diesem Heft

Gerade passend zum Erscheinen der letzten LN, die zwei lange Artikel zur Situation der Miskito enthielt, widmeten sich auch andere Blätter dieser Frage. Der USA-Korrespondent der Frankfurter Rundschau, der sich schon zu Beginn des Jahres in einer einwöchigen Reise über die Verhältnisse in Mittelamerika "sachkundig" gemacht hatte und in fast täglichen Reportagen enthüllte, "wie es wirklich ist" (nämlich: die geschundene Mitte zwischen den Extremen), brachte es auf Seite 1. Die Beschuldigungen Denis Reichles, die von Massenmorden der Sandinisten an den Miskitos ("15 000 Tote") über Konzentrationslager bis zu Raub und Zerstörung der Ernährungsgrundlage reichten, sollten den totalitären Charakter des sandinistischen Regimes beweisen.

Nun ist ja bekannt, daß seitens der Sandinisten sowohl grundsätzliche Fehler in der Indianerpolitik als auch Ausschreitungen einzelner Angehöriger Sicherheitskräfte begangen wurden (und z.B. in LN 112 und 127 war davon zu lesen). Die Informationspolitik der Regierung in Managua, die lange Zeit verhinderte, daß die Vorkommnisse offen untersucht und diskutiert werden konnten, tat das Ihre dazu, daß Spekulationen wuchern konnten. Dennoch ist die Problematik der Atlantikküste nicht unbekannt. Das fiel dann offensichtlich auch der FR auf, als die heimische Redaktion nach empörten Protesten der eigenen Meldung verspätet - und nicht eben akkurat recherchiert - gegenteilige Informationen hinterherschickte.

Die Grünen im Bundestag kamen nicht darauf, sich z.B. bei ihrem "außerparlamentarischen Standbein" Solidaritätsbewegung zu informieren. Sie forderten eine internationale Untersuchungskommission, die die Vorwürfe Reichles untersuchen soll. Auch wenn ein Drängen nach Aufklärung und offener Diskussion immer richtig ist, wertet diese an den Beschuldigungen Reichles festgemachte Forderung diese auf und läßt den Anschein entstehen, als wenn es wirklich neue Erkenntnisse wären, von denen die Grünen überrascht sind. Da mögen auch die Journalistischen Meriten, die sich Reichle bei der Enthüllung der Zustände in Kambodscha unter den Roten Khmer verdient hat, eine Rolle gespielt haben. Die Geschichte Werner Herzogs, der aus Reichles Material einen Film machen will, hätte aber eher mißtrauisch machen müssen. Die Aguaruna in Peru die mit Herzog Erfahrungen eigener Art gemacht haben (vgl. LN 101), würden sich sicher wundern, wenn sie erfahren, daß er jetzt zum Verteidiger ihrer indianischen Schwestern und Brüder geworden sein soll.

Wenn Reichle sich nach seinen Erfahrungen mit der Weltpolitik nur noch um Minderheiten kümmern will, so mag das zunächst eine ganz ehrenwerte Sache sein. Nur ist die Minderheit, der er hier hilft, offensichtlich nicht die der Miskitos, sondern die der Somozisten. Denn von deren Gewalttaten an Miskitos hat er anscheinend auf seinen Streifzügen nichts mitbekommen, obwohl es offensichtlich ist, daß seine Reise in Begleitung konterrevolutionärer Gruppen verlief. Aber vielleicht sind Miskitos, die sich nicht der FDN anschließen, auch keine "Miskitos", sondern "Sandinisten".

Reichles Enthüllungen in New York gewinnen ihren besonderen Stellenwert denn auch vor dem Hintergrund der US-internen Auseinandersetzungen um die Unterstützung der Contra und der Bemühungen der Reagan-Regierung, sich selbst als verhandlungsbe-reits (Shultz-Besuch!), die Sandinisten aber als totalitäre Unruhestifter dazustellen.

Die Sandinisten sehen das offensichtlich so und haben erkannt, daß Offenheit gegenüber Fehlern günstiger für sie ist als eine Politik der Verschleierung. Die positive Reaktion der nicaraguanischen Botschaft in Bonn auf die Initiative der Grünen, Einladung an Schriftsteller und anderes mehr weisen auf eine zunehmende Sensibilität in diesem Bereich hin. Auch die Menschenrechtskommission der OAS, die in einem jetzt veröffentlichten Bericht vom letzten Jahr ansonsten schwere Vorwürfe gegen die Regierung erhebt, konstatiert eine Verbesserung der Situation der Miskitos. Bleibt zu hoffen, daß die Lernprozesse sowohl auf Seiten der Sandinisten als auch bei den Miskitos weitergehen.

Die Wahlen in Nicaragua sind unterdessen für die "Weltöffentlichkeit" zu einem zentralen Maßstab der Beurteilung des politischen Prozesses dort geworden. Eine Untersuchung des Instituto Histórico Centroamericano analysiert die Rolle von Wahlen in der Geschichte des Landes. Es zeigt dabei auf, daß Wahlen bisher in Nicaragua das Gegenteil der Durchsetzung des Volkswillens bedeuteten und beleuchtet die massive Einflußnahme der USA in der Geschichte des Landes.

In Argentinien wächst die Enttäuschung über die Menschenrechtspolitik von Präsident Alfonsín. Noch immer sitzen über 100 politische Häftlinge in den Gefängnissen des Landes; die Regierung weigert sich, ihre Freilassung als politische Aufgabe zu akzeptieren und verweist sie auf einen langwierigen Rechtsweg. Während sich die wenigen Prozesse gegen führende Militärs vor Militärgerichten dahinschleppen, unternimmt die Justiz größere Anstrengungen, ehemalige Montoneros zu verurteilen. Eingeklemmt zwischen den demokratischen Forderungen breiter Sektoren und dem Desinteresse der kompromittierten politischen und wirtschaftlichen Führungskliquen des Landes an einer politischen Analyse der Diktatur, versucht die Regierung die Diskussion dadurch zu vermeiden, daß sie den schwarzen Peter den Gerichten zuschiebt. Ihre Argumentation erinnert fatal an die furchtbaren Juristen der BRD, für die nicht Unrecht werden kann, was einmal Recht war. Gleichzeitig häufen sich die Wirtschaftsprobleme, für die die Regierung kein kohärentes Programm entwickelt hat; sie wird wohl letztlich dem Druck des IWF und interessierter Wirtschaftskreise nachgeben und eine Politik nach deren Muster auf dem Rücken des Volkes einleiten. Die Kungelei mit den alten Gewerkschaftsbossen zur Duldung einer solchen Politik hat bereits begonnen.

Die Diskussion um den Zusammenhang von neoliberalen Wirtschaftsmodellen und politischen Systemen erhält gegenwärtig auch durch andere Entwicklungen neue Nahrung. Während lange Zeit die These vorherrschte, nur mit der Macht der Gewehre könne eine solche Wirtschaftspolitik betrieben werden, weisen Beispiele wie Jamaica und Costa Rica und - in anderem Zusammenhang - Großbritannien und die USA darauf hin, daß es auch mit anderen Mechanismen gelingen kann. In Ecuador wurde jetzt ein Präsident gewählt, der genau diese Politik mit dem Hinweis auf den Vorbildcharakter des chilenischen Modells durchzusetzen "versprach". Gleichzeitig bieten gerade Militärdiktaturen die schlagendsten Beweise für das Scheitern neo-liberaler Rezepte (Chile, Argentinien).

Andererseits haben die konkreten Auswirkungen der IWF-Politik in Bolivien und der Dominikanischen Republik Proteste und Widerstände hervorgerufen. Der unterschiedliche Verlauf dieser Aktionen weist auf die jeweiligen Besonderheiten dieser Länder hin.

Über Ecuador, Bolivien und die Dominikanische Republik finden sich in diesem Heft Beiträge.

## ARGENTINIEN

### Menschenrechte im Abseits?

Präsident Raúl Alfonsín trat sein Amt mit dem Image des Mannes an, der sich als Regierungschef für die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen einsetzen wird: Freilassung der politischen Gefangenen, Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und Bestrafung der für die Verbrechen der Militärdiktatur Verantwortlichen. Nach halbjähriger Amtszeit ist das leuchtende Image etwas verblaßt: Immer noch sitzen über 100 politische Häftlinge in argentinischen Gefängnissen, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen schleppt sich dahin, die Bestrafung der Schuldigen läßt auf sich warten. Eine politische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, die so notwendig wäre für die Demokratisierung des Landes, findet nicht statt; die Regierung verweist die Menschenrechtsorganisationen auf die Gerichte.

#### WO SIND DIE VERSCHWUNDENEN?

Immer noch stellen die argentinischen Menschenrechtsorganisationen diese Frage. Immer noch demonstrieren die Mütter der Plaza de Mayo jeden Donnerstag vor der Casa Rosada, um den Präsidenten aufzufordern, die Aufklärung des Schicksals der Verschleppten mit mehr Nachdruck zu betreiben. In den letzten Monaten zeichnete sich immer deutlicher die schreckliche Antwort auf die Frage ab: Sie sind tot, ermordet. Es gibt praktisch keine Hoffnung mehr, daß die Forderung nach dem "lebendigen Wiederauftauchen" noch in Erfüllung gehen könnte.

Die von Alfonsín im vergangenen Dezember eingesetzte Kommission unabhängiger Persönlichkeiten unter dem Vorsitz des Schriftstellers Ernesto Sábato hat unterdessen 10 000 Fälle von ermordeten "Verschwundenen" dokumentiert. Im Verlauf der Nachforschungen, die laut Angaben Sábatos von den Militärs sehr erschwert wurden, haben die Kommissionsmitglieder 300 Geheimgefängnisse ausfindig gemacht. Die Kommission will demnächst Pläne und Bilder der Geheimgefängnisse sowie "mehrere Tausend Aussagen von Zeugen" (SZ, 10.5.84) vorlegen. Sie kann allerdings den vom Präsidenten gesetzten Termin für die Vorlage des Berichts - den 30. Juni - nicht einhalten, da die Behinderungen des Militärs die Arbeit sehr verzögert haben.

Was allerdings bei Vorlage dann mit dem Bericht werden soll, ist unklar. Die Kommission selbst hat keine Möglichkeit, gegen die Schuldigen vorzugehen. Sie kann den Bericht lediglich den Gerichten übergeben.

#### WENN MAN SCHON NICHT DIE MILITÄRS INHAFTIERT ...

Die Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen der Militärdiktatur sollen nach einem Gesetz vom Dezember 1983 vor Militärgerichten ablaufen. Das bedeutet, daß Angehörige des Militärs über andere Militärs richten in einer Situation, in der bekannt ist, daß das Militär als Institution an den Verbrechen der Diktatur beteiligt war. Was das bedeutet, drückte eine der Mütter der Plaza de Mayo so aus: Welcher Überlebende des Terrors wird bereit sein, vor seinen ehemaligen Folterern als Zeuge auszusagen?

Dazu kommt, daß die Ermittlungen vor Militärgerichten nicht öffentlich sind, so daß die argentinische Öffentlichkeit zwar Gerüchte und eventuelle Urteile erfährt, aber keine genauen Informationen über den Prozessverlauf erhält.

Nach Beendigung des Militärgerichtsprozesses haben zwar die Opfer der Diktatur das Recht, eine Berufungsverhandlung vor einem zivilen Gericht zu fordern, aber die eigentliche Entscheidung trifft der Staatsanwalt, da nur er den Antrag beim Berufungsgericht stellen kann. Damit sind die Rechte der Opfer sehr stark eingeschränkt.

Und noch eine Bestimmung des Gesetzes schränkt die Strafverfolgungsmöglichkeiten ein: Artikel 9 des Gesetzes sieht die Möglichkeit vor, daß die Angeklagten sich damit rechtfertigen können, "daß sie nur Befehle befolgt haben". In diesem Fall muß nachgewiesen werden, daß sie über die Befehle hinausgegangen sind. Damit ist für sehr viele Offiziere ein großes Schlupfloch geschaffen; wer will schon beweisen, daß sie aus eigenem Antrieb gehandelt haben?

Diese Einschränkungen stehen im Einklang mit der Politik Alfonsíns, der kein Interesse daran hat, das argentinische Militär als Institution in Frage zu stellen. Bestraft werden sollen nur die Planer und Befehlshaber sowie diejenigen, die "besonders grausam" gehandelt haben. Die große Mehrheit der an der Repression Beteiligten soll straflos ausgehen. Statt einer politischen Analyse der Funktionsweise der Diktatur, statt der politischen Frage nach der Stellung des Militärs in der argentinischen Gesellschaft soll nur die Frage nach der persönlichen Verantwortung einiger weniger exponierter Offiziere gestellt werden. Damit geht es offensichtlich nur um den besonderen Sadismus Einzelner - die Diktatur als Folge der Bosheit von General Videla und Konsorten.

Der bisherige Verlauf der Prozesse gegen die Hauptverantwortlichen der Diktatur - soweit es darüber Informationen gibt - bestätigt diese Einschätzung. Im Dezember und Januar erschienen in der bundesdeutschen Presse fast täglich Meldungen über Anklageerhebung und Inhaftierung der **bekanntesten** Generäle: Die Angehörigen der ersten Junta (General Videla, Admiral Massera, Brigadier Agosti) vor Gericht; General Viola inhaftiert; General Galtieri angeklagt. Seither schleppen sich die Prozesse hin - und die Öffentlichkeit erfährt praktisch nichts. Nach Angaben von Angehörigen der Menschenrechtsorganisationen befindet sich unterdessen der Großteil der Beschuldigten wieder auf freiem Fuß. Ex-Diktator Videla konnte sogar in einem Zeitungsinterview den Putsch und den Staatsterror rechtfertigen und der Regierung Alfonsín die Opposition des Militärs gegen seine Politik verkünden.



Juntachef Videla  
Soviet Tote wie notwendig



Leopoldo Fortunato GALTIERI

Während über die Verfahren gegen die Angehörigen der ersten drei Militärjuntas wenig bekannt ist, machen zwei Prozesse Schlagzeilen: die Verfahren gegen General Camps und Admiral Chamorro. General Camps war während der Militärdiktatur Polizeichef von Buenos Aires. In einem Interview mit einer spanischen Zeitung rühmte er sich, für das "Verschwinden" von 5 000 Menschen verantwortlich zu sein und verkündete, er würde dies jederzeit wieder tun. Da ließ sich eine Inhaftierung wirklich nicht mehr vermeiden. Admiral Chamorro war zeitweise Leiter der berühmten Escuela Mecánica de la Armada (Technische Fachhochschule der Marine), in der eines der schlimmsten Folterzentren der Diktatur eingerichtet worden war. Der Prozeß erhielt vor allem deshalb große Aufmerksamkeit, weil es dabei u.a. um die Verwicklung Chamorros in die Ermordung der argentinischen Diplomatin Elena Holmberg geht. Frau Holmberg, die der Diktatur als diplomatische Vertreterin in Paris gedient hatte, war nach einer politischen Auseinandersetzung mit dem damaligen Junta-Mitglied Admiral Massera verschleppt und ermordet worden. Ihre Familie - die zur argentinischen Oberschicht gehört - betreibt seit Jahren mit Nachdruck die Suche nach den Schuldigen. Diese Familie hat die Mittel und den Einfluß, um für eine Bestrafung der Schuldigen zu sorgen. Die Familien der Tausenden von Opfern, die nicht zu den Mächtigen zählen, haben diese Mittel nicht.

### ... DANN WENIGSTENS DIE MONTONEROS

"Wenn die Militärs vor Militärgerichten stehen, dann müßte eigentlich Sendero Luminoso über die Montoneros richten", hieß es in einem Zeitungskommentar. Mit den Montoneros jedoch befassen sich die zivilen Gerichte. In vielen Reden hat Alfonsín immer wieder auf das Recht auf Widerstand gegen eine verfassungswidrige Diktatur hingewiesen. Dies scheint aber nicht für die Angehörigen der peronistischen Guerillaorganisation Montoneros zu gelten. Sie fallen unter eine andere Kategorie: Für sie gilt die Ankündigung Alfonsíns, man werde sowohl die Verbrechen des Staatsterrorismus wie auch die der "Subversion" verfolgen.

Dies bedeutet, daß sich die neue Regierung auf ein Legitimationsmuster der Militärdiktatur einläßt, die ja ihre Repression mit dem "Kampf gegen die Subversion" begründet hat. Gleichzeitig dürfte dies der Beruhigung des rechten Parteiflügels der Regierungspartei UCR gelten. Diese Partei stand unter der Diktatur nicht gerade an der Spitze des Widerstandes gegen die Diktatur, sondern rechtfertigte ebenfalls den Terror gegen "Staatsfeinde". Von dem verstorbenen langjährigen Parteiführer Ricardo Malbin stammt sogar der Ausdruck "industrielle Subversion", womit Streiks und der Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gemeint ist. Dieser Teil der Regierungspartei hat keinerlei Interesse an einer Amnestie für die Angehörigen bewaffneter Organisationen.

Auf den ersten Blick hat die Argumentation eine gewisse Berechtigung: die Aktionen der Montoneros begannen nicht erst nach dem Militärputsch von 1976, sondern richteten sich bereits gegen die gewählte peronistische Regierung. Dabei wird aber übersehen, daß der Staatsterror ebenfalls schon unter dieser Regierung mit dem Aufbau der paramilitärischen AAA (Alianza Anticomunista Argentina), mit der Verschleppung, Folterung und Ermordung oppositioneller Gewerkschafter und Intellektueller begann. Auch wenn viele Aktionen der Montoneros politisch unsinnig und nicht zu rechtfertigen waren, erlaubt dies noch lange keine Gleichsetzung mit dem Staatsterrorismus. Auch in diesem Fall wird die politische Auseinandersetzung in Strafverfahren vor Gerichten verwandelt.

Ein Fall, der für Schlagzeilen sorgte, ist die Inhaftierung von Obergón Cano. Cano war unter der peronistischen Regierung Gouverneur der Provinz Córdoba. Nach dem Putsch ging er ins Exil und schloß sich 1977 den Montoneros an. Er gab eine ihrer Zeitschriften heraus. Als er am 20. Dezember 1983 nach Argentinien zurückkehrte, wurde er sofort festgenommen und vor Gericht gestellt. Die Anklage lau-

tet: Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" und Verletzung des "Gesetzes über die nationale Sicherheit" (dieses Gummigesetz war einer der juristischen Vorwände der Repression). Die Anklage nach der verhandelt wird, wurde bereits unter der Militärdiktatur formuliert.

## FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Immer noch sitzen über hundert Menschen aus politischen Gründen in den argentinischen Gefängnissen. Die Menschenrechtsorganisationen haben 113 Fälle dokumentiert: 3 Gefangene wurden aufgrund ihrer Militärzugehörigkeit durch Kriegsgerichte verurteilt, 21 durch "Sonder-Kriegsgerichte" und 89 durch die Bundesjustiz.

Die meisten von ihnen wurden bereits vor dem Militärputsch verhaftet, aber zumeist erst nach dem Putsch verurteilt. Folgende Zahlen von Servicio Paz y Justicia verdeutlichen, daß ihre Prozesse in keiner Weise den Normen für einen fairen Prozeß entsprachen: 57 hatten gar keinen Verteidiger; von den 35 Anwälten, die politische Gefangene vertraten, "verschwanden" 6, 7 wurden ermordet, 10 selbst inhaftiert und 12 gingen ins Exil. 48 Personen wurden verurteilt, ohne jemals ihren Richter gesehen zu haben, weitere 48 sahen ihn nur einmal. 103 Gefangene wurden gefoltert. Auch die Angehörigen wurden verfolgt: 58 wurden verschleppt, 146 ermordet, inhaftiert oder mußten ins Exil gehen.



"Über die politischen Gefangenen wurde gerichtet, indem ihre politische Arbeit Strafrechtsnormen unterworfen wurde, die in vielen Fällen erst durch die von der faktischen Gewalt (der Diktatur, d. Red.) neugeschaffenen "Gesetze" auftauchten. Sie wurden von Funktionären verurteilt, die aufgrund einer formalen Ernennung zu "Richtern" die Anweisung der berühmten-berüchtigten "Doktrin der Nationalen Sicherheit" verpflichteten faktischen Exekutivgewalt ausführten. Diese zu "Richtern" ernannten Funktionäre wurden in flagranter Verletzung des Artikels 86, Abs. 5 der Nationalen Verfassung eingesetzt. Aber auch vorher verfassungsmäßig eingesetzte Richter wie die irregulär ernannten schworen ohne Ausnahme auf die Statuten des "Prozesses der nationalen Reorganisation", denen die höchste Verfassungsnorm unterworfen wurde. Die Strafprozeßverfahren, die an die Bundesjustiz weitergeleitet wurden, waren offensichtlich willkürlich und irregulär: Das verfassungsmäßige Recht auf Verteidigung wurde auf jede nur mögliche Art und Weise verletzt ...; die Unschuldsannahme wurde faktisch umgekehrt, und die "rechtssprechende Gewalt" legte die

geschuldete Unparteilichkeit beiseite. Und schließlich beruhten die Urteile, zu denen man gelangte, in ihrer Mehrzahl auf Aussagen, die aufgrund illegalen

Drucks verschiedenster Art zustandegekommen waren ..." (aus einer gemeinsamen Presseerklärung aller Menschenrechtsorganisationen)

Dazu kommen noch die brutalen und unmenschlichen Haftbedingungen in den Gefängnissen, die letztlich auf die Vernichtung der Gefangenen zielten (vgl. die folgende Dokumentation: Brief eines der Gefangenen an Präsident Alfonsín).

Die Gefangenen hofften auf ihre sofortige Freilassung durch die gewählte demokratische Regierung. Dem argentinischen Staatspräsidenten stehen dazu drei Möglichkeiten zur Verfügung: ein Gnadenakt, der die Freilassung ermöglicht ohne weitere Frage nach Schuld und Unschuld des Gefangenen; die Verkürzung der Strafe, wobei zwar das Urteil nicht in Frage gestellt wird, aber die Strafe beendet werden kann (beide Entscheidungen kann der Präsident allein treffen); ein Amnestiegesetz, das das Parlament billigen muß, das alle Urteile aufhebt. Alfonsín setzte keines dieser Mittel ein, sondern verwies die Gefangenen auf einen langwierigen Rechtsweg, wobei jedes einzelne Verfahren überprüft werden muß.

Daraufhin arbeiteten die Menschenrechtsorganisationen zwei Gesetzesentwürfe aus, die die rechtliche Grundlage für eine möglichst schnelle Freilassung abgeben sollten. Das erste Gesetz greift eine Bestimmung des argentinischen Strafrechts auf, die vorsieht, daß die Hafttage, die unter verschärften Bedingungen verbracht wurden, doppelt gezählt werden. Danach wäre die große Mehrheit der Gefangenen sofort freizulassen. Der zweite Gesetzesentwurf bezieht sich auf die, die auch dann nicht freikommen könnten (z.B. wegen einer Verurteilung zu lebenslan-



ger Haft). Dieser Entwurf sieht vor, daß die Gefangenen eine Revision des Urteils beantragen können.

Im März waren die Entwürfe erstellt, konnten aber nicht dem Parlament zugeleitet werden, das sich in Ferien befand. Die einzige Möglichkeit einer schnellen Behandlung in einer Sondersitzung wäre gewesen, daß der Präsident selbst das Gesetz einbringt und den Kongreß zu einer Sitzung zusammenruft. Aber Alfonsín weigerte sich, die Anwaltskommission der Menschenrechtsorganisationen zu empfangen. Auch als das Parlament Anfang Mai wieder zusammentrat, passierte nichts.

Am 5. Mai traten 27 der politischen Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik, um ihre Forderungen durchzusetzen.

27 politische Gefangene beginnen einen UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK. Nach fast 5 Monaten Amtszeit der verfassungsmäßigen Regierung gibt es immer noch über hundert politische Gefangene. Die Demokratisierung kann nicht vorangetrieben werden, wenn nicht Gerechtigkeit geübt und alle politischen Gefangenen befreit werden. Wir sind Überlebende, Zeugen und Protagonisten der längsten Terrornacht, die die völkermörderischen Streitkräfte über die Nation und das Volk verhängt haben, um Raub und Ausbeutung zugunsten der Oligarchie und des Imperialismus durchzusetzen. Während die Kriminellen Videla und Menendez mit ihrem ganzen Hochmut, in Freiheit und Straflosigkeit gegen den demokratischen Prozeß konspirieren (...) ist ein Teil ihrer Opfer immer noch inhaftiert. (...) Die unterzeichneten politischen Gefangenen haben ebenso wie die Menschenrechtsorganisationen und breite Schichten des Volkes wiederholt Petitionen bei den Behörden eingereicht, ohne eine positive Antwort zu bekommen. Deshalb beginnen wir am 5. Mai einen UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK mit der Forderung nach der UNEINGESCHRÄNKTEN FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN.

Wir möchten in den Schoß unseres Volkes, dessen Großzügigkeit, Solidarität und Mobilisierung wir kennen, zurückkehren, um gemeinsam für Demokratie, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Glück und Wohlstand für alle Argentinier zu kämpfen.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN  
LEBENDIGES WIEDERAUFTAUCHEN DER VERHAFTET-VERSCHWUNDENEN  
RÜCKGABE DER ENTFÜHRTEN KINDER AN IHRE FAMILIEN  
BESTRAFUNG ALLER SCHULDIGEN  
FREIE RÜCKKEHR DER EXILIERTEN  
ABSCHAFFUNG DES REPRESSIONSAPPARATES

Carlos Ponce de León, Luis Matias Moretti, Mario Miguel Paz, Ricardo Ramón Viera, Antonio Pedro Lepere, Jorge Luis Marcos, José Alberto Sosa, Osvaldo Antonio Lopez, Anibal Adrian Lopez, Rodolfo Giardino, Miguel Angel Lopez, Ruben Jesus Emperador, José Martin Paz, Ramón Alberto Gomez, Victor Hugo Gotmand, Francisco Antonio Carrizo, Juan Carlos Mazzaglia, Tomás Eugenio Cormack, Raúl Isidro Lescano, Eduardo Anibal Arroyo, Carlos Salvador Orellana, Horacio Luis Romero, Fermín Angel Nuñez, Alfredo Hipólito Mostafá, Jorge Teodoro Ramirez, Francisco Antonio Viudez, Jorge Oscar Fuentes.

Dem Hungerstreik schlossen sich in den folgenden Tagen weitere Gefangene an. Kurz vor Redaktionsschluß (11.6.) hatte die Mehrzahl der Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen, da mehrere Delegationen von Parteiangehörigen und Parlamentariern versprochen hatten, sich für die Gesetzentwürfe der Menschenrechtsorganisationen einzusetzen. 5 Gefangene befinden sich weiterhin im Hungerstreik.

Nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation will jetzt die peronistische Fraktion die Gesetzentwürfe im Parlament einbringen, während es in der Radikalen Partei dagegen noch starke Widerstände gibt.

In dieser Situation ist es wichtig, daß auch aus dem Ausland die Forderung nach der Verabschiedung der Gesetze unterstützt wird. Wir bitten deshalb unsere Leser, sich an die Argentinische Botschaft (Adenauer-Allee, 5300 Bonn 1) zu wenden. Das Argentinische Komitee für die Demokratie hat folgenden kurzen Text vorgeschlagen, der sich auch für Telegramme eignet: "Ich fordere die sofortige Billigung der von den Menschenrechtsorganisationen vorgelegten Gesetzentwürfe, damit die langjährige Haft unter grausamen Bedingungen der politischen Gefangenen beendet werden kann. Ein solcher Akt würde die Demokratie in Argentinien festigen. Ich erkläre mich solidarisch mit dem Hungerstreik der Gefangenen." Es ist auch sinnvoll, persönliche Briefe zu formulieren und die argentinische Botschaft zu einer Stellungnahme aufzufordern.

QUELLEN: Veröffentlichungen von Servicio Paz y Justicia und Familiares de desaparecidos y detenidos por razones políticas; El Clarín (Buenos Aires), Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Tageszeitung, Handelsblatt, Latin America Weekly Report, Southern Cone Report

Das HANDELSBLATT vom 16.4.1984 amüsiert sich:

**ARGENTINIEN / Klagen gegen die Junta führen zum Verfassungskonflikt**

## Die Vergangenheit bleibt aktuell

Von WERNER KROLL

Im Sog der Beschuldigungen, Untersuchungen und Bemühungen um die Bewältigung der mißglückten Vergangenheit der im Dezember letzten Jahres beendeten achtjährigen Militärherrschaft, droht nun sogar die erst 120 Tage alte Verfassungsordnung Argentiniens wenn nicht unterzugehen, so doch in Frage gestellt zu werden.

Das angesehenen Wirtschaftsblatt *Ambito Financiero* in Buenos Aires bezeichnet den Vorgang als „kafkaesk“. Das mag so zwar nicht zutreffend sein, aber eine extrem kuriose Situation droht der Übereifer einiger Aktivisten bei der zweifellos notwendigen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien doch heraufzubeschwören.

Einige Privatpersonen, darunter mehrere Anwälte, haben jetzt Anzeige gegen die Mitglieder der Militärjunta von 1976 — General Jorge Rafael Videla, Admiral Emilio Massera und Fliegergeneral Orlando Agosti — erstat-

et, wegen der Delikte der Rebellion und des Verfassungsbruches. Nun weiß jedes Kind in Argentinien, daß Vorgänge der inkriminierten Art seit Jahrzehnten zum politischen Alltag am La Plata gehören und daß die Gefängnisse des Landes nicht ausreichen, um alle Schuldigen solcher Art einzusperrn. Aber ein Richter in Buenos Aires nahm die Klage an und eröffnete das entsprechende Ermittlungsverfahren.

Ein anderer Jurist, ein ehemaliger Bundesrichter in Buenos Aires, reagierte indes anders: Er forderte Anklage gegen sich selbst und alle zur Zeit und während des Militärregimes tätigen Richter, da sie sich des Rebellions- und Verfassungsbruchdeliktes schon deshalb schuldig gemacht hätten, weil sie die vom Militärregime erlassenen Gesetze anwandten, anstatt gegen die Putschisten gerichtlich vorzugehen.

Zweites Kapitel der Polit-Posse: Der Richter, der die Klage gegen die Mili-

tärjunta von 1976 angenommen hatte, erklärte sich daraufhin für nicht zuständig, denn er war unter der Militärdiktatur auch Richter gewesen. Das Verfahren wurde an einen jetzt nach Verfassungsregeln ernannten anderen Richter abgegeben.

Argentinische Verfassungsrechtler geben nun zu bedenken, daß, wenn das Verfahren weiter gehen und es zu einer Verurteilung der Junta-Mitglieder kommen würde, dann automatisch alle Gesetze und Bestimmungen nichtig wären, die von 1976 bis 1983 erlassen wurden. Und damit auch die Ausschreibung der allgemeinen Wahlen, aus denen der gegenwärtige Präsident Raul Alfonsín mit einer Mehrheit von 52 % als eindeutiger Sieger hervorging. Damit wäre dann also Alfonsín allenfalls „de facto“-Präsident, die Wahlergebnisse für alle über 15 000 wählbaren Ämter auf nationaler, provinzieller und Gemeindeebene ungültig. Nicht zuletzt aber auch die Ernennung der erkennenden Richter.

## Brief eines politischen Gefangenen in Villa Devoto

*Der folgende Brief eines politischen Gefangenen aus Villa Devoto beschreibt die juristische Rechtlosigkeit der Verhafteten gegenüber den Justiz- und Militärbehörden und die brutalen Haftbedingungen. Die meisten Tatsachen sind zwar den Lesern der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN bekannt, aber gerade im Zusammenhang mit der weiteren Inhaftierung unter der demokratisch gewählten Regierung Alfonsín erscheint es uns sinnvoll, diesen eindringlichen Brief zu dokumentieren.*

*Ferreya Beltrán nahm 1973, also unter der gewählten peronistischen Regierung an einem Anschlag einer Gruppe des ERP (Revolutionäres Volksheer, trotzkistisch orientierte Guerrillagruppe) auf eine Militärkaserne teil. Der Anschlag scheiterte, die Teilnehmer des Anschlags wurden gefangen genommen, einer von ihnen sofort vom Militär schwer gefoltert. Jahrelang blieben sie inhaftiert, ohne daß der Prozeß Fortschritte gemacht hätte oder ein Urteil ergangen wäre. Sie wurden erst unter der Militärdiktatur zu hohen Haftstrafen verurteilt.*

*Dies macht auch deutlich, daß bereits unter der peronistischen Regierung die Rechte des Angeklagten auf einen fairen Prozeß und Verteidigung nicht mehr gewährleistet waren.*

An den Präsidenten der Republik Argentinien  
Dr. Raúl Ricardo Alfonsín

Alejandro Enrique Ferreyra Beltrán, Argentinier, 35 Jahre alt, geboren am 24. September 1948 in der Provinz Córdoba, Student der Medizin, verheiratet, eine Tochter, verurteilt zu 18 Jahren Gefängnis in der Sache "Carlos Tomás Ponce de León und andere" wegen versuchten Angriffs und Besetzung des Sanitätskommandos des Heeres, wende mich mit Folgendem an Sie: (...)

Der Grund meines Schreibens ist die Bitte, die Gefängnisstrafe von 18 Jahren, zu denen ich verurteilt wurde, umzuwandeln, um meine Freilassung zu ermöglichen. (...)

Ich wurde am 6.9.1973 festgenommen und später in (der Abteilung) U-2 von Devoto untergebracht, am 12. 3. 1974 in die U-2 von Resistencia und am 17. 8. 1974 in die Strafanstalt von Rio Gallegos verlegt. Im Oktober kam ich wieder nach Devoto und am 13. 12. 1974 nach Rawson, wo ich 9 Jahre lang bis zum 22. Dezember 1983 blieb.

Ich gehe kurz darauf ein, was ich für die wichtigsten Rechtsverstöße während des Prozesses halte:

### 1) DIE SCHUTZLOSIGKEIT

a) Zwischen Oktober 1974 und November 1979 hatte ich keinen Kontakt mit meinen Anwälten. Die Gründe dafür sind das Kommunikationsverbot ("incomunicado") und die Isolierung, in der ich mich während dieser Zeit befand, sowie die Verfolgung, Entführung und Ermordung der Verteidiger, die meinen Fall betreuten. Dies war der Fall bei meiner Anwältin Dr. Moreno und bei anderen Anwälten wie Dr. Curuchet, Dr. Silvio Frondizi, Dr. Hernández, Frau Dr. Sánchez, Dr. Chia usw. Leider ist die Liste noch länger, doch kann ich mich im Moment nicht an die anderen Namen erinnern. Andere Anwälte, die meinen Fall betreuten, mußten wegen Verfolgung und Morddrohungen ins Exil gehen.

b) Drei Jahre nach meiner Festnahme, Mitte 1976, konkretisierte sich die Anklage des Staatsanwalts. Im September 1978, d.h. mehr als zwei Jahre später, präsentierte der Officialverteidiger, da ich ja keinen eigenen Anwalt hatte (...), die Verteidigung. Ich glaube, daß die lange Zeitspanne von

mehr als zwei Jahren zwischen der Anklage des Staatsanwalts und der Vorlage der Verteidigung sehr bezeichnend ist, weil sie das Fehlen einer normalen Verteidigung und die absolut unnormalen Prozeßbedingungen zeigt. Dazu kommt, daß ich keine Gelegenheit hatte, meine Verteidigung mit dem Pflichtverteidiger zu besprechen, der sie mir erst im November 1979 - also nach der Präsentation vor Gericht - mitteilte. (...)

c) Von Oktober 1974 bis Dezember 1981 hatte ich nur bei drei Gelegenheiten Kontakt mit meiner Familie, zwei davon vor dem 24. März 1976 (Datum des Militärputsches, d. Red.). Im Mai/Juni 1976 mußten meine Eltern und Geschwister das Land verlassen, als man meinen Bruder Diego Ferreyra und seine Frau in Ciudad de Córdoba entführen und verschwinden ließ. Meine Frau und Tochter mußten ebenfalls das Land verlassen. Ich erwähne dies, weil ich danach niemanden mehr hatte, der angesichts des Fehlens von Anwälten eingreifen konnte, um meine schutzlose Situation zu ändern. Hinzufügen muß ich noch, daß mir nach dem 24.3.1976 wiederholt verboten wurde, mich brieflich mit dem Bundesrichter von Rawson und dem für meinen Fall zuständigen Richter in Verbindung zu setzen.

Ich erinnere mich genau an einen Fall im April 1977 (...). Der Beauftragte für Korrespondenz gab mir den Umschlag des Briefes an den Richter Dr. Garzonio zurück und sagte, daß "der Brief archiviert bleibt, nicht abgeht". In diesem Brief klagte ich die Folterungen an, denen wir ausgesetzt waren, vor allem in den Verliesen, wo sie uns die Kleidung für 30 Tage wegnahmen und uns nichts zu essen gaben. Die Gruppe, die die Verhöre durchführte - die Offiziere Steding und Gobby, die Unteroffiziere Codesal und Pereira, der Offizier Medina, Korporal Savedra und andere - schlugen uns dreimal am Tag, schütteten kaltes Wasser auf den Zellenboden, gaben uns lange Duschen mit Eiswasser, schlugen uns, weil wir uns weigerten, uns selbst zu verleumden oder zu beleidigen, oder schlugen uns, weil wir uns weigerten, andere Häftlinge zu verleumden oder zu beleidigen.

Während sich dies in der Strafanstalt U-6 von Rawson zutrug, erklärte Richter Delfor Garzonio in den lokalen Zeitungen ("Jornada" der ersten Tage des April 1977), daß die Militärbehörden der Zone ihn informiert hätten, es habe in der Strafanstalt den Versuch einer Meuterei gegeben.

Ein Angehöriger eines Gefangenen, an dessen Namen ich mich nicht erinnere, war in diesen Tagen zum Gericht gegangen, um Anzeige zu erstatten und den Herrn Richter zu bitten, sich die Strafanstalt anzusehen und mit einem Häftling zu sprechen. Richter Garzonio tat dies nicht. Im Gegenteil, er bedrohte die Angehörigen.

Schließlich gelangten alle diese Anzeigen Ende 1980 an das Bundesberufungsgericht der Hauptstadt, das sich auf die Entgegennahme beschränkte, aber keinerlei Untersuchung einleitete.

d) Im Dezember 1978 trat der für meinen Fall zuständige Richter, Dr. Rafael Sarmiento, zurück. An seine Stelle kam Dr. Marquart. (...) Am 7.2.1979 machte Dr. Marquart den Besuch der "Vista" (wobei nur Name und Daten des Gefangenen aufgenommen werden, aber keine Untersuchung der Anschuldigung stattfindet, die Red.) und eine Woche später sprach er sein Urteil.

Dies muß zumindest aufmerken lassen, denn die ganze Sache dauerte ja fünf Jahre ohne Urteil, bis Dr. Marquart in 15 Tagen eine Lösung fand.

e) Dr. Marquart weigerte sich bei dieser Gelegenheit trotz meines Drängens, eine Akte aufzunehmen, um die Folterungen und Quälereien festzuhalten, denen wir seit Jahren ausgeliefert waren.

f) Am 7.2.1979 schrieb ich einen Brief an das Bundesberufungsgericht in dem ich Folgendes festhielt: A) alle Regelverstöße des Prozesses, B) die Repression und die Verbrechen gegen meine direkten Familienangehörigen - insgesamt wurden ungefähr 15 Angehörige von Beteiligten in dem Fall getötet oder verschwanden, C) die ständigen Folterungen und Quälereien, denen

wir ausgesetzt waren. D) Ich fügte eine ausführliche und gründliche Bewertung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bei. Dies erschien mir unerlässlich wegen der politischen Natur des Falls, obwohl es weit über das rein Juristische hinausging. (...)

Den Inhalt des Briefes konnte ich auch mündlich den Herren des Berufungsgerichtes mitteilen, als sie im März 1980 die U-6 von Rawson besuchten. Dabei konnte ich meine Besorgnis über die Parteilichkeit von Dr. Marquart ausdrücken (...). Zur Begründung dieser Behauptung nannte ich drei Dinge: A) die bekannte Mitgliedschaft von Dr. Marquart in faschistischen Gruppierungen an der Universität und seine Verwandtschaft mit dem Ex-Befehlshaber der Polizei von Buenos Aires, General i.R. Saint-Jean; B) seine Komplizenschaft bei der Entführung und dem Verschwinden von Pettigiani. Während seiner Haftzeit führte Pettigiani den Namen Roberto Garcia. Während er unter schwerer Anklage seine Haft in U-9 von La Plata inhaftiert war, traf ihn Dr. Marquart und ließ ihn vor Gericht kommen. Dort wurde er freigelassen. Pettigiani wurde verschleppt, als er das Gericht verließ. Wir wußten davon, weil zufällig einer meiner Mitangeklagten, Gabriel Debenedetti, in der U-9 mit Pettigiani zusammengewesen war. Am Tag, als man Pettigiani rief, um zum Gericht zu fahren, erzählte Pettigiani Debenedetti schnell, daß



Grabado de Yenia Dumnova

sein Name nicht Roberto Garcia sei sondern Pettigiani, daß sie ihn zum Gericht brächten und daß der Aufseher ihm von Freiheit gesprochen hätte, was ihm unmöglich und seltsam vorkäme, es sei denn, es handle sich um eine Entführung. In diesem Fall könne er nichts machen, als Debenedetti zu bitten, seinen Eltern Bescheid zu geben, falls ihm etwas passiere, und ihnen seine Zuneigung zu übermitteln. Leider irrte sich Pettigiani nicht bezüglich dessen, was ihn erwartete. (...)

Zu meiner Überraschung sagte mir der Präsident des Berufungsgerichtes, er wolle dazu nichts sagen, aber trotz allem sei es besser am Leben zu sein. "Es gibt viele, die nicht das gleiche Glück hatten, verstehen Sie mich." Später fragten sie mich, ob ich das, was ich ihnen erzählt hatte, wirklich in einem Brief geschrieben hatte. Ich bejahte. Darauf sagten sie in drohendem Ton: "Bedenken Sie Herr, daß dies große Probleme mit sich bringen kann." Ich erinnerte sie daran, daß ich schon genug Probleme hatte, daß ich seit dem 7. Februar dauernd in Verliesen bestraft würde (...). Man hatte mir 30 Tage Strafe mit der Behauptung auferlegt, ich habe einen Aufseher angegriffen. Aber den wirklichen Grund für die Strafe hatte mir der Offizier Steding genannt: "Ich werde dich lehren, keine Anzeigen mehr zu erstatten, du wirst im Verlies vermodern."

Das Berufungsgericht strengte keine Untersuchung über meine Klagen an. Sie versuchte nicht einmal - worum ich sie gebeten hatte -, mich aus der Verlieszelle herauszuholen. Stattdessen erhielt ich nach der Unterredung eine "Spezialbehandlung" und ich durfte das Badezimmer 5 Tage lang nicht verlassen, ich mußte in diesem Raum mit den Exkrementen leben. Die Kammer beschränkte sich darauf, meine Strafe von 17 auf 18 Jahre zu erhöhen. (...)

## 2) DIE LEBENSBEDINGUNGEN WÄHREND DER 9 JAHRE HAFT IN RAWSON

Ich weiß, daß die gegenwärtige Regierung der Nation die Verstöße und Folterungen, allgemein die der Strafvollzugsbehörde und speziell die von Rawson, kennt. (...)

Als dramatische Zeugnisse erwähne ich das Verbrechen gegen den Ex-Nationalabgeordneten der Radikalen Partei, Dr. Mario Abel Amaya, den ich vom Fenster meiner Zelle aus sah, als er auf einer Bahre in Agonie über den Hof der Krankenstation von U-6 getragen wurde. Er kam aus den Verliesen, wo er schwer geschlagen worden war; trotz seiner Bitten wurden nicht die Medikamente verabreicht, die er für sein Herz verschrieben bekommen hatte. Ich erwähne außerdem den Tod von Valenberg, den man trotz seiner schweren Erkrankung folterte. Schließlich die Selbstmorde von Domingo Guerra und Gabriel Debenedetti. In den ärztlichen Karteikarten, speziell der Psychiatrie, sind zahlreiche Fälle von Häftlingen mit psychischen Störungen wie Halluzinationen, Verfolgungswahn, schizoide Ausbrüche usw. registriert. Eine ebenso große Zahl von Häftlingen ist nicht registriert, denn die Häftlinge achteten immer darauf, daß das Personal nichts von ihrer Krankheit erfuhr, denn die bedeutete, daß die Offiziere und das Personal den Kranken wütend unter Druck setzen, um seine Krankheit zu verschlimmern. Es gibt zahlreiche Anzeigen gegen Offiziere wegen Folterungen und offenkundigen Exzessen. (...)

Ich könnte weitere schwerwiegende Tatsachen erwähnen, aber ich möchte versuchen, eine Zusammenfassung der angewandten Methoden zu geben. (...)

Die Doktrin der "nationalen Sicherheit", die umfassend und in allen ihren Konsequenzen in den Gefängnissen angewandt wurde, behauptet, daß "die Sicherheit" letztlich nur dann garantiert ist, wenn "der Geist und das Herz" der Menschen kontrolliert werden. (...) Es handelt sich darum, den Geist des Menschen zu ändern, sein kritisches oder unabhängiges Denken zu zerstören, seinen Gerechtigkeitssinn, seinen Willen, seine Würde, seine Liebe zum Volk, seine Sehnsucht nach Befreiung u.ä. zu vernichten, und ihn in ein amorphes Sein zu verwandeln, verängstigt und ohne historische Erinnerung und Bewußtsein.

Deshalb ist es notwendig, den Geist der politischen Gefangenen "zu bekämpfen und umzuwandeln" auf dem "wirklichen Terrain des Kampfes" - eine Front mehr im schmutzigen Krieg" (Worte des Direktors der U-6, Fanno, 1976) Diejenigen, die an uns ihre Methoden und repressiven Techniken anwandten, sprachen von "Gehirnwäsche" und prophezeiten, daß die politischen Gefangenen nur drei Optionen hätten: "Verrücktwerden und im Selbstmord enden, Homosexualität und Korruption und / oder die Konversion in Verräter." (Worte des Offiziers Steding in den Verliesen).

Um diese Ziele zu erreichen, wird mit interdisziplinären Gruppen gearbeitet; es wird eine Situation geschaffen, die es erlaubt, die Gesamtheit des Lebens und der Beziehungen der Häftlinge zu konditionieren.

Sie schicken uns in die Verbannung, Tausende von Kilometern von unseren Familien entfernt. In einer Unterredung, die ein Bischof mit dem Ex-Justizminister Dr. Rodriguez Varela hatte, fragte der Bischof, warum sie uns nicht an die Herkunftsorte gebracht hätten, da die Verbannung die Familienbeziehungen zerstöre. Der Ex-Minister antwortete: "Gerade deswegen."

Sie isolierten uns nicht nur durch Entfernung und Repression, sondern durch sehr viele Hindernisse, die die familiäre Kommunikation verhinderten oder unglaublich erschwerten: Kurze Besuche in Sprechzellen mit Glasscheiben, Zensur und Einschränkung der Korrespondenz, die in meinem Fall zwischen 1977 und 1980 aus einem einseitigen Brief pro Woche bestand.

(...) Um Ihr Verständnis zu erleichtern, möchte ich ein passendes Bild gebrauchen: Ein mächtiger Wasserschwall ergießt sich einige Tage lang auf einen Felsen, wobei dieser gerade nur naß wird. Jedoch: dieselbe Menge Wasser auf ein und denselben Punkt tropfend vermag den Stein zu höhlen. Abgesehen von den Unterschieden kann man sagen, daß dies eines der wichtigsten Prinzipien war. Verbindung der abbauenden und zerstörenden Kraft des Wassers mit der Subtilität eines Tropfens. Aber die Ähnlichkeit hört hier nicht auf. Die angewandten Methoden haben die Eigenschaft, sich in völlig verschiedener Weise für die zu zeigen, die sie am eigenen Körper erleben, als für die, die Beobachter sind. Für erstere zeigt der Tropfen sein zerstörerisches Gesicht, für den zufälligen Beobachter präsentiert sich die Subtilität des Wassertropfens. Das ist der Grund, weshalb es so schwierig ist, das zu verstehen, wenn man es nicht selbst erlebt hat.

Nur wenn man die Situation insgesamt sieht, begreift man, daß die Repression vielseitig ist, daß sie sich über einen langen Zeitraum hin entwickelt, sich konzentriert und einen Menschen trifft, der isoliert und wehrlos ist; nur so kann man die zerstörerische und tödliche Natur dieser faschistischen Methoden der Entmenschlichung, Desozialisierung und politischen Entpersönlichung verstehen.

Das repressive System war vielseitig und dazu bestimmt, das innerste Mark des Menschen zu treffen.

Ein "Tropfen" fällt auf die familiäre, affektive Wirklichkeit und beschränkt jegliche Kommunikation durch Reglements, Repression und Verbrechen.

Ein anderer "Tropfen" unterhöhlt die physische Gesundheit: schlechte Ernährung, der "chronische Hunger", die Verliese, die physische und psychische Folter, die Schläge, die Kälte, die mangelhafte und schlechte medizinische Versorgung, die ständige Spannung und Unsicherheit, der lange Stress, das Fehlen von Schlaf oder schlechte Schlafen - Folge einer strikten Planung, die verbietet, mehr als zwei aufeinanderfolgende Stunden zu schlafen.

Ein anderer Tropfen betrifft die Gefühle. Er produziert sensorische Deprivation und "Wahrnehmungshunger", der dadurch entsteht, daß zuwenige Reize das Gehirn erreichen. Sie unterdrücken lebendige Farben, farbige Kleidung, farbige Gegenstände usw - alles ist blau oder grau. Radio ist verboten. Man darf nicht singen oder pfeifen und muß sehr leise sprechen. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Familienfotos sind verboten. Das Essen ist salzlos

und immer das gleiche: Nudeln und Bohneneintopf. Die Fenster sind zugestrichen, damit kein Licht eindringen kann; es gibt nur wenig elektrische Beleuchtung, man lebt in einer Umgebung ständigen Halbschattens.

Ein weiterer "Tropfen" baut den Willen ab. Wir müssen 15 Stunden lang liegen bleiben ohne aufzustehen. Wir dürfen keine Gymnastik machen. Das ganze Leben ist militärisch ausgerichtet. Formationen, Einschließungen, Befehle, Gegenbefehle, widersprüchliche Befehle. Die kleinste Angelegenheit muß genehmigt werden.

Ein weiterer "Tropfen": die sozialen Aktivitäten und die Beziehungen. Jede soziale oder kollektive Aktivität, auch entspannende, wird verboten. Man darf mit keinem Häftling teilen oder etwas ausleihen, weder einen Mate noch eine Zigarette oder ein Streichholz. Alles muß individuell gemacht werden, sonst gibt es Strafen.

Ein anderer "Tropfen" betrifft die intellektuelle Aktivität: jegliche Art von Lektüre und Studium ist verboten. Gleichzeitig ist jede Art von kreativer Arbeit oder Aktivität untersagt. Diese ganzen Maßnahmen werden von Repression begleitet und dienen dazu, geistige Verwirrung zu schaffen.

Anfang 1981 waren die ersten Anzeichen eines günstigen Wandels festzustellen. Damals konnte man, wenn auch mit vielen Einschränkungen, in den Werkstätten anfangen zu arbeiten. Ich persönlich konnte zweieinhalb Jahre in der Beschlagwerkstatt arbeiten und erlernte so ein Handwerk.

Nach all dem, was geschehen ist, ist die Situation der Gefangenen sehr prekär. Sie sind an den Grenzen der physischen, psychischen und politischen Reserven angekommen. Die Freiheit scheint so der einzige Weg und der notwendige Wiedergutmachungsakt angesichts solcher Ungerechtigkeit und Brutalität.

Um abzuschließen, möchte ich kurz mein politisches Denken schildern. (...) Ich meine, daß die so notwendige und ersehnte nationale Einheit heute als unabdingbaren Bezugspunkt die effektive Wirksamkeit der republikanischen Institutionen und die Wende zum vollen Rechtsstaat hat; dies ist die Form, in der das argentinische Volk die Demokratie und den Frieden erreichen wird.

Ich glaube weiter, daß Wahrheit und Gerechtigkeit die allmächtigen Werte sind, die in der neuen demokratischen Phase in Tatsachen umgesetzt werden müssen; daran muß das ganze argentinische Volk beteiligt sein, denn dies ist die einzige Möglichkeit, um aus dieser tiefen Krise herauszukommen, in die uns die oligarchischen und imperialistischen Minderheiten geführt haben.

Ich glaube, daß nur das Zusammengehen und die Einheit aller nationalen und demokratischen Kräfte und Sektoren die Ziele der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der nationalen Befreiung erreichen können und damit verhindern, daß - wie es in unserer Geschichte immer wieder geschehen ist - die oligarchischen Minderheiten wieder an die Macht kommen, die nationale Verfassung zerstören und mit Gewalt ihre Vasalleninteressen den Rechten und historischen Errungenschaften des argentinischen Volkes aufzwingen.

Ich kann mit aller Aufrichtigkeit mein Eintreten für die Demokratie, den Frieden und das Wohlergehen unseres Volkes bekräftigen, die Demokratie mit allen Konsequenzen verteidigen und als Argentinier an ihrer Festigung teilnehmen.

Alejandro Enrique Ferreyra Beltrán  
U-2 Devoto / Pianta 5 / Celular 1

16. Januar 1984

## Die wirtschaftliche und politische Situation

Alles redet über die Verschuldungskrise, der argentinische Wirtschaftsminister starrt gebannt auf den IWF wie das Kaninchen auf die Schlange. Über den schlagzeilenträchtigen Umschuldungsverhandlungen gehen die anderen Probleme der Wirtschaft Argentiniens unter. Der folgende Artikel untersucht die Schwierigkeiten, vor denen die Wirtschaftsplaner der Regierung Alfonsíns stehen, was bereits unternommen wurde und was noch auf sich warten läßt. Die Konzentration auf die Verhandlungen mit dem IWF scheint alle anderen dringend notwendigen Maßnahmen zur Belebung der Produktion zu blockieren.

Gleichzeitig hat die Regierung bezüglich der Gewerkschaftspolitik eine Kehrtwendung vollzogen: Nach dem Scheitern des Gewerkschaftsgesetzes geht es nicht mehr um Demokratisierung des korrupten Apparats, sondern um Verhandlungen mit den alten gewerkschaftsbossen über Zugeständnisse, die auch eine arbeiterfeindliche rezessive Wirtschaftspolitik ermöglichen sollen.

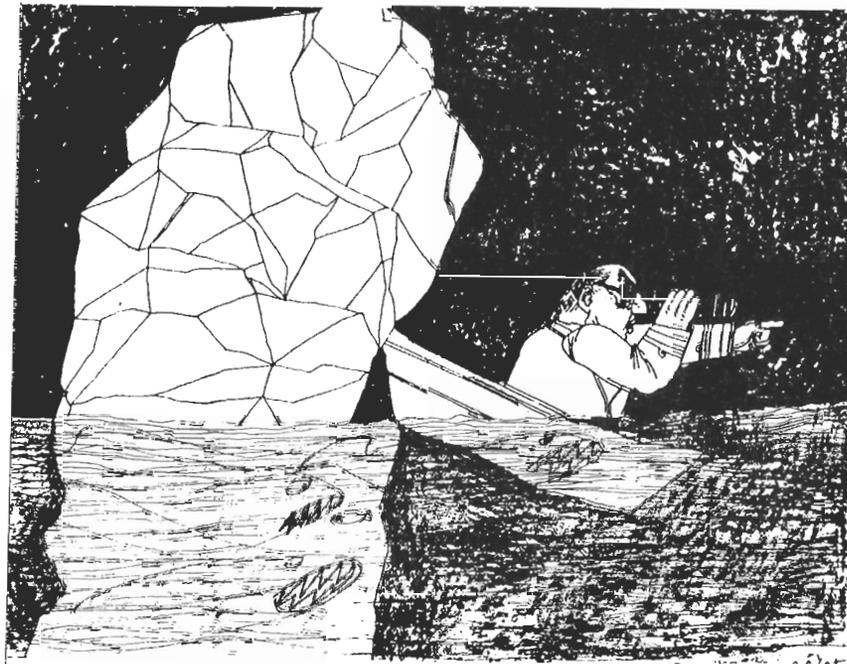
Auch die Rückkehr Isabel Peróns trägt nicht gerade zur Klärung der Fronten innerhalb des Peronismus bei. Während Alfonsín mit der Parteiführerin verhandelt, versucht die rechte Parteibürokratie interne Auseinandersetzungen unter den Teppich mit dem magischen Namen Perón zu kehren.

In den vergangenen sechs Monaten seit der Amtsübernahme Alfonsíns kam die Politik des Wirtschaftsministers Grinspun nicht über einzelne Maßnahmen zum Krisenmanagement und allgemeine Willenserklärungen hinaus. Es gilt als unwahrscheinlich, daß das ursprünglich für Ende Juni angekündigte mittel- und langfristige Wirtschaftsprogramm bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt werden kann. Dies hat im Wesentlichen drei Ursachen:

- Erstens konzentrierten sich Wirtschaftsminister Grinspun und seine Mitarbeiter bisher in erster Linie darauf, den aktuellen Stand der Auslandsverschuldung numerisch zu ermitteln, um bei den anstehenden Umschuldungsverhandlungen über korrekte Daten zu verfügen. In allen Reden, Erklärungen und auch bei der jüngst von der peronistischen Fraktion beantragten Anfrage war die wirtschaftspolitische Diskussion fast ausschließlich auf die Verschuldungsproblematik eingeeengt.
- Zweitens konnte sich das direkt dem Präsidenten unterstellte Planungssekretariat unter Dr. Sourrouille bisher nicht in ausreichendem Umfang der Erstellung des Wirtschaftsplans widmen. Wie viele andere Behörden leidet diese Institution darunter, daß noch kein Budget verabschiedet wurde, und somit noch nicht die entsprechenden Fachleute eingestellt werden konnten. Die wenigen Mitarbeiter wurden nach eigenen Aussagen bisher mit Anfragen aus allen Ressorts überhäuft, deren Bearbeitung ihre Arbeitskraft voll in Anspruch nahm. Der Wirtschaftsplan wird deshalb jetzt erst bis zum Ende des Jahres erwartet.
- Drittens zeigt sich hier der offensichtlich in der Regierungsmannschaft bestehende Konflikt zwischen dem Team des Wirtschaftsministers, dem einseitige Ausrichtung auf kurzfristiges Krisenmanagement und Perspektiv- und Konzeptionslosigkeit vorgeworfen werden, und denjenigen Regierungsmitgliedern, die wie Sourrouille eine neue, komplexe, differenzierte Wirtschaftsstrategie erarbeiten wollen. In der Presse ist die letztgenannte Richtung völlig unterrepräsentiert, da das Planungssekretariat offensichtlich verhindern will, sich intensiver in das Krisenmanagement einzuschalten, dessen Ausrichtung es nicht bestimmen und so nur Gefahr laufen kann, für nicht zu verantwortende Fehler zur

Rechenschaft gezogen zu werden. Welche der beiden "Fraktionen" mittelfristig die Wirtschaftspolitik bestimmen wird, entscheidet sich in den nächsten Monaten und hängt nicht zuletzt von Präsident Alfonsín ab, der in wirtschaftspolitischen Entscheidungen bisher eher seinem Wirtschaftsminister zu glauben scheint.

Dieser Mangel an Perspektive wirkt sich negativ auf die Wirtschaft aus. Das Fehlen des bei Regierungsübernahme angekündigten konkreten Programms schwächt möglicherweise die Verhandlungsposition Argentiniens gegenüber dem IWF. Es wird so schwieriger sein, glaubhaft zu machen, daß zwar keine rezessive Politik politisch durchsetzbar und ökonomisch vertretbar ist, daß jedoch konkrete Maßnahmen unternommen werden, um das Haushaltsdefizit und damit die Hyperinflation zu verringern, die verbleibenden Staatsausgaben produktiver zu verwenden und die geringen Mittel für Wirtschaftsförderung gezielt in dynamische und exportorientierte Wirtschaftszweige zu lenken. Die Tatsache, daß immer noch kein Haushaltsentwurf vorliegt, scheint darauf hinzudeuten, daß die allgemeinen Erklärungen (Verringerung der Haushaltsdefizits, Kürzung der Militärausgaben, Einleitung eines nationalen Ernährungs- und Wohnungsbauplans, Erhöhung der Reallöhne usw.) bisher nicht operationalisiert und aufeinander abgestimmt werden konnten. Bis spätestens Ende Juni wird Minister Grinspun dies jedoch nachholen müssen, sonst könnte aus der Gerüchteküche Realität werden, die seine Entlassung in Betracht zieht.



Minister Grinspun im sinkenden Schiff der argentinischen Wirtschaft

## GERINGE ERFOLGE DES KRISENMANAGEMENTS

Trotz der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf kurzfristiges Krisenmanagement zeigt auch dieses bisher wenig positive Wirkung und erscheint dem Betrachter hilflos, erratisch und glücklos. Der ZEITHORIZONT für die Überlegungen und Handlungen von Konsumenten, Produzenten und allen anderen Wirtschaftssubjekten hat sich nicht verlängert: Nach wie vor besteht nach Verkündung der Regierungsmaßnahmen für den kommenden Monat jeweils nur Klarheit über die wichtigsten Variablen (Preise, Löhne, Zinsen usw.) für 30 Tage. Zudem müssen aufgrund meist zu optimistischer Kalkulation der Inflationsrate und wegen des geringen Erfolgs der Preiskontrollen am Monatsende Korrekturen vorgenommen werden, die die allgemein bestehende Unsicherheit verstärken und ein deutlicheres Engagement der Wirtschaftssubjekte zur Wiederbelebung der Produktion (z.B. durch vorsichtiges Einleiten von Ersatzinvestitionen, Erhöhung der Nachfrage z.B. nach langlebigen Konsumgütern usw.) verhindern. Unter diesen Bedingungen wird niemand Entscheidungen fällen, die längerfristige Auswirkungen haben, sondern sich der Spekulationsmentalität anschließen.

Das Hauptproblem, die HYPERINFLATION, konnte nur unwesentlich modifiziert werden: Die monatlichen Preissteigerungen liegen weiterhin nur wenig unter 20% (für Mai wurden vorläufig rund 18% genannt). Da die Regierung ihr Wahlversprechen einlösen und für die Verhandlungen mit dem IWF die Rückendeckung der peronistisch dominierten Gewerkschaften gewinnen will, wurden die Lohnsteigerungen für Juni auf durchschnittlich 14% festgelegt: Dies würde nach den offiziellen Berechnungen einer Zunahme der Reallöhne für den Zeitraum seit Regierungsübernahme um rund 4% gleichkommen.

Die REALLOHNERHÖHUNGEN können sich einerseits positiv auf die Binnennachfrage auswirken, da die Entwicklung der letzten Monate zeigte, daß vor allem die unteren Einkommensklassen diese unmittelbar nutzen, um den seit 1976 deutlich gesunkenen Lebensstandard wieder anzuheben: Das Konsumniveau nahm im ersten Quartal 1984 um 3% zu, befindet sich aber immer noch unter dem von 1974. Andererseits besteht die Gefahr, daß die Lohnerhöhungen ohne flankierende Maßnahmen preistreibend wirken: Zwar ist in vielen Branchen der Lohnanteil an den Produktionskosten relativ gering und zudem ermöglicht eine höhere Auslastung der Kapazitäten die Senkung der fixen Kosten je Produkt; Inflationserwartungen, Spekulationsmentalität, Preissetzungsmacht aufgrund fehlender Konkurrenz und vorübergehenden Nachfrageüberhangs sowie die Ineffizienz der seit Januar durchgeführten Preiskontrollen lassen jedoch einen weiteren Inflationsschub befürchten, der jedoch nicht allein auf höhere Reallöhne zurückgeführt werden kann.

Die Ineffizienz der staatlichen PREISKONTROLLEN wird vor allem auf drei Faktoren zurückgeführt: Erstens wurden bisher die Grundnahrungsmittel und wichtigen Agrarprodukte nicht in die Kontrolle einbezogen, was im März zum sprunghaften Anstieg der Preise für Fleisch, Gemüse und Obst führte. Experten meinen jedoch, daß gerade hier der Schwerpunkt der Kontrollen liegen müßte: Durch zeitlich begrenzte Eingriffe in einige wenige aber wichtige Teilmärkte (z.B. Fleisch, Getreide) bekäme man einige der wichtigsten Preise in Griff. Zweitens führte die Tatsache, daß nur Preiserhöhungen für Endprodukte, nicht aber für Vorleistungen begrenzt wurden, zu einer weiteren Verzerrung des Systems der realtiven Preise: Für das gleiche Produkt muß man in verschiedenen Geschäften bis zu 100% mehr bezahlen, und einzelne Waren sind im Vergleich zu anderen völlig überteuert. Drittens werden aufgrund mangelnder Kontrolle durch die Behörden die autorisierten Höchstgrenzen häufig über- oder unterschritten: Durch vielfältige Rabatte (z.B. bei Barzahlung) existieren für das gleiche Produkt unterschiedliche Preise, die somit einen hohen Grad von Beliebigkeit aufweisen. Dies entzieht dem Verbraucher jegliche Vergleichs- und Kalkulationsbasis.

Weitere drei Faktoren wirken sich augenblicklich inflationsfördernd in Argentinien aus. Zum einen erhöht der Staat monatlich die Tarife und versucht, über eine überproportionale Anhebung der Mineralölsteuer (jeweils um rund 30%) seine gesunkenen Einnahmen zu stabilisieren. Zum anderen fällt die Verringerung des

Haushaltsdefizits, das zu rund 60% durch inflationsfördernde Geldschöpfung finanziert werden muß, vermutlich geringer als geplant aus: Man spricht nur mehr von einer Senkung von 14 auf 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und nicht mehr auf 8%. Als dritter preistreibender Faktor wirkt die Geldschöpfung, die zur Aufrechterhaltung des chaotischen, unkontrollierten Finanzsystems betrieben werden muß. Wegen der hohen Geldentwertung und der Spekulation mit dem Schwarzmarktkurs des Dollar nahmen die Spareinlagen und die für wirtschaftspolitische Transaktionen zur Verfügung stehende Geldmenge rapide ab. Diese Finanzierungslücke mußte bisher durch die Betätigung der Notenpresse geschlossen werden, was alleine eine Geldschöpfung von 6 bis 8% des BIP bewirkte.

## MANGELNDE STAATLICHE KONTROLLE DES FINANZSYSTEMS

Das Problem, bei dessen Bewältigung die Regierung noch keinen Schritt weitergekommen ist, ist die Reform des Finanzsystems. Die während der Militärregierung gewinnbringende Spekulationsmentalität, die den Finanzsektor zum Hauptgewinner der Wirtschaftspolitik von Martinez de Hoz machte, scheint vorläufig unterbrochen. Die Differenz zwischen dem staatlich festgelegten, offiziellen Wechselkurs, der täglich in kleinen Schritten abgewertet wird, und dem "paralelo" (Schwarzmarktkurs) beträgt inzwischen rund 50%. Man nimmt an, daß die in US-Dollar gehaltene und im Land zirkulierende Geldmenge in etwa der nationalen Währung entspricht. Mit ihrer Geldpolitik kann die Regierung deshalb nur einen Teil des Marktes kontrollieren und beeinflussen. Die Regierung befindet sich somit in einem Dilemma: Einerseits wäre für die Ankurbelung der Produktion notwendig, daß vor allem für Unternehmen mit weniger guten Verbindungen zum Bankensystem und kleine und mittlere Betriebe mehr Kredite zu Vorzugszinsen bereitgestellt werden. Andererseits kann dies im Augenblick nur durch mehr inflationsfördernde Geldschöpfung erfolgen. Die hohe Inflation ist jedoch mit ein Grund für die weiterhin abwartende Haltung vieler Unternehmen und die mangelnde Bereitschaft, Gelder, die im Ausland angelegt wurden, ins Land zurückzubringen und zu investieren. Diese abwartende Haltung wird möglicherweise erst aufgegeben, wenn das Abkommen mit dem IWF abgeschlossen ist und ein Haushaltsentwurf und das Wirtschaftsprogramm für die nächsten Jahre vorliegen.

Mittelfristig ist jedoch eine Reform des Finanzsystems unerlässlich, die diesen Bereich auf einen gesamtwirtschaftlich vertretbaren Umfang reduziert und Finanztransaktionen, die in Verbindung mit der Produktion stehen, wieder stärker begünstigt als reine Finanzgeschäfte und Spekulation. Hier trifft die Regierung jedoch auf den Widerstand der sogenannten "patria financiera", auf deren Beratung die Wirtschaftspolitiker mangels eigener Finanzfachleute jedoch teilweise angewiesen sind. Es gibt zudem Gerüchte, daß dieser Bereich - der Hauptgewinner der Wirtschaftspolitik seit 1976 - sich gegen die Regierung formiert und über den Boykott der Maßnahmen Alfonsíns diesen zur stärkeren Berücksichtigung seiner Interessen zwingen will.

## BEGRENZTE REAKTIVIERUNG DER PRODUKTION

Die 1983 zu verzeichnende Erholung der INDUSTRIEPRODUKTION setzte sich auch im ersten Quartal 1984 fort: Mit 3,6% lag ihre Zunahme über der des BIP (1,8%), blieb jedoch hinter den Erwartungen der Regierung (5%) zurück. Analysiert man diesen Erholungsprozeß, der Mitte 1982 mit der verschuldungsbedingten Begrenzung der Importe einsetzte, quartalsweise, so zeigt sich deutlich eine abnehmende Tendenz der Zunahmen und eine Stagnation des Aufwärtstrends. Angesichts der Tatsache, daß die Industrieproduktion immer noch um rund 10% unter dem Niveau von 1970 liegt, nehmen sich diese Zunahmen zudem bescheiden aus. Die Reaktivierungsmöglichkeiten, die sich aus den Importbeschränkungen ergaben, scheinen nun weitgehend ausgeschöpft: Für eine weitere Erhöhung der Industrieproduktion gilt eine dezidierte und kohärente Politik unter klarer Definition der zukünftigen Prioritäten als unabdingbar.

Die Zurückhaltung der Unternehmen spiegelt sich deutlich in der Entwicklung des Investitionsniveaus wider, das auch im ersten Quartal 1984 wieder zurückging (- 5,8%) und damit nur die Hälfte des Volumens im gleichen Zeitraum des Jahres 1970 ausmachte. Da diese Abnahme jedoch die geringste seit 1981 ist, fragen sich die Experten, ob eine Tendenzwende bei den Unternehmen in Richtung auf Erhöhung der Produktion in Sicht ist, oder ob nun eine untere Grenze erreicht ist, von der an auch noch die reinen Ersatzinvestitionen reduziert werden.

Um eine weitere Verschlechterung des Produktionsapparats zu verhindern, ist deshalb die baldige Bekanntgabe der künftigen Schwerpunkte der INDUSTRIEPOLITIK und des geplanten Förderungsinstrumentariums erforderlich. Aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Mittel scheinen auf jeden Fall größere Selektivität, eine effiziente Erfolgskontrolle, zeitliche Begrenzung und vor allem für die Industrieentwicklung im Landesinneren die Einbeziehung spezifischer, regionaler Kriterien (z.B. Nutzung von lokalen Ressourcen, Schaffung von neuen Arbeitsplätzen) erforderlich, um vor allem der Arbeitslosigkeit und Armut gerade in diesen Provinzen entgegenzuwirken. Wie aus dem Planungssekretariat verlautete, werden diese Kriterien bei der Neuformulierung des Industrieförderungsgesetzes diskutiert. Ebenfalls in Vorbereitung sind Reformen der Gesetze über Technologietransfer und ausländische Direktinvestitionen. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier die strukturell ausgerichteten Vorstellungen des Planungssekretariats oder die unternehmerfreundlicheren, kurzfristig orientierten Interessen des Industrie- und Wirtschaftsministeriums durchsetzen.

### KEHRTWENDUNG BEI DER DEMOKRATISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Nach Ablehnung des Gesetzentwurfs der Regierung zur Demokratisierung der Gewerkschaften (vgl. LN 124, S. 22f.) im Senat und Ablösung des Arbeitsministers Mucci durch Casella kann man von einem eindeutigen Scheitern Alfonsíns in dieser Frage sprechen, die während des Wahlkampfes als eines der Hauptziele genannt wurde. Dies ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen wurde durch den Arbeitsminister ausgesprochen ungeschickt und zum Teil überzogen gegen die bestehende peronistische Gewerkschaftsbürokratie vorgegangen, ohne daß die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Senat (hier verfügt die Radikale Partei nicht über die Mehrheit) notwendige Verhandlung stattfand. Es bestand vielmehr der Eindruck, daß der Minister eher willkürlich in das Geschehen innerhalb der Gewerkschaften eingriff, anstatt die dort vorhandenen kritischen Gruppierungen, die die mafiaartige, korrupte Führung durch demokratische Vertreter ersetzen wollen, zu stützen und somit den internen Demokratisierungsprozeß von unten wirklich zu flankieren. Zum anderen bewirkte das Vergessen der Mehrheitsverhältnisse im Senat, daß eine Reihe von radikalen Politikern sich der Illusion hingab, nicht nur die Gewerkschaften demokratisieren zu können, sondern auch die peronistische Ausrichtung durch eine radikale zu ersetzen. Dies erwies sich jedoch als Illusion, da die Radikalen allenfalls eine bedeutende Minderheit sein können. Außerdem verwechselten diese Politiker Demokratisierung mit Anti-Peronismus und einseitiger Interessenvertretung des Radikalismus. Das aus dieser Haltung resultierende Scheitern des Gewerkschaftsgesetzes ist außerordentlich bedauerlich. Zum einen scheint die Regierung eine Kehrtwendung um 180 Grad eingeschlagen zu haben und erweckt bei den nun abgeschlossenen Verhandlungen zwischen dem neuen Arbeitsminister Casella und den alten Gewerkschaftsführern den Eindruck, als akzeptiere sie jegliche Forderungen deren Seite. Zum anderen wurde die Chance vertan, diese korrupten Gewerkschafter in großem Umfang durch demokratische zu ersetzen: Nach den neuen Regelungen für die Zusammensetzung der Wahlkommissionen, Anforderungen an potentielle Kandidaten usw. werden nach Einschätzungen von Insidern vermutlich höchstens 20 bis 30% der bisherigen Führung abgelöst werden können. Die Mehrheit der Gewerkschaftsbosse wird somit von der Regierung Alfonsín nicht angetastet werden. Die vielen kritischen Mitglieder, die sich aus Linksperonisten, Intransigenten und auch Radikalen zusammensetzen, haben somit nur geringe Chancen, ihre politischen und gewerkschaftlichen Vorstellungen im Apparat durchzusetzen. Alfonsín hat damit durch das Beharren auf Biegen und Brechen auf seinem ursprünglichen Gesetzentwurf und die jetzt er-

folgte Kehrtwendung die Chance vertan, sich in demokratischen Gewerkschaften Bündnispartner für eine nicht rezessive und an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und Unterstützung im Kampf gegen die Finanzoligarchie und die politischen Rechte zu sichern.

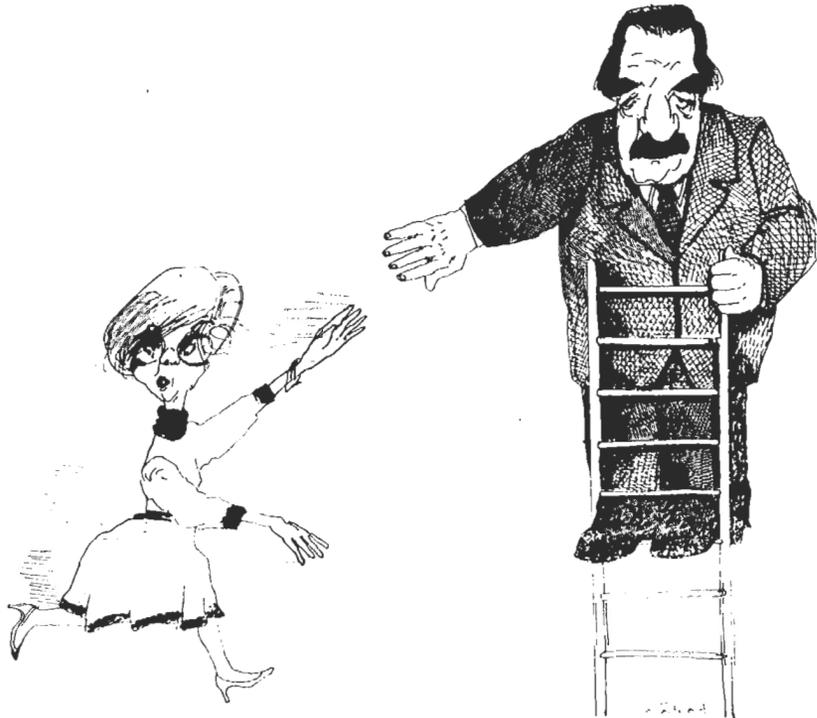


Alfonsín im Labyrinth

### POLITISCHER DIALOG UND PERONISMUS

Obwohl der Präsident im Mai mit allen Parteiführern konferierte, um von ihnen Rückendeckung für die Verhandlungen mit dem IWF einzuholen, sind die vorübergehende Rückkehr von Isabel Perón aus Spanien und die Verhandlungen zwischen Peronismus und Radikalismus eindeutig von besonderer Bedeutung. Selbstverständlich war nach dem Scheitern des Gewerkschaftsgesetzes und in Anbetracht eines Abkommens mit dem Währungsfonds eine gewisse Abstimmung mit dem Peronismus erforderlich. Kritische Demokraten innerhalb und außerhalb des Partido Justicialista (Peronisten) fragen sich jedoch, ob eine Annäherung zwischen beiden Parteien in dieser Form notwendig und für die weitere demokratische Entwicklung sinnvoll ist. Sehr umstritten war deshalb die von Isabel Perón vermutlich zur Vorbedin-

gung für die Teilnahme am Dialog gemachte Rückgabe der Güter, die von den Militärs konfisziert worden waren, zumal bei einem Teil ihres Vermögens die Rechtmäßigkeit angezweifelt wird. Die spezielle Erwähnung von Isabel im Reparationsgesetz für die Schäden der Militärdiktatur stieß auf Widerstand im Parlament, der nur durch die Parteidisziplin gebrochen werden konnte. Das Vorhaben, Frau Perón ausdrücklich als erstes Opfer der Militärdiktatur zu bezeichnen, mußte jeden, der über die Terrororganisation der rechten Peronisten um Frau Perón und ihren "Wohlfahrts"minister López Rega "Triple A" und deren Aktivitäten vor 1976 Bescheid weiß, wie ein Hohn erscheinen. Außerdem verhindert "Isabelitas" Rückkehr, deren Ablauf auf einen Außenstehenden zeitweise wie ein schlechter Film wirkte (Sie drohte Parteiführern wie kleinen Schuljungen Ohrfeigen an, wenn sie sich nicht ordentlich benähmen!), unter Umständen die notwendigen Klärungs- und Demokratisierungsprozesse im Peronismus: Kritik kann gegen eine Trägerin des Namens Perón nur hinter vorgehaltener Hand erfolgen. Isabelitas einsame Entscheidungen und die Vollmachten der von ihr eingesetzten "comisión de enlace" (Vermittlungskommission) widersprechen demokratischen Entscheidungsstrukturen. In dieser Kommission sind vor allem ultravertikalistische, erkonservative Parteimitglieder vertreten, denen ein nicht durch Unterstützung an der Partebasis gedeckter Einfluß zukommt. Anstatt den Peronismus den inzwischen eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen und ihn in eine konstruktive Oppositionspartei umzuwandeln, verfolgen diese Leute unter dem deckmantel veralteter Parolen ihre Partikularinteressen. Solange der Peronismus nicht den notwendigen Klärungsprozeß ernsthaft einleitet, besteht zudem die Gefahr, daß seine interne Instabilität und die mangelnde Verankerung demokratischer Strukturen sich negativ auf die gesamte argentinische Gesellschaft auswirken. Aus diesem Grund sollte das "Tête-à-tête" zwischen Alfonsín und Isabelita in den nächsten Monaten sehr kritisch verfolgt werden.



## Diskussion über Atomenergie

Eines der Lieblingsprojekte der argentinischen Militärdiktatur war der forcierte Ausbau einer eigenen Atomindustrie. An diesem Programm war vor allem auch die KRAFTWERKSUNION führend beteiligt. Die Verschuldungskrise (vgl. LN 126) und die politische Krise des Militärregimes stellten die Fortführung dieser Pläne in Frage. Die Regierung Alfonsín hat noch nicht klar zu erkennen gegeben, welche Pläne sie auf diesem Gebiet hat. In Zusammenhang mit der Frage des Atomprogramms hat sich in den letzten beiden Jahren immer wieder der führende argentinische-Nuklearphysiker Frederico Westerkamp kritisch zu Wort gemeldet. Er ist nicht gegen die Atomenergie, wendet sich aber gegen die Art, wie die Entscheidungen über das Atomprogramm gefällt werden und fordert vor allem, daß Argentinien endlich den Vertrag von Tlatelolco über eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika ratifiziert.

Neben Brasilien ist Argentinien in Lateinamerika das Land mit der fortgeschrittensten Atomindustrie. Seit mehr als 10 Jahren arbeitet in der Nähe von Buenos Aires das Atomkraftwerk Atucha I, das von der KWU gebaut wurde. Der kanadische Druckreaktor in Embalse nahm 1984 den Betrieb auf. Die KWU baut derzeit das AKW Atucha II, das 1989 den Betrieb aufnehmen soll. Die Schweizer Firma Sulzer lieferte die Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser und in Ezeiza - ebenfalls in der Nähe der Hauptstadt - ist seit mehreren Jahren eine Pilotanlage zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen in Betrieb. Insegsamt verfügt damit Argentinien über den gesamten atomaren Kreislauf und die Fähigkeit zur Herstellung von Plutonium für Atombomben.

Entsprechend dem Vertrag zwischen der argentinischen Militärregierung und der KWU von 1980 soll die KWU noch weitere vier Atomkraftwerke bauen. Dies aber ist nun durch die Wirtschaftskrise fraglich geworden. Kritische Stimmen in Argentinien stellen sich die Frage, ob die Atomenergie für das Land wirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist.

Die Planung und Durchführung des Aufbaus der argentinischen Atomindustrie liegt bei der CNEA (Nationale Atomenergiekommission), die bis zum Amtsantritt von Alfonsín von einem Militär, Vizeadmiral Castro Madero, geleitet wurde. Alfonsín ernannte den zivilen Ingenieur A. Constantini zum neuen Präsidenten der CNEA, der aber seinerseits Castro Madero zum "Berater" der CNEA machte, was weiterhin den direkten und personellen Einfluß des Militärs auf die Kommission sicherte.

Zur Begründung für die Notwendigkeit einer eigenen Atomindustrie wird - vor allem vom Militär - immer wieder angeführt, daß Argentinien diese Technologie braucht, um seine nationale Selbständigkeit auf technologischem Gebiet zu sichern. Dagegen wendet der Physiker und Menschenrechtler Westerkamp ein: "Aber wer hat Atucha I und Embalse gebaut? Ersteres wurde ausschließlich von Deutschen errichtet, das zweite - abgesehen von Ingenieurarbeiten - von den Kanadiern. Wer stellte die Anlage zur Herstellung von Schwerem Wasser zur Verfügung? Die

ausländische Technologie. Wer baut Atucha II? Die Deutschen. Wer baute die Wiederaufbereitungsanlage für Plutonium in Ezeiza? Die Italiener. Wer baut die Schwer-Wasser-Anlage in Arroyito? Schweizer und Italiener. Wer stellt die Technologie für bestimmte Installationen zur Verfügung? Die Russen. Es ist daher offensichtlich, daß es diese behauptete technologische Unabhängigkeit gar nicht gibt. Außerdem glaube ich auch nicht, daß dies der wichtigste Kritikpunkt ist, da Argentinien sowieso nicht in der Lage ist, Tausende von Produkten herzustellen, die dazu benötigt werden. Das, was ich kritisiere ist, daß unter dem Vorwand der nationalen Technologie (...) gegen alle Widerstände der Atomplan weiterverfolgt wird, ohne daß man zuvor prüft, ob es ein guter Plan ist, ob unser Land sich den Luxus erlauben kann, Millionen Dollar für die vier Atomkraftwerke auszugeben, die entsprechend diesem Plan noch gebaut werden sollen. Atucha zwei kostet mit allen Nebenkosten (...) 2,5 Mrd. Dollar (...) Und dabei sind die laufenden Betriebskosten noch nicht mitberechnet (...)

Wäre es nicht gut, wenigstens einen geringen Teil der für Atucha II bestimmten Gelder - z.B. 5% - dafür auszugeben, um ernsthaft alternative Energien zu erforschen? (...)" (El Porteño, März 1984, S. 38).

"Die Atomlobby tut so, als würde der Haushaltsplan unter denselben Prioritäten erstellt wie unter der Militärdiktatur, als eine von dem terroristischen Staat eingeschüchterte Gesellschaft es nicht wagte, einschneidende Fragen zu stellen. Zur Kompensierung der politischen Öffnung veröffentlichte die Atomlobby eine Anzeige ohne konkrete Informationen und voller Emotionen. Diese Anzeige hat aber den Vorteil, daß sie Elemente zur Verfügung stellt, um die Theorie der 'unabhängigen nuklearen Entwicklung' in Frage zu stellen, die Vizeadmiral Castro Madero und anderen Anhängern der Diktatur so nützlich ist. Zu den Unternehmen, die den Ausbau der Atomenergie befürworten gehören nämlich u.a. die Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes AFNE (Astilleros y Fábricas Navales des Estado), Pescarmona, Astra, Atomic Energy of Canada, Kraftwerunion AG, Siemens und Tech-int. Wir glauben, daß diese Interessengemeinschaft zwischen nationalem Privat- und Staatskapital und internationalem Kapital aufgeheilt werden muß. Aber dies ist nicht der einzige dunkle Punkt des Atomplans. (...)

Wie ist die Berechnung für den zukünftigen Energieverbrauch, der den Bau weiterer AKWs rechtfertigen soll? Wie sind die Kosten des Atomstroms im Vergleich zu alternativen Energiequellen, über die das Land verfügt? Wieviel werden die Sicherheitsmaßnahmen kosten, wenn die AKWs einmal stillgelegt werden? Warum insistiert man auf Atomenergie und nicht auf anderen Avantgardetechnologien, in denen sich Argentinien hervortun könnte?" (El Porteño, März 1984, S. 72)

Obwohl Atucha I seit ca. 10 Jahren gut funktioniert, bezweifelt Westerkamp, daß sich AKWs amortisieren können: "Es gibt keine AKWs, die älter sind als 20 Jahre und noch funktionieren. Wir haben Atucha I, das noch nicht so alt ist, aber in gutem Zustand und etwa 20 Jahre funktionieren kann. Nach 20 Jahren ist es amortisiert. Normalerweise rechnet man bei Industrieanlagen mit einer Amortisationsfrist von 10 Jahren, aber bei AKWs muß man 20 Jahre kalkulieren. Erst der Rest der Lebensdauer ist dann Gewinn. Aber man kann nicht wirklich von 20 Jahren ausgehen, weil es sehr oft zu Schäden kommt. Oft ist die Lebensdauer der AKWs noch kürzer." (El Proteño, September 1982)

## ATOMMÜLLDEPONIE IN ARGENTINIEN?

Seit einiger Zeit gibt es hier die Information, die argentinische Regierung plane, eine große Atommülldeponie anzulegen, in der nicht nur der argentinische Atommüll gelagert werden soll, sondern auch Atommüll aus Europa - z.B. als Gegenleistung für die Lieferung der Schwer-Wasser-Anlage aus der Schweiz würde Argentinien Atommüll der Schweiz lagern und die Kosten mit den Kosten der Anlage verrechnen, die das Land bei seiner Wirtschaftskrise kaum bezahlen kann.

Die Zeitschrift El Porteño befragte im September 1982 Westerkamp, was er von diesen Plänen wisse. "Sehen Sie, wir Argentinier - vielleicht außer mir, weil ich eingeweiht war - wußten nichts von einer Deponie. Nicht einmal in der CNEA wußten

die Leute Bescheid, weil ihnen nicht klar war, wieviel Plutonium pro Jahr zum Beispiel in Atucha I anfällt. (...) Und es gibt bereits mehrere Hundert Kilogramm Atommüll, die bisher angefallen sind. Sie müssen wiederaufgearbeitet werden, wenn man - was wahrscheinlich ist - die Entscheidung zur Wiederaufbereitung trifft. (...) Gegen die Lagerung von Atommüll in Argentinien bin ich eigentlich nicht. Wogegen ich bin, ist die Tatsache, daß die Anlagen gebaut werden, ohne daß jemand weiß, worum es sich handelt, nicht einmal die Bewohner von Gastre (wo eine Atommülldeponie hinkommen soll) und daß man ihnen nicht sagt, warum man die Anlage baut und welche Gefahren dabei entstehen. Es gibt andere Plätze, weiter weg von der Bevölkerung. Ich meine z.B. die Antarktis. Es müßte eine Weltorganisation für die Antarktis geben, für die Gebiete, die niemandem gehören. Es ist natürlich nicht einfach, die entsprechenden Anlagen in die Antarktis zu transportieren und aufzubauen, aber wenigstens ist es unwahrscheinlich, daß die Antarktis in den nächsten 100 Jahren bewohnt sein wird." (...)

Gastre liegt etwa 100 km von Trelew entfernt in einer dichtbevölkerten Zone, die außerdem touristisch genutzt wird. Deshalb sind die Leute dort sehr wütend, weil sie befürchten, eine solche Atommülldeponie könne die touristische Anziehungskraft vermindern.

El Porteño: Es gibt auch das Gerücht, daß die Deponie an andere Länder vermietet werden soll.

Klar, die Kosten für die Anlage sind sehr hoch, etwa 800 Mio \$. Es ist möglich, daß die Schweiz Argentinien gebeten hat, Atommüll aufzunehmen, weil die Schweiz über kein geeignetes Gelände für derartige Deponien verfügt. In Europa ist das ein großes Problem. Die Ökologie-Gruppen sind gegen die Atomenergie. In Holland, der BRD und der Schweiz wissen sie nicht wohin mit dem Abfall. Es ist ein wenig eine Frage von Leben oder Tod.

El Porteño: Es ist nicht nur eine Frage der Lagerstätten sondern der Tatsache, daß das Umweltbewußtsein sehr groß ist. Hier soll alles bereits geregelt sein, bevor ein Umweltbewußtsein entsteht. Damit vermieten wir unser Land für mindestens 50 000 Jahre!"

## ATOMENERGIE UND AUFRÜSTUNG

Westerkamp: "Argentinien braucht m.E. keine Atomenergie. Aber was passiert dann? Keine Atomenergie zu haben, heißt, technologisch zurückzubleiben (...) Wenn wir beispielsweise Atucha I nicht hätten, hätten wir auch viele andere Dinge nicht, z. B. Radiumisotope. Wir hätten auch keinen Einfluß, wir könnten den Peruanern nicht helfen (Argentinien unterstützt Peru beim Bau eines AKWs, d. Red.) oder z.B. ein atomgetriebenes U-Boot bauen, was wir m.E. nicht tun werden, aber wir könnten es zumindest tun.

El Porteño: Was hat es mit dieser Geschichte eines Atom-U-Bootes auf sich?"

Westerkamp: Ich glaube, das ist vor allem eine politische Drohung. Aber wenn die Militärs ein solches Atom-U-Boot bauen könnten, würden sie es sofort tun, denn sie sind von englischen U-Booten angegriffen worden und waren wehrlos gegen sie. Daher ist es logisch, daß sie daran denken, eins zu bauen. Aber das setzt die Anlage zur Anreicherung von Uran voraus; wenn unsere AKWs nicht mit angereichertem Uran betrieben werden und wir nicht über die Technologie verfügen, können wir schlecht ein atomgetriebenes U-Boot bauen. Ein solches Schiff kostet also erst mal die 2 Mrd. \$ für die Anreicherungsanlage, und dann kostet es noch einmal für den Bau. Das sind dann mehrere Milliarden Dollar. (...)

Wissen Sie, wozu die Wiederaufbereitung dient? Es gibt dafür zwei Gründe: der eine ist, daß Brennstoffe für AKWs hergestellt werden; der andere der, daß man das Material für Atombomben verwenden kann. Eine Militärdiktatur denkt natürlich an eine Atombombe, eine Zivilregierung vielleicht nicht so sehr. Aber auch da wird es Laute geben, die daran denken, eine Atombombe zu bauen. (...) Und Argentinien hat den Vertrag von Tlatelolco nicht unterschrieben." (El Proteño, Sept. 1980)

Der Vertrag von Taletlolco sieht eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika vor. Darin geben die Supermächte die Garantie, keine Atomwaffen gegen die Unterzeichnerstaaten einzusetzen und verpflichten sich, auch keine Atomwaffen nach Lateinamerika zu liefern. Überwacht wird dieses Abkommen von der OPANAL (Organisation für das Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika). Allerdings erlaubt der Vertrag ausdrücklich die "friedliche Nutzung" der Atomenergie und unter bestimmten Voraussetzungen auch Sprengungen "zu friedlichen Zwecken". Der Vertrag ist von fast allen lateinamerikanischen Ländern unterschrieben und ratifiziert - außer den potentiellen Atommächten: Cuba hat nicht unterschrieben, Chile und Brasilien haben den Vertrag nur mit Einschränkungen anerkannt und Argentinien hat den Vertrag zwar unterschrieben aber nie ratifiziert. Unter diesen Bedingungen bleibt der Vertrag natürlich reines Papier, wenn ausgerechnet die Staaten, die am ehesten Atomwaffen herstellen könnten, sich weigern, den Vertrag voll anzuerkennen.

Die Aussagen von Westerkamp machen deutlich, daß es in Argentinien bisher nur in sehr wenigen und kleinen Gruppen eine prinzipielle Diskussion über die Atomenergie gibt. Wichtigstes Thema bei der Infragestellung des Atomplans ist die Frage nach der Wirtschaftlichkeit und der Bezahlbarkeit unter den Bedingungen der katastrophalen Wirtschaftskrise. Wenn das Abkommen mit der KWU erfüllt wird, wird es - über die bekannten Gefahren der Nutzung der Atomenergie hinaus - eben diese Verschuldungskrise Argentiniens noch weiter verschärfen.

Bis zum Ende der Militärdiktatur galt in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung der Slogan: Keine AKWs für die Militärs. Dies war auch ein Kompromiß mit den Argentinern im Exil, die keineswegs alle gegen Atomenergie waren. Aber mit dem Amtsantritt einer zivilen Regierung ist das Problem nicht gegenstandslos geworden. Die KWU baut weiterhin an Atucha II und soll noch vier weitere Reaktoren liefern. Und auch unter einer zivilen Regierung hat das Militär seinen Einfluß auf die Atomindustrie nicht verloren. Die militärischen Interessen auf diesem Gebiet sind nach wie vor sehr stark. Die Solidaritäts- und Anti-AKW-Bewegung darf deshalb das Atomgeschäft mit Argentinien nicht aus den Augen verlieren.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUM DEUTSCH-ARGENTINISCHEN ATOMGESCHÄFT UND ZUM  
AUFBAU DER ARGENTINISCHEN ATOMINDUSTRIE GIBT DIE BROSCHÜRE DES FDCL  
"DER GRIFF NACH DER BOMBE - DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT"  
Zu bestellen bei: Lateinamerika Nachrichten-Vertrieb, Gneisenaustr.2,  
1 000 Berlin 62

## BOLIVIEN

### Interview mit Juan Lechín

#### EIN SIEG DER ARBEITER?

Die bolivianische Regierung hat Ende Mai ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Damit ist Bolivien das erste Land Lateinamerikas (nach Costa Rica, das bereits vor mehr als zwei Jahren seine Zahlungen einstellte, freilich ohne öffentliche Mitteilung - worauf die internationalen Banken ebenfalls schwiegen; und so konnte das Beispiel keine Schule machen), das nicht einmal seinen Schuldendienst bedient, d.h. sämtliche Zahlungen an das Ausland eingestellt hat.

Die Entscheidung der UDP-Regierung erscheint auf den ersten Blick als ein politischer Sieg der bolivianischen Arbeiter, deren entschiedener Kampf sich in den letzten Monaten gegen eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik richtete, die immer mehr von den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestimmt wurde und den souveränen Entscheidungsspielraum der Regierung weitgehend einengte. Als der IWF von der bolivianischen Regierung eine drastische Abwertung des Peso verlangte, ging das gerade umgebildete Kabinett (wieder mit vier Ministern des MIR, der Anfang April, nach 15-monatiger Abstinenz, in die Regierung zurückgekehrt war) sofort auf die Forderung ein. Die Arbeiter und Angestellten der bolivianischen Zentralbank verhinderten jedoch die Ausführung des Abwertungsbeschlusses, indem sie sofort in einen unbefristeten Streik traten. Die übrigen Banken schlossen sich dem Streik an. Die Gewerkschaftszentrale COB organisierte während der Monate April und Mai eine Reihe von anderen Protestmaßnahmen gegen die Regierungspolitik. Das folgende Interview wurde am 4. Mai in La Paz geführt, als die Kämpfe der Arbeiter mit einem 72-stündigen Generalstreik ihren ersten Höhepunkt erreicht hatten. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte Juan Lechín gerade seinen Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden der COB angekündigt, ein Schritt, der sich als taktische Maßnahme gegen die trotzkistische Fraktion der COB entpuppte, um diese zu disziplinieren. Juan Lechín ist also wieder im Amt. Er geht in dem Interview besonders stark auf die Politik des IWF ein, wodurch das Gespräch einen allgemein gültigen Charakter bekam.

Frage: Welche Lösung ist angesichts der gegenwärtigen Krise in Bolivien und angesichts der Macht, die die COB in diesem Land darstellt, denkbar, d.h. ist eine Vereinbarung zwischen Gewerkschaft und Regierung oder gar eine Beteiligung der COB an der Regierung denkbar?

Juan Lechín: Es geht nicht um mehr oder weniger Macht, die wir haben. Es geht um ein politisches Programm. Die COB hat die Maßnahmen dieses Regimes von Anfang an kritisiert. Wir können uns nicht an der

Regierung eines Regimes beteiligen, das eine Politik betreibt, die dem Land und dem Volk schadet. Wir haben als COB einen alternativen Notstandsplan vorgelegt, der dem Wirtschaftsmodell der Regierung, das nichts anderes ist als die Anwendung der Auflagen des IWF, entgegensteht. Das ist das Haupthindernis. Andererseits wiederholen wir, daß wir trotz unserer harten Kritik an der gegenwärtigen Regierung weiter für die Erhaltung und Entwicklung des demokratischen Prozesses kämpfen werden, der schließlich von der Arbeiterklasse durchgesetzt worden ist, indem sie in den Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Diktaturen die Avantgarde bildete, d.h. auch die größten Opfer bringen mußte. Eine Errungenschaft der Arbeiter müssen wir natürlich erhalten.

**Frage:** Aber es sieht so aus, als ob diese Errungenschaften, die seit 1952 mühsam erkämpft worden sind, ausgerechnet unter einer Regierung gefährdet sind, die von den Arbeitern gewählt worden ist. Sollte der Dialog mit dieser Regierung nicht eher leichter zu führen sein?

**J. L.:** Die Dialoge bringen in diesem Land und unter dieser Regierung überhaupt nichts! Ich versuche es schon, seit diese Regierung an der Macht ist, aber ohne ein einziges Ergebnis. Kein Versprechen wurde gehalten. Ich rede von den wichtigen Dingen, nicht von zweitrangigen Problemen.

**Frage:** Im Ausland, besonders in Europa, ist es sehr schwer verständlich, warum die bolivianischen Gewerkschaften eine Regierung attackieren, die sie doch eher als die ihre begreifen müßten ...?

**J. L.:** Ich habe nicht für diese Regierung gestimmt, denn ich kenne den Präsidenten der Republik zu gut. Ich habe zwar keine Kampagne gegen ihn geführt, aber das ist auch alles. - Es ist allerdings richtig, daß ein großer Teil der Arbeiter für das Wahlbündnis, für diese Formel der UDP gestimmt hat. Aber sie haben damals für ein politisches Programm gestimmt, das gegen den IWF gerichtet war und eine anti-imperialistische Ausrichtung hatte. Nicht einer der beiden Punkte ist von der Regierung erfüllt worden. Keine einzige anti-imperialistische Maßnahme wurde ergriffen und - was noch schlimmer ist - man hat sich völlig dem Diktat des IWF unterworfen. Die Versprechen an das Volk sind einfach nicht eingehalten worden!

**Frage:** Aber die Forderungen des IWF sind doch z.T. gar nicht verwirklicht worden: z.B. ist meines Wissens niemand aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden in Bolivien ...

**J. L.:** Der IWF hat diesem Aspekt der Einsparung öffentlicher Ausgaben durch Entlassungen von Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes keinerlei Nachdruck verliehen. Aber er hat sehr wohl einerseits auf den finanzpolitischen Maßnahmen wie der Abwertung des Peso bestanden und andererseits auf dem Einfrieren der Löhne und Gehälter.

**Frage:** Aber das wäre eine Maßnahme, die sich direkt gegen die Arbeiter richtet...

**J. L.:** Selbstverständlich! Das genau ist das Ziel des IWF! Man darf nicht vergessen, daß es bei der Gründung des IWF zwei unterschiedliche Strömungen gab. Die eine vertreten durch die USA und ihre Interpreten, einen gewissen Mr. Belt, und die andere war die britische von Keynes. Die von Keynes wurde überstimmt und infolgedessen die der USA akzeptiert. D.h. aber nichts anderes, als das der IWF seit seiner Gründung von den imperialistischen Interessen der USA bestimmt wird.

**Frage:** Könnten sich die lateinamerikanischen Länder nicht gegen den IWF zusammenschließen und z.B. die Zahlung ihrer immensen Auslandsschulden verweigern?

**J. L.:** Die Länder hätten wohl schon ein solches Interesse. Aber in der Realität kann es nur um einen Aufschub der Schuldentilgung gehen.

Ich will aber noch einen anderen Aspekt anfügen: der IWF ist gegenüber den Militärdiktaturen sehr nachgiebig gewesen, ganz extrem sogar. Er hat ihnen in einem Ausmaß Geld geliehen, das weit über die Möglichkeiten dieser Regierungen hinausging - mit dem einzigen Ziel, diese Diktaturen, besonders im Süden Lateinamerikas, zu erhalten, ihr Überleben zu sichern. Und jetzt ziehen die im IWF versammelten demokratischen Regierungen die Schrauben so stark an, daß die schwachen demokratischen Regierungen in Lateinamerika Schwierigkeiten bekommen. Mit anderen Worten: das Interesse des IWF besteht darin, die Demokratie zu zerstören, damit die Militärdiktaturen zurückkehren.

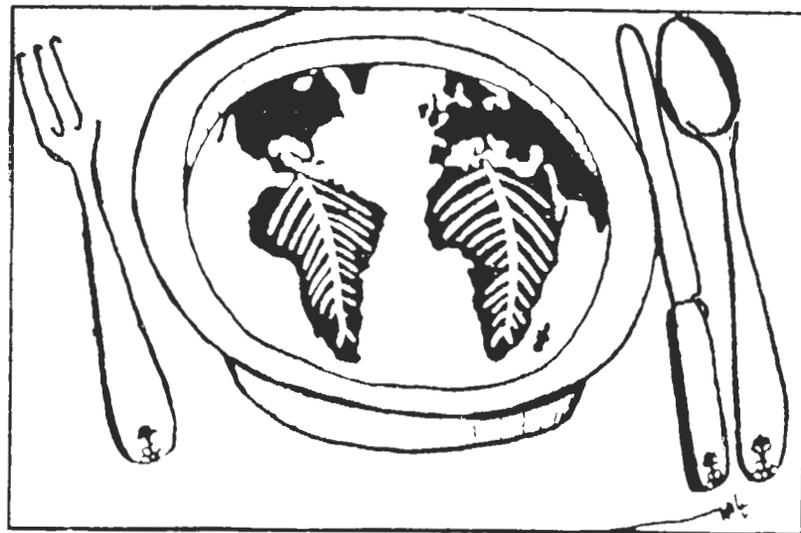
**Frage:** Gibt es nach Ansicht der COB überhaupt eine vernünftige Lösung für die gegenwärtige bolivianische Wirtschaftskrise?

**J. L.:** Nur die, vom sogenannten "Wirtschaftspaket" abzulassen, das im Volk bereits den Spitznamen "das Hungerpaket" bekommen hat. Fragen Sie mal die Leute aus der Mittelschicht, die Leute mit einem mittleren Einkommen - sie sind stark betroffen von diesen Maßnahmen. Wieviel mehr diejenigen, die keine festen Einkünfte haben, wie z.B. die Hersteller von Kunsthandwerk, die Arbeitslosen, die Studenten, die freiberuflichen Akademiker, die einfach kein Klienten haben ...

**Frage:** Sicher kommen alle diese Schichten nicht mehr zurecht. Mir ist auffallen, daß ein Ei im Moment einen viertel Dollar kostet. Das dürfte weltweit der höchste Preis für ein Ei überhaupt sein ...

**J. L.:** Das ist richtig! Bedenken Sie dabei, daß die Eier immer das billigste Nahrungsmittelprodukt im ganzen Land gewesen sind - und wahrscheinlich ist das in anderen Ländern auch so ...

**Frage:** Ohne Unterstützung der COB kann diese Regierung kaum weiterregieren. Denkt die COB an einen unbefristeten Generalstreik?



**J. L.:** Wo gibt es in der Dritten Welt einen unbefristeten Generalstreik? Es gibt dafür einfach keine ausreichende wirtschaftliche Grundlage. Wir sind dabei, eine Serie von Maßnahmen zu ergreifen; nicht nur das Mittel des Streiks. Wir werden eine Reihe von Widerstandsformen kombinieren: Streiks, Hungerstreiks, Demonstrationen usw. Wir müssen eine Reihe von Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, denn wir sind überzeugt, daß der Kampf lange dauern wird.

Frage: Was würden Sie zur Situation der Arbeiter in der Dritten Welt allgemein sagen, welchen Rat würde Juan Lechin den Arbeitern in der Dritten Welt geben?

J. L.: Ich glaube, daß eine der wichtigsten Aufgaben für die Arbeiterbewegung in unserer Zeit der Kampf gegen die Auflagen des IWF ist. Das Diktat des IWF hat die schweren inneren Krisen in ganz Lateinamerika hervorgerufen oder zumindest verschärft. Selbst ein Land wie Mexiko mit einer beachtlichen Erdölförderung und mit einer bedeutenden Schwerindustrie, mit einer diversifizierten Landwirtschaft und hohen Einnahmen aus dem

Tourismus ist davon nicht verschont geblieben. Dieses vom IWF diktierte Wirtschaftsmodell anzuwenden bedeutet den allmählichen Selbstmord der Länder und der Völker der Dritten Welt. Deshalb gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, einerseits die Reichtümer ihrer Länder zu verteidigen und andererseits die Arbeitsplätze und schließlich, Verbesserung ihrer allgemeinen Lebensbedingungen zu erzwingen. Ohne diese fundamentale Aufgabe wird wohl kein Arbeiter in Lateinamerika jemals irgend welche beachtlichen Forderungen durchsetzen können.

Frage: Das wird aber doch von den meisten Regierungen als "Einmischung in die Politik" empfunden und bringt den Gewerkschaften sicher noch härtere Auseinandersetzungen ...?

J. L.: Die Ansicht ist natürlich völlig falsch, daß die Arbeiter nur für höhere Löhne kämpfen dürfen! Das ist völlig falsch! Die Arbeiter haben das Recht, die Interessen ihres Landes zu verteidigen, denn sie sind es, die die Reichtümer des Landes produzieren. Überall in der Welt sind die Aktionen der Arbeiter "politisch". Die Arbeiter haben in Europa ihre eigenen Parteien, meistens sind es die Sozialdemokraten ..." (an dieser Stelle mußte Luan Lechin das Interview leider beenden, da seine Verhandlungen im Planungsministerium weitergingen.)

## CUBA

### Cuba si — Neckermann-Tourismus nein danke!

#### SUBJEKTIVE REISEEINDRÜCKE UND OBJEKTIVE GEFAHREN

"Cuba, que linda es Cuba..." - Cuba ist wirklich wunderschön, schöner sogar als es die Postkarten wiedergeben. Die Badestrände von Havana-Ost und vor allem von Varadero gehören zu den schönsten der Welt: feiner weißer Sand, schattige Palmen, sauberes Wasser, auffallend viele schöne Menschen aller Schattierungen, Lebensfreude in der Karibik. Kein Wunder, daß die großen westeuropäischen Reiseunternehmen seit Jahren alles daransetzen, das bis vor kurzem noch relativ unzugängliche Cuba als neues Urlaubsparadies für sich zu erobern. "Erobern" ist im übrigen der einzig angemessene Ausdruck für das, was sich im Tourismus-Bereich auf der Zuckerinsel tut.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Cuba hat 25 Jahre nach dem Sieg der Revolution unter äußerst schweren, d.h. von außen zusätzlich erschwerten Bedingungen bewundernswerte Leistungen vollbracht. Kein anderes Volk Lateinamerikas hat einen so hohen Lebensstandard wie die Cubaner. Nirgendwo sonst auf dem gesamten Subkontinent (und wahrscheinlich sogar unter Einbeziehung Nordamerikas) können alle Kinder zur Schule gehen und später studieren, wenn sie wollen, hat jedermann kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung, gibt es keine Arbeitslosen. Bettelnde Kinder sieht man in Lima und Santiago de Chile, in Bogotá und La Paz, in Rio und in Quito - aber nicht in Havana oder Matanzas. Dort stirbt auch niemand den Hungertod wie in allen anderen lateinamerikanischen Großstädten außerhalb Cubas. Das deutlich zu betonen, ist in einem Land wie der BRD besonders angebracht, wo die bloße Erwähnung des Namens Fidel Castro vielen Leuten immer noch eine Gänsehaut verursacht.

Das einzige Problem, das die Cubaner zu haben scheinen, ist das fehlende Bewußtsein darüber, wie gut es ihnen eigentlich geht. Insbesondere die cubanische Jugend, die unter den jetzigen Verhältnissen aufgewachsen ist, die überdies nicht in ausreichendem Maß Gelegenheit hat, mit den Verhältnissen in anderen lateinamerikanischen Ländern zu vergleichen, nimmt die eigenen Lebensbedingungen als etwas völlig Selbstverständliches, findet nichts Bemerkenswertes daran und steht, so der Eindruck aus verschiedenen Gesprächen mit cubanischen Jugendlichen, der Revolution zwar nicht ablehnend, aber doch ziemlich indifferent gegenüber. Anders die Älteren: die heute über 40-Jährigen, die die Batista-Zeit noch in Erinnerung haben und daher die Bedeutung der Errungenschaften seitdem besser einschätzen können, haben ein deutlich positiveres Verhältnis zu ihrer Revolution als die Jüngeren.

Die US-Radio-Stationen und Briefe von ökonomisch erfolgreichen Verwandten in Florida tun ein übriges, um Konsumwünsche und Vorstellungen vom "westlichen" Leben zu wecken, die weder mit der Realität der Bevölkerungsmehrheit in den kapitalistischen Ländern etwas zu tun haben, noch von der cubanischen Regierung befriedigt werden können. Aber auch Intershops und der zunehmende Massentourismus aus Europa untergraben die sozialistische Moral vieler Cubaner, so daß man sich fragt, ob das sein muß - oder zumindest, ob es eine unvermeidliche Folge von ökonomisch notwendigen Maßnahmen ist. Denn daß Cuba dringend zusätzliche Deviseneinnahmen braucht, steht außer Frage.

#### DER VERFALL DES ZUCKERPREISES

Der Weltmarktpreis des Zuckers, der vor fünf Jahren noch bei 30 Centavos pro Pfund Rohzucker lag, ist mittlerweile auf 6,5 Centavos gesunken. Das cubanische Exportprodukt Nr. 1 kann dem Land längst nicht mehr die dringend erforderliche

Zahlungsfähigkeit garantieren. Cuba braucht neue Devisenquellen.

Der Export von Zitrusfrüchten, der infolge einer strikten Diversifikation des landwirtschaftlichen Anbaus in den letzten Jahren mittlerweile ein beträchtliches Ausmaß erreicht hat, ist hauptsächlich für die sozialistischen Staaten bestimmt und bringt daher keine konvertierbaren Devisen ein. Die drei wichtigsten (devisenbringenden) Wirtschaftszweige Cubas sind – und das dürfte selbst für die meisten LN-Leser eine Überraschung sein – erstens (nach wie vor) der Zuckerexport, zweitens der Nickerexport und drittens bereits der Tourismus, der den Tabak (der vor vielen Jahren sogar mal auf Platz zwei lag) an die vierte Stelle gedrängt hat.

An der wirtschaftlichen Notwendigkeit, den Tourismus als Einnahmequelle für die so dringend benötigten Devisen auszubauen, kann gar nicht gezweifelt werden, denn die industrielle Infrastruktur Cubas ist nur schwach entwickelt, Maschinen, Ersatzteile, aber auch viele Konsumgüter müssen eingeführt und in Devisen bezahlt werden (selbst-ironischer Kommentar eines cubanischen Funktionärs: "die Yankees sind schön dumm, sie könnten unser ganzes System über Nacht lahmlegen, wenn sie uns einfach die Papierzufuhr stoppen würden"). Cuba muß jedes Blatt Papier importieren.



## DER TOURISMUSBOOM UND SEINE FOLGEN

Seit Beginn der 80er Jahre ist das Tourismus-Geschäft mit verschiedenen westlichen Ländern stark ausgebaut worden, mit anderen Worten: das Zeitalter des Massentourismus a la Neckermann hat begonnen. Erst im April war der Vorsitzende des Instituto Nacional de Turismo de Cuba, José Luis Padrón, in Europa, um neue, langfristige Verträge mit Touristik-Unternehmen in Spanien, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik abzuschließen. In der BRD führte Padrón Verhandlungen mit der Steigenberger Consulting GmbH, die ihm einen Plan zum Aufbau einer neuen Tourismus-Zone im Gebiet von Cayo Largo sowie einen weiteren Plan zur Verbesserung der touristischen Einrichtungen in ganz Cuba überreichte. Mit TUI (Hannover) wurde ein erheblicher Ausbau des Tourismus – Erweiterung der Hotelkapazitäten und ein zusätzlicher Charterflug pro Woche – vereinbart. Mit Neckermann wurde sogar über die Installation eines eigenen ALDIANA-Clubs im neu entstehenden "Tourismus-Zentrum von Cayo

Largo verhandelt. In Varadero werden in nächster Zeit einige neue Riesenhotels (600 bis 800 Betten) entstehen.

Hier soll keine dunkelhafte Kritik am Massentourismus geübt werden. Auch das geradezu ökologische Problem – Strände und Wasser werden wohl bald nicht mehr so sauber sein – soll nicht diskutiert werden. Aber die Cubaner müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie sich mit der Art und Weise, wie sie das Tourismus-Geschäft ausweiten, nicht eine Zeitbombe legen, die eines Tages explodieren kann.

Schon jetzt bilden die Tourismus-Hotels magische Anziehungspunkte für einen großen Teil der cubanischen Jugend. Wer als Cubaner/in in die begehrten Hotel-Discos will, braucht einen über Devisen verfügenden Begleiter, allein kann er/sie nicht einmal ein Mineralwasser im Hotel trinken. Jedes dieser Hotels hat zudem einen Intershop mit einem wahrscheinlich sehr verlockenden Angebot für viele Cubaner, die zwar alle lebensnotwendigen Dinge des täglichen Bedarfs befriedigen können, die aber aufgrund der schwierigen außenwirtschaftlichen Situation auf andere, "gehobene" Bedarfsgüter verzichten müssen. Die Cubaner erleben die westeuropäischen (und kanadischen) Touristen als Leute, die sich anscheinend alles leisten können, was die eingangs beschriebene schiefe Vorstellung vom süßen Leben im Kapitalismus noch verstärkt. Gleichzeitig ist der Tourismus so organisiert, daß der Tourist über die politischen und ökonomischen Hintergründe, überhaupt über den cubanischen Alltag nichts erfährt. Daß der Durchschnittstourist das auch gar nicht wünscht, ist eine Sache. Daß man es von cubanischer Seite – mit ein bißchen Phantasie und karibischem Charme und ohne platte Propaganda – nicht einmal ansatzweise versucht, ist eine andere. Daß aber die Reiseführer von Cubatur geradezu verstört reagieren, wenn man als Tourist sich politisch interessiert zeigt, darauf sichtbar und in keiner Weise vorbereitet zu sein scheinen, ist schon eher traurig. Auch die Vorstellungen vom europäischen Standard sollten von den cubanischen Tourismus-Managern einmal überprüft werden: muß das Besteck zum Abendessen aus 7 (in Worten:

sieben) Teilen bestehen? Muß für die Klima-Anlage in den Hotels immer so viel Energie verschwendet werden, daß man sich ständig erkältet? Muß das Essen so üppig sein, daß regelmäßig Ummengen übrigbleiben und weggeworfen werden müssen? Muß zu jeder Mahlzeit unbedingt ein Trio 'Guantanamera' und das Ché Guevara-Lied singen? Das hat der arme Ché nun wirklich nicht verdient: "...comandante Ché Guevara" als exotisches Ambiente zur Freßorgie feister Touristen aus Frankfurt, die nicht einmal im Takt rülpfen. Ganz abgesehen davon, daß es für die Musiker einigermaßen entwürdigend ist, für hunderte von schwatzenden und schmatzenden Leuten zu singen und zu spielen.

Man kann sich vorstellen, wie alles angefangen hat: da haben sich die Cubaner von den bulgarischen Genossen beraten lassen, die schon auf eine zwanzigjährige Erfahrung mit Neckermann-Touristen am Schwarzen Meer verweisen können. Und die Bulgaren haben den Cubanern auch gleich mit verraten, was westdeutsche Touristen so wünschen und gern haben. Sogar einen Golfplatz gibt es schon in Havana-Ost, ausschließlich für Touristen, versteht sich.

Cuba hat so viel zu bieten, Cuba braucht sich nicht zu verstecken, hat nichts zu verbergen – aber die Touristen bekommen davon kaum etwas mit. Flugplatz, Bus, Hotel und Badestrand. Einmal wöchentlich findet natürlich auch eine leibhaftige Miss-Wahl statt, noch während des Abendessens, damit die Leute nicht weglaufen. Ein wahnsinnig charmanter und machohaft Conferencier holt sich aus dem Publikum die Kandidatinnen auf die Bühne. Er redet sie in ihrer jeweiligen Landessprache an. Italien, Kanada, Frankreich und Venezuela sind unter den acht Kandidatinnen vertreten, die jüngste Teilnehmerin ist sieben, die älteste achtundzwanzig Jahre alt. Der Conferencier schwatzt pausenlos viersprachig dummes Zeug, damit keine peinliche Stille entsteht. Plötzlich leitet er den eigentlichen Wahlvorgang mit den Worten ein: "And now put yourself in a sexy position". Belgier und Bayern gröhlen vor Vergnügen...

"Cuba, que linda es Cuba..." Wie lange noch?

AUS EINER LESERZUSCHRIFT ZUM THEMA "CUBA-REISE":

"...kurz vor dem vorgesehenen Ende des Cuba-Aufenthalts machte ich dann einen schweren Fehler: ich vergaß, meinen Rückflug rechtzeitig bestätigen zu lassen - und mußte unfreiwillig eine weitere Woche auf der Insel verbringen, da alle Plätze in meinem Flugzeug schon vergeben waren. In der Nacht meines 'Rückfluges' wurde ich am Strand von der Einwanderungspolizei verhaftet. Man nahm mir meinen Reisepaß und mein Flugticket ab und brachte mich nach Havanna in ein Haus im vornehmen Viertel Miramar. Dieses Haus dient als Gefängnis für ausländische 'Abschiebehäftlinge'. Dort saß ich dann vor meinen vergitterten Fenstern, mit Wut im Bauch auf mich selbst und auf die Cuba-Polizei. Mehrere Anfragen, ob es denn wohl möglich sei, mit der Deutschen Botschaft (die nur einige Straßen entfernt liegt) zu sprechen, wurden abgelehnt. Ein international anerkanntes Recht wurde mir verweigert. Außer mir befanden sich in dem Haus noch ein Mann aus Honduras, ein amerikanischer Priester und eine Japanerin. Sie waren aus unterschiedlichen, zum Teil relativ obskuren Gründen dort untergebracht. Die Behandlung durch das Wachpersonal war jedoch freundlich. Nach einer Woche wurde ich dann von der Polizei zum Flughafen gebracht, wo ich endlich ein Flugzeug nach Berlin besteigen konnte."



## NICARAGUA

### Die Präsenz der Vereinigten Staaten in den Wahlen Nicaraguas

Seit Oktober 1983 wird im nicaraguanischen Staatsrat das Gesetz für die Wahlen diskutiert. Die FSLN hatte die Durchführung von Wahlen bereits in ihrem Regierungsprogramm versprochen und 1980, nach Abschluß der Alphabetisierungskampagne, für 1985 angekündigt. "Es werden die ersten freien Wahlen in diesem Land sein" hört man in den letzten Wochen immer wieder von seiten der Revolutionsführer, während die Kreise der Oppositionsparteien, die so lautstark nach Wahlen verlangt hatten, jetzt diese in jeglicher Hinsicht in Frage stellen.

Unterdessen kann sich die Mehrheit des nicaraguanischen Volkes nicht daran erinnern, jemals wirklich freie, gerechte und gleiche Wahlen gekannt zu haben. Die bevorstehenden Wahlen in Nicaragua sind von daher eine neue große Herausforderung an die Revolution in diesem Land, das sich in einem fortschreitenden Aufbauprozeß und auf dem Wege zu einer souveränen Nation befindet. Es beginnt eine neue Geschichtsschreibung. Die Erfahrungen aus den früheren Wahlen liefern einen wichtigen Beitrag dazu.

#### KORRUPTION, FREMDE EINMISCHUNG UND FRUSTRATION

Die Aufteilung Zentralamerikas ist das Erbe, das die spanische Krone der Region hinterließ. Handelsstrukturen oder Kommunikationswege, die es den verschiedenen Provinzen - heute Länder - erlaubt hätten, untereinander in Verbindung zu treten oder sich nutzbringend zusammenzuschließen, wurden unter ihrer Herrschaft kaum entwickelt. Stattdessen förderte Spanien das System der direkten Beziehung jeder einzelnen Provinz zur Metropole. Als sich diese Bande mit der Unabhängigkeitserklärung Zentralamerikas lösten, griffen Fraktionsgeist und Lokalpatriotismus um sich. Die Differenzen zwischen den Provinzen wurden von den Engländern und später von den Nordamerikanern bewußt geschürt; Kriege und ständige Spannungen waren die Folge des kolonialen Erbes. Sie prägten auch das Verhältnis der um die Macht ringenden politischen Gruppen und Parteien (Liberalen und Konservativen) in jedem Land, die sich untereinander blutige Kämpfe lieferten.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Liberalen und Konservativen Nicaraguas ging es nicht etwa um politische Prinzipien, soziale Projekte oder ideologische Tendenzen. Es war dies vielmehr der Machtkampf zwischen den reichen Familien Leons und Granadas, die sich nur in einigen wenigen Allianzen näherkamen, wenn es darum ging, der bedrohlich werdenden Unzufriedenheit der armen Mehrheit des Volkes Einhalt zu gebieten, das vereint Frieden, Brot und Gerechtigkeit forderte.

Die Zwistigkeiten verstärkten sich vor allem während der Wahlen, denen die Bevölkerung mit wachsender Skepsis entgegensah. An den Wahlen wird uns auch noch ein anderes wichtiges Phänomen deutlich: Das der fortgesetzten Einmischung Nordamerikas in das politische Leben Nicaraguas.

Wir wollen drei dieser Wahlen in einer historischen Skizze vorstellen: Die Wahlen von 1850, als ein nordamerikanischer Freibeuter zum Präsidenten von Nicaragua gewählt wurde; die Wahlen von 1928, für die ein Nordamerikaner das Wahlgesetz ausgearbeitet hatte und die von nordamerikanischen Marinesoldaten überwacht wurden; außerdem die Wahlen von 1957, kurz nach der Ermordung Anastasio Somoza Garcia.

Nimmt man die Wahlen in den übrigen zentralamerikanischen Ländern unter die Lupe, so entdeckt man - von kleinen Unterschieden abgesehen - überall das Gleiche: Die Korruptiertheit der politischen und militärischen Führer, die von den Sektoren der ökonomischen Mächtigen kontrolliert werden; die geringe Bedeutung, die die Völker der zentralamerikanischen Länder deshalb den Wahlen beimessen; und die ständige nordamerikanische Einmischung, die die Korruption fördert und durch die sich auf der anderen Seite das Volk in seinem Skeptizismus und seiner Frustration bestätigt sieht.

In jedem neuen Wahlprozess kommt in ganz besonderer Art und Weise die traurige Abhängigkeit Zentralamerikas von den Vereinigten Staaten zum Ausdruck. Kein Präsidentschaftskandidat kann darauf verzichten, sich vor seiner Kandidatur der Gunst durch "die Botschaft" (die nordamerikanische, das versteht sich von selbst) zu vergewissern, die fast immer offen zum Ausdruck brachte, welcher "ihr" Kandidat ist. In den letzten zwei Jahrzehnten waren die Kandidaten darüberhinaus noch auf die Unterstützung durch die "Lobby" und den Rat angewiesen. Vor Beginn des "Spiels" beginnen somit die Reisen der Kreolen-Kandidaten nach Washington, wo man die Meinungen der einflußreichsten Senatoren und Repräsentanten taxiert, um anschließend Schritt für Schritt, von einem Büro zum anderen, über Komitees, Kommissionen, bis hin zu Gesprächen mit dem 'State Departement' und dem Pentagon zu gelangen... Ohne eine derartige Pilgerfahrt ist eine Kandidatur nicht möglich. Nur auf diesem Wege garantiert man sich den Wahlsieg. Es gibt zu diesem Thema die unglaublichsten Geschichten und Anekdoten, man könnte mit ihnen Bücher "schmutziger" Politik füllen.

#### 1856: FREIBEUTER-WAHLEN ZU BEGINN DER NORDAMERIKANISCHEN EXPANSTION

Als die Vereinigten Staaten 1849 nach Nicaragua kamen, waren gerade 28 Jahre seit der Unabhängigkeitserklärung von Spanien und kaum 11 Jahre seit der Auflösung der "Federacion Centroamericana" (Zentralamerikanische Föderation) vergangen. Sie kamen in der Person des Geschwaderchefs Cornelius Vanderbilt, ein Geschäftsmann, der für seine Landsleute Reisen nach Kalifornien organisierte, die über Nicaragua führten. Ein Jahr zuvor hatte man im nordamerikanischen Westen Gold entdeckt. Vanderbilts Transportgesellschaft hatte den Transport der vom historischen "Goldrausch" angesteckten Goldsucher übernommen, bot ihnen gemäßigte Preise und Sicherheit.

Die Kämpfe, die Vanderbilt wegen seines Monopols auf diese Reisen gegen Garrison und Morgan, seine anfänglichen Teilhaber, führte, verstärkten die Konflikte zwischen Konservativen und Liberalen. Die Präsenz der Nordamerikaner - Kaufleute, Siedler, Vertreter der großen Bankiers des Nordens - führte im allgemeinen zu einer Verschärfung der politischen Situation.



1855 baten die Liberalen ("Demokraten") die Nordamerikaner, sie in ihrem Krieg gegen die Konservativen ("Legitimisten") zu unterstützen. Als Antwort darauf erschien William Walker mit 55 Söldnern auf der Bildfläche. Walker, ein gescheiterter Arzt und unbeständiger Journalist, begierig auf Abenteuer, die ihm persönlich Ausgleich verschafften, war geradezu besessen von der Überzeugung seiner messianischen Bestimmung und von dem imperialistischen Auftrag der Nordamerikaner.

Er verfügte bereits über Erfahrungen mit ähnlichen 'Angelegenheiten'. Schon 1853 hatte er mit anderen Freibeutern mexikanisches Territorium besetzt (Regierungszeit Sonoras) und sich, nachdem er es zur Republik gemacht hatte, zum Präsidenten wählen lassen. Als er nach Nicaragua kam, verliehen die Liberalen 'Guillermo' Walker den Titel eines Generals und übergaben ihm den Oberbefehl über ihre Truppen, mit denen er die Konservativen schlagen sollte.

Diese erneute nordamerikanische Einmischung trübte das politische Panorama noch mehr. Walker war nicht nur ein einfacher Militärberater. Seine Pläne gingen über die internen nicaraguanischen Pläne hinaus: Er wollte Nicaragua an die Südstaaten Nordamerikas anschließen und es damit in einen Sklavenstaat verwandeln. Darauf war sein bewaffneter Kampf ausgerichtet. Nicaragua sollte nach seinen Vorstellungen mit nordamerikanischen Kolonisten besiedelt werden. Er war bereit, diesen seinen Traum mit Feuer und Schwert zu verwirklichen. Von Anfang an ließ er nicaraguanische Politiker und Militärs - ganz gleich welcher politischen Richtung - erschließen, verwüstete die Städte und wurde so zu einem 'Diktator aus Veranlagung', wie ihn die nordamerikanischen Geschichtsschreiber bezeichneten, die mit Stolz von seinen Heldentaten berichteten.

Wenige Monate nach Walkers Ankunft gab es in Nicaragua bereits 600 nordamerikanische Söldner, die als Soldaten in zwei Bataillonen integriert waren: das der Schützen und das der leichten Infanterie. Weitere 500 Nordamerikaner lebten als 'Kaufleute' im Land; laut Walker waren sie jedoch auch "geeignet, die Waffe in die Hand zu nehmen". Alle diese Ausländer hatten sich praktisch sofort nach ihrer Ankunft in Nicaragua in "eingebürgerte Nicaraguaner" verwandelt. Nicaraguaner mit sämtlichen Rechten, einschließlich des Wahlrechtes.

Im Mai 1856, mitten im Krieg zwischen Liberalen und Konservativen, ließen die Liberalen Präsidentschaftswahlen, Wahlen der Senatoren und Abgeordneten ausschreiben, dies jedoch nur für die Region von Leon und Chinandega. Die Oligarchie Granadas bekämpfte diese Wahlen. So kam es, daß Walker schließlich weder den Liberalen noch den Konservativen vertraute, da deren politische Schwankungen für ihn unberechenbar waren. Er mißtraute ihnen auch wegen der Bündnisse, die sie gegen ihn schmieden könnten, oder die sie eventuell untereinander, mit Salvadorianern, Guatemalteken oder Costaricanern eingingen. Dieses Mißtrauen und andererseits das Selbstvertrauen, das er erst kürzlich in dem gegen die Costaricaner in der Hacienda Santa Rosa errungenen Sieg gewonnen hatte, brachten ihn dazu, neue Wahlen, "zum Wohl der Amerikaner" auszuschreiben. Aus diesen Wahlen - von ihm selbst geplant und angekündigt - sollte er als gewählt hervorgehen, um zur militärischen Macht - die er ja schon besaß - jetzt noch die zivile hinzuzugewinnen, auch wenn er meinte, damit immer noch nicht alles unter Kontrolle zu haben.

Zu diesem politischen Abenteuer hatte ihn zusätzlich ein positiver Wink aus Washington ermuntert: Pater Agustin Vijil, ein katholischer Geistlicher, den er als seinen persönlichen Minister und Botschafter in die Vereinigten Staaten gesandt hatte, war von der nordamerikanischen Regierung als Botschafter Nicaraguas anerkannt worden.

Am 12. Juni wurden die Wahlen ausgeschrieben, am 29. führte man sie bereits durch; allerdings nur in den Departamenten des mittleren Pazifikraumes. Zusammen mit Walker stellten sich drei weitere Kandidaten zur Wahl, die für ihn jedoch alle "kontrollierbar" waren. Die nicaraguanischen und nordamerikanischen Soldaten wurden per Regierungsdekret berechtigt zu wählen. Mit fiktiven Listen fiktiver Wähler versuchte man, den Nicaraguanern - und besonders den Nordamerikanern - eine breite Wahlbeteiligung im ganzen Land zu beweisen. Von insgesamt 35.000 Stimmen (andere Quellen sprechen von 23.236) fielen 16.000 (andere Quellen: 15.835) auf Walker. Nach der nicaraguanischen Konstitution - die erste, die das Land nach der Auflösung der zentralamerikanischen Föderation hatte - konnte der Präsident nicht durch Direktwahl bestimmt werden, aber eben diese Wahlmodalität wurde von Walker angeordnet. Die Konstitution untersagte außerdem die Wahl eines Militärs oder Ausländers. Und eben um einen solchen handelte es sich beim Gewählten. Die Mißachtung der Konstitutionalität bei diesen Wahlen war aus verschiedenen Gesichtspunkten beklagenswert.

Walker war 32 Jahre alt, als er das Präsidium von Nicaragua übernahm. Am 12. Juli 1856 legte er in Granada, der Stadt, die knapp ein halbes Jahr später von seinen Leuten verwüstet werden sollte, den Regierungseid ab. Man zelebrierte diesen Tag mit einer Militärparade, einem feierlichen religiösen Akt und einem Festbankett, auf dem 53 Trinksprüche mit 53 verschiedenen Weinen angebracht wurden. 7 Tage später erkannte der nordamerikanische Botschafter in Nicaragua, Mr. Wheeler, die neue Regierung unter Präsident Walker offiziell an. Der Freibeuter Walker hatte aufgehört zu existieren.

Trotz aller Irregularitäten, trotz der geteilten Meinungen in der Machtzentrale in Washington, wurde der Söldner und Abenteuerer als Staatsmann anerkannt.

Im Kabinett des neuen Präsidenten waren alle Minister Nicaraguaner, alle Vizeminister hingegen Nordamerikaner. Mit ihrer Hilfe begann Walker, Nicaragua seinen ehrgeizigen Plänen entsprechend "umzuorganisieren". Dies schlug sich schon in seinen ersten Gesetzen nieder. Er machte die englische Sprache zur zweiten Amtssprache, so daß ab diesem Zeitpunkt offiziellen oder kommerziellen Dokumenten in Englisch die gleiche Bedeutung zukam, wie den in spanischer Sprache abgefaßten. Er konfiszierte die Besitztümer der "Staatsfeinde", wie er sagte, "mit dem Ziel, einen großen Teil der nationalen Ländereien in den Besitz der weißen Rasse zu bringen". (In der ersten Etappe enteignete man den Besitz von mehr als 40 Haciendas im Wert von 753.000 Dollar und versteigerte ihn an Nordamerikaner, nachdem er in Zeitungen von New Orleans, New York und San Francisco ausgeschrieben worden war.)

Das bedeutsamste Gesetz jedoch wurde am 22. September erlassen. Mit ihm legalisierte man die Abfassung von Bedienstetenverträge auf unbestimmte Zeit, was die Wiedereinführung der Sklaverei in Nicaragua bedeutete. (Die Sklaverei wurde in Zentralamerika zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung abgeschafft. Ihre Abschaf-

fung war eine der primären Forderungen während der Unabhängigkeitskriege gewesen; die gültige Verfassung Nicaraguas verfügte als Strafe für Sklavenhandel den Verlust der bürgerlichen Rechte.)

Die herrschsüchtigen Bestrebungen Walkers hatten die zeitweise Einigkeit der Zentralamerikaner zur Folge, die den Freibeuter-Präsidenten militärisch besiegten und ihn 1857 zur Flucht aus Nicaragua zwangen. Als Walker 1860 - ermutigt durch seine Landsleute, die ihn in New York und New Orleans wie einen Helden empfingen - den Versuch machte, über Honduras zurückzukehren, wurde er von den Honduranern entdeckt und in Puerto Trujillo erschossen, der Ort, an dem die Nordamerikaner heute die große Militärbasis 'Puerto Castilla' errichteten.

#### GEDANKEN DES PRÄSIDENTEN WALKER

"Dieses Gesetz (er bezieht sich auf die Wiedereinführung der Sklavenhaltung) dürfte ausreichen, um die Rechtmäßigkeit der Administration Walker zu beweisen; es ist der zentrale Punkt seiner gesamten Politik. In Wirklichkeit ergeben Sinn oder Unsinn dieses Dekrets den Sinn oder Unsinn der amerikanischen Bewegung in Nicaragua, denn von der Wiedereinführung der Sklavenhaltung von Afrikanern ist letztlich die Existenz der weißen Rasse in diesem Land abhängig.

"Die Einführung der Sklavenhaltung Schwarzer in Nicaragua wird eine große Anzahl von ständigen und sicheren Arbeitskräfte für die Kultivierung tropischer Produkte garantieren. Wenn der Weisse mit der Arbeit des schwarzen Sklaven rechnen kann, wird er bald Wurzeln fassen und die einen, wie die anderen würden so gemeinsam der Macht der Mestizenrasse - das Verderben dieses Landes - ein Ende setzen."

"Wir hoffen, daß uns die Zukunft Gerechtigkeit zuteil werden läßt, wenn uns dies heute verweigert wird. Das, was man aus Ignoranz "Freibeutertum" nennt, ist nicht etwa Produkt einer ungeduldigen Leidenschaft oder eines maßlosen Verlangens; es ist vielmehr das Ergebnis von sicheren und untrüglichen Instinkten, die in Übereinstimmung mit solch ewiggültigen Gesetzen wie die der Schöpfung handeln.

Nur ein Narr wird von der Einrichtung dauerhafter Beziehungen ohne Gewaltanwendung zwischen der reinen amerikanischen Rasse, wie sie in den Vereinigten Staaten existiert, und der indospanischen Mestizenrasse, wie wir sie in Mexiko und Zentralamerika vorfinden, sprechen. Es gibt in der Weltgeschichte keine größere Utopie, als die, daß sich eine minderwertige Rasse sanft und friedlich dem dominierenden Einfluß eines überlegenen Volkes unterordnen würde. Überall wo sich Barbarei und Zivilisation oder zwei verschiedene Zivilisationsformen gegenüberstehen, muß es zu einem Krieg kommen."

(William Walker: "Der Krieg in Nicaragua", 1860)  
Walker schrieb von sich immer in der dritten Person

#### 1928: SCHARF ÜBERWACHTE WAHLEN WÄHREND SANDINO KÄMPFT

OHNE DIE HILFE DER VEREINIGTEN STAATEN WIRD MAN IN NICARAGUA NICHT PRÄSIDENT

Die Ruinen, die der Bürgerkrieg gegen Walker hinterließ, begünstigten eine Annäherung zwischen Liberalen und Konservativen. In den folgenden 30 Jahren blieben die Familien der Konservativen Partei Granadas an der Macht. Der Einstieg Nicaraguas als Kaffeeproduzent in den Weltmarkt machte jedoch strukturelle Reformen erforderlich, die erst von den Liberalen, unter Präsident Zelaya, eingeführt wurden.

Die Politik dieses Präsidenten war spürbar nationalistisch ausgerichtet. Sein Plan, in Nicaragua einen Kanal zwischen den beiden Ozeanen mit europäischem Kapital zu bauen, rief heftige Reaktionen der USA hervor, die sich bereits auf ihrem imperialistischen Expansionsfeldzug entlang der mexikanischen Küste und in den Ländern der Karibik befanden. Sie übten Druck auf Zelaya aus und zwangen ihn schließlich zum Rücktritt, nachdem sie die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abgebrochen hatten. Der Krieg zwischen Liberalen und Konservativen flammte erneut auf.

Der konservative Adolfo Diaz, Sekretär einer US-Minengesellschaft in Nicaragua, wurde von der nordamerikanischen Botschaft als Nachfolger Zelayas eingesetzt; er rief 1912 die USA um Hilfe. Unter dem Vorwand, das Leben und Eigentum der nordamerikanischen Bürger schützen zu müssen, intervenierten die USA mit 2.700 Marinesoldaten in Nicaragua und retteten so die Macht der Konservativen.

Diese nordamerikanische Intervention, die 1912 begann und die, abgesehen von einer Unterbrechung von wenigen Monaten, bis 1933 dauerte, sollte einen entscheidenden Einfluß auf die Geschichte des Landes und auf das zukünftige Verhalten der politischen Parteien haben. Von diesem Zeitpunkt an konnte keiner, der die Macht eringen oder behalten wollte, mehr auf die Gunst der US-Botschaft oder der amerikanischen Regierung verzichten.

Zwischen 1912 und 1925 verließen die 'Marines' Nicaragua, nicht ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß sich die Macht in den guten Händen einer konservativen Allianz befand. Doch schon Ende desselben Monats begann die Krise. So kehrten die 'Marines' erneut nach Nicaragua zurück, diesmal über Bluefields; und wieder unter dem Vorwand, die nordamerikanischen Staatsbürger verteidigen zu müssen um bestimmte Regionen des Landes zu "neutralisieren". In Wirklichkeit ging es darum, noch einmal die Macht der Konservativen durchzudrücken. Die USA setzten Adolfo Diaz, ihren bedingungslos ergebenen Anhänger, als Präsidenten ein. Juan Bautista Sacasa der Liberalen Partei, der verfassungsrechtliche Präsident, begann seinen "konstitutionalistischen Krieg", in dem er von der mexikanischen Regierung unterstützt wurde.

#### EIN "FRIEDENSPAKT" FÜR DEN HINTERHOF

Die Vereinigten Staaten befürchteten, die nationalistisch orientierte Regierung Mexikos wolle mit ihrer Hilfe für die nicaraguanischen Liberalen lediglich Hegemonieansprüche auf Zentralamerika erheben. Die diplomatische und militärische Unterstützung der

mexikanischen Regierung unter Calles für Sacasa, stellte für die Vereinigten Staaten, die jene Region bereits als ihren Hinterhof betrachteten, eine Herausforderung dar. Dies kam in dem vom nordamerikanischen Staatssekretär Robert Olds im Januar 1927 verfaßten "Memorandum on Nicaragua" deutlich zum Ausdruck: Wenn je ein Land besonderes Interesse an einer bestimmten Region gezeigt hat, so trifft dies zweifellos im Falle der Vereinigten Staaten bezüglich der südlich der Republik Mexiko gelegenen Länder zu. Bis dahin wurde dies weltweit stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Die ideologische Rechtfertigung für die Intervention in Nicaragua im Januar 1927 - als sich der nordamerikanische Kongreß im Ausstand befand; durchgeführt mit 16 Kriegsschiffen, 215 Offizieren, 3900 Soldaten und 865 'Marines' - war folgende: Es sei bewiesen (man zeigte "geheime" Dokumente und bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt Aussagen), daß Mexiko "die bolschewistische Revolution in die zentralamerikanischen Länder exportiere." Die nordamerikanische Presse, die auf ökonomischer Ebene eng liiert war mit den Ölkonzernen, welche die Mehrheit der wichtigsten Ölquellen Mexikos besaßen, steuerte die Kampagne. Olds äußerte gegenüber den Informationsagenturen, daß Mexiko nichts anderes im Sinn habe, als "in Nicaragua eine bolschewistische Regierung zu schaffen, um einen feindlichen Keil zwischen die USA und den Panama-Kanal zu treiben".

Ein Teil des nordamerikanischen Kongresses und wichtige Sektoren des öffentlichen Lebens in Europa, Lateinamerika und den USA schenkten diesen gegen Mexiko geführten Anschuldigungen keinen Glauben und verurteilten die Intervention in Nicaragua. In nur zwei Wochen mußte die nordamerikanische Regierung zu acht verschiedenen Rechtfertigungen greifen, um ihr Argument von der Notwendigkeit einer Intervention zu 'verkaufen'. Sie hatte keinen Erfolg damit. Das wachsende Unbehagen zwang Präsident Coolidge, die Interventoren frühzeitig zurückzurufen und eine Formel zu finden, mit der er zum einen die innenpolitische Situation stabilisieren und gleichzeitig für ein gutes Image der nordamerikanischen Außenpolitik sorgen konnte, wo er sich doch gerade auf seine Wiederwahl vorbereitete.

Die Formel war: "scharf überwachte Wahlen". Vorschlagen hatte sie der Sonderbotschafter des US-Präsidenten, Henry L. Stimson, ein New Yorker Rechtsanwalt, der im April 1927 nach Nicaragua kam.

Im Schatten eines Weißdornbusches wurde in Tipitapa der Pakt zwischen dem Sonderbeauftragten Stimson und dem militärischen Oberbefehlshaber der Liberalen, General Moncada, mündlich konkretisiert. Sowohl die Liberalen als auch die Konservativen versprachen, die Waffen niederzulegen - womit der Bürgerkrieg ein Ende nähme - und die militärische Präsenz der USA solange zu akzeptieren, bis Nordamerika ein neues "apolitisches" Heer aufgestellt hätte, die Nationalgarde. Das Abkommen beinhaltete des Weiteren die Zustimmung zu total kontrollierten Präsidentschaftswahlen für 1928, in denen die Vereinigten Staaten die Kandidatur Moncadas unterstützten.

Für Stimson war klar, daß nach 125-jähriger Regierungszeit der Konservativen Partei ein von der USA unterstützter Sieg der Liberalen nötig war, um mit dem Mythos zu brechen, Washington würde immer nur den Konservativen zur Macht verhelfen. Außerdem hatten die Konservativen durch ihre bedingungslose Ergebenheit gegenüber

der Vereinigten Staaten unter der Bevölkerung ihr ganzes Prestige verloren. Ein gutes Image und die sich ankündende Weltwirtschaftskrise ließen Washington eine liberale Regierung ratsam erscheinen.

Es gab in dieser Formel nur einen wunden Punkt: Die patriotische Haltung eines Generals der Liberalen, Augusto C. Sandino, der entschlossen war, den Pakt seines Vorgesetzten Moncada nicht zu akzeptieren. Dieser Entschluß war von ebensogroßer historischer Bedeutung, wie der von Moncada bedangene Verrat.

#### SO BEGANN EINE NEUE GESCHICHTSSCHREIBUNG

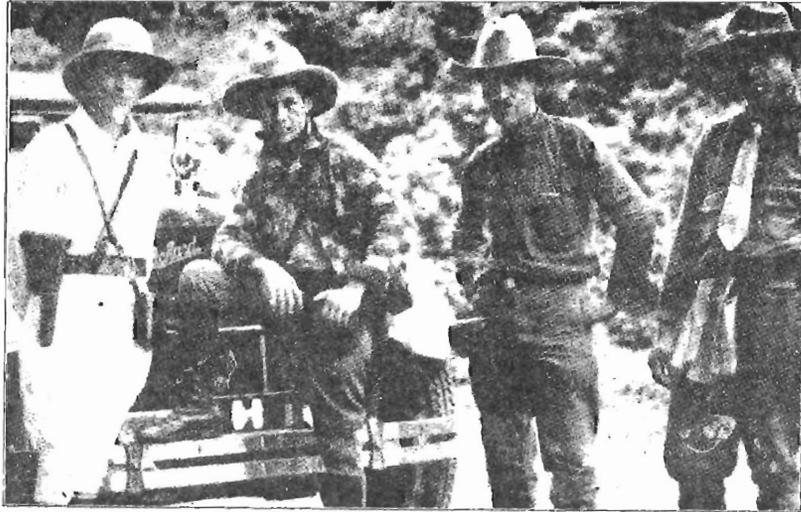
"Mit seinen hingeworfenen Worten wollte er (Moncada) mich auf einen Schlag davon überzeugen, daß man nachgeben müsse. Er sagte, es sei Wahnsinn, gegen die Vereinigten Staaten kämpfen zu wollen; eine solche übermächtige Nation, die 120 Mio. Einwohner habe; daß ich mit den 300 Leuten, die ich befehlige überhaupt nichts ausrichten könnte, daß es uns genauso gehen würde, wie der Beute, die der Tiger in seinen Pranken hält: je mehr sie sich bewegt, um so stärker graben sich die Krallen ein.

Ich empfand ab diesem Moment eine tiefe Verachtung für Moncada. Ich sagte ihm, daß ich es für unsere Pflicht hielt, zu sterben oder uns zu befreien ...

Es war mir nicht möglich, dieses Verhalten eines Verräters mit Gleichgültigkeit zu beantworten. Ich mußte in diesen Augenblicken an die verletzenden Worte denken, mit denen man uns Nicaraguaner im Ausland bedachte. Drei Tage verbrachte ich so auf dem Berg El Comun, mutlos, traurig und wußte nicht, was ich tun sollte; die Waffen übergeben oder das Land verteidigen, dessen Elend uns zum Handeln aufforderte. Ich wollte nicht, daß meine Soldaten mich weinen sahen und suchte die Einsamkeit.

Allein, dachte ich viel nach, hörte ich, wie eine innere Stimme mir sagte: "Vaterlandsverräter!" Ich sprengte die Kette der Gedanken und entschied mich für den Kampf. Ich begriff, daß ich derjenige war, der gegen der Verrat des Vaterlandes und der nicaraguanischen Ideale protestieren mußte; begriff, daß nur die Kugeln die Souveränität Nicaraguas verteidigen konnten. Es gab keinen Grund, warum die Vereinigten Staaten sich in unsere Familienangelegenheiten hätten einmischen sollen. So veröffentlichte ich mein erstes Manifest."

(Augusto C. Sandino, Mai 1927)



Die von Sandino getroffene Entscheidung sollte den sinnlosen Bürgerkrieg, der so viele Jahre gedauert hatte, in einen langen Krieg für die nationale Befreiung umwandeln - in den ersten Guerillakrieg des amerikanischen Kontinents.

### DIE FORMEL DER ABSOLUTEN WAHLÜBERWACHUNG

Die von Stimson vorgeschlagene "absolute Wahlkontrolle" sah unter anderem auch vor, daß die Vorsitzenden der Nationalen Wahlversammlung und der 13 Departamentsräte Nordamerikaner sein mußten, die von je einem Liberalen und einem Konservativen assistiert würden. In den Aufgabenbereich der Nordamerikaner sollte z.B. die Stimmenauszählung fallen, außerdem hatten sie das Recht, Kandidaten aufzustellen und in den politischen Auseinandersetzungen der Parteien bezüglich der Wahlen, als Schiedsrichter zu fungieren. Ein eindeutig widerrechtlicher Vorschlag, der eine vielschichtige Wahlmacht beinhaltete.

Das geltende Wahlrecht war ein Gesetz von Dodds, welches bereits bei den Wahlen von 1924 angewendet wurde. Es war von dem Doktor für Politikwissenschaften der Universität Princeton, Harald Dodds, ausgearbeitet worden, nachdem Washington 1920 Managua darüber informiert hatte, daß die nicaraguanische Wahlgesetzgebung einer Modifikation bedürfe.

Der 'Hauptüberwacher', er sollte nach Stimsons Vorstellungen vom US-Präsidenten ernannt werden, war in diesem Fall General Frank Ross McCoy vom Generalstab der nordamerikanischen Armee. In einer seiner ersten Missionen arbeitete er zusammen mit einem Experten des 'State Departement' und in Absprache mit Dodds die Verordnung aus, welche die Wahlen und deren Kontrolle regeln sollte.

### MCCOY AUS DER SICHT EINES JOURNALISTEN

"General McCoy ist vom Typ der Männer, die besessen sind von einem eisernen Willen und superlogischem Denken, für die es immer nur eine gerade Linie gibt, und deren gewaltige Kinnlade nicht das kleinste Zugeständnis erlauben. Nach Unterredungen mit den Generälen Chowder, Kellog, Hughes und anderen hat er einen Plan für die Überwachung der Wahlen in Nicaragua aufgestellt. Einmal ausgearbeitet, machte er diesen Plan zur Heiligen Schrift, in der man weder das Tüpfelchen zu einem 'i' noch den Querstrich eines 't' hinzusetzen konnte; der Mann war jetzt der Moses vom Berge Sinai in Nicaragua; der Mann mit den 10 Geboten, den Gesetzestafeln (das Wahlrecht wurde vom nicaraguanischen Volk McCoy-Gesetz genannt). Diesem Gesetz würde er mit allen Mitteln Billigung verschaffen, und sei es, daß er die Hölle in eine Eiswüste verwandeln müßte. Kein Ereignis in Nicaragua würde ihn auch nur einen Schritt von diesem Programm, das er ausgearbeitet hatte, abweichen lassen. Doch es besteht kein Zweifel darüber, daß General McCoy komplett gescheitert wäre, hätte er nicht die volle Rückendeckung sämtlicher Machtzentralen der USA gehabt. Damit hätte er es sogar geschafft, die Nicaraguaner eine Treppe bis zum Mars bauen zu lassen. Dessenungeachtet brüstete sich der General, ein Mann von praktischer Veranlagung zu sein, der wisse, was er wolle. Er glaubte, den idealen Plan für die Rettung Nicaraguas gefunden zu haben; eine perfekte demokratische Utopie...

Carleton Beals, nordamerikanischer Journalist, der erste und einzige, der Sandino während des Krieges gegen die 'Marines' interviewte (1928).

Nach dem in diesem Moment in Nicaragua geltenden Verfassungsrecht von 1911 war es Aufgabe der Legislative des Landes den Wahlvorgang zu regeln. So stieß der Vorschlag Stimsons auf eine harte Opposition im nicaraguanischen Kongress, in dem die Konservativen die Mehrheit hatten und aus Angst, ihre jahrelange Machtposition verlieren zu können, von Anfang an gegen die Wahlüberwachung auftraten.

Die Nordamerikaner zogen alle Register, um die Zustimmung der zwei Parteien für den verfassungswidrigen Vorschlag zu gewinnen. Das ging sogar so weit, daß sie Charles Lindbergh, den berühmten Piloten, der in jenen Jahren in Nicaragua und in ganz Lateinamerika sehr populär war, mit der Aufgabe nach Nicaragua schickten, vor dem Kongreß über die Vorteile kontrollierter Wahlen zu sprechen. Lindbergh konnte zwar fliegen, war jedoch unfähig, jemanden mit seinen Worten zu überreden.

Durch den Umstand, daß die Wahlen bereits näherrückten und sich für die Konservativen eine klare Niederlage abzeichnete, lockerten diese ihre harte Oppositionshaltung gegenüber der Wahlüberwachung und fügten sich schließlich in die nordamerikanischen Pläne, ja, arbeiteten sogar mit ihnen zusammen, obwohl im Grunde genommen noch die Zustimmung Adolfo Diaz, außerhalb des nicara-

guanischen Kongresses notwendig war. Nur so blieb den Konservativen die Hoffnung, eines Tages wieder an die Macht gelangen zu können.

Ende 1927 standen Gemeinderatswahlen an. Die Besatzungstruppen der nordamerikanischen Marine erhielten von McCoy den Ratschlag, sich in der Nähe der Wahllokale aufzuhalten und unter anderem den Befehl, den Alkoholkonsum nicht zu verbieten, sondern im Gegenteil, die Betrunkenen in Richtung der Wahlurnen zu fahren, um sie zum Wählen zu bringen. Ohne selbst bei der Überwachung des Wahlvorganges beteiligt gewesen zu sein, wußte McCoy von diesen Manövern, die er als Argument für die Rechtfertigung einer totalen Wahlkontrolle bei den Präsidentschaftswahlen verwendete.

Im Laufe des Jahres 1928 begann sich das große Hindernis für die Wahlen und das Image, das man ihnen verleihen wollte, abzuzeichnen. Es hieß Sandino und "seine kleine verrückte Armee" - wie sie von Gabriela Mistral liebevoll und mit Bewunderung benannt worden war. Obwohl Sandino die 'Marines' in Schach hielt, fuhr McCoy damit fort, ihn öffentlich herunterzuspielen. In der Washingtoner Zeitung "The Evening Star" vom 13.5.28 bezeichnete er ihn z.B. als "nur ein aalglattes Männchen, das durch die Berge vagabundiert". Außer den Störmanövern, mit denen Sandino die 'Marines' in Unruhe versetzte, hatten auch die Argumente Moncadas dazu beigetragen, McCoy von der Gefährlichkeit dieses "Rebellen" zu überzeugen; Moncada erklärte ihm, daß Sandinos Ziel kein geringeres wäre, als aus Nicaragua einen "Bolschewikenstaat" zu machen...

Die Wahlen kamen näher und McCoy war bereit, sie unter allen Umständen durchzuführen. Das ließ ihn zu drastischen Maßnahmen greifen. Als Erstes entthob er in den nördlichen Departamenten Nicaraguas alle zivilen Gemeindevertreter ihres Amtes und beschuldigte sie, Sandinisten zu sein. Als ihm zu Ohren kam, daß Blanca Arauz, Telegrafistin in San Rafael del Norte (Jinotega), Sandinos Frau war, verfügte er, daß sämtliche öffentliche Telefone, die Radiound Telegrafienstationen kurz vor den Wahlen von den Nordamerikanern kontrolliert werden sollten.

Eine andere Maßnahme, die McCoy nicht so sehr bekannt werden ließ, in die er aber sehr viel Hoffnung gesetzt hatte, war das Amnestieangebot an Sandino, für den Fall, daß er die Waffen niederlegen würde.

Einen Monat vor den Wahlen stimmten Moncada, Kandidat der Liberalen und der USA, und Adolfo Benard, endgültiger Kandidat der Konservativen (zwei andere waren von McCoy disqualifiziert worden) öffentlich der in Washington auf höchster Ebene getroffene Entscheidung zu, daß die 'Marines' auch nach den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua bleiben und die Nordamerikaner auch die nächsten Wahlen überwachen sollten.

Zu dieser Zeit existierte bereits eine weitere Institution zur "Pazifizierung": die Nationalgarde, entstanden nach den Plänen Washingtons und von Anfang an von nordamerikanischen Offizieren organisiert und geführt. "Die Nationalgarde ist ein Instrument der Nicaragua-Politik des 'State Departements' und alles, was ihre Organisation und ihre Schlagkräftigkeit anbetrifft, ist für uns von außerordentlicher Wichtigkeit," schrieb Dana Munro, Geschäftsauftraggeber der USA in Nicaragua noch im Wahlmonat an den Staatssekretär in Washington.



Am Sonntag, dem 4. November, wurden die Wahlen durchgeführt. 5.642 vollbewaffnete Marinesoldaten und 1.869 Nationalgardisten überwachten im ganzen Land die Abwicklung des Wahlvorgangs. Vor der nicaraguanischen Küste lagen 5 Kriegsschiffe mit 1.500 'Marines', die zur Landung bereit waren.

Nach der Verfassung von 1911 durften nur die nicaraguanischen Männer über 21 wählen, oder ab 18 Jahren, wenn sie verheiratet waren und lesen und schreiben konnten. Im September und Oktober, kurz vor den Wahlen, hatte man die Eintragungen ins Wahlregister vorgenommen. 148.831 Personen hatten sich eingeschrieben, und laut nordamerikanischer Quellen sollen ca. 90 % davon gewählt haben. (In Nicaragua gibt es bis heute keinen Wahlzensus; jeder Wahl gingen die Einschreibungen ins Wahlregister voraus.)

Auf dem Rücken von Mauleseln, in Holzkarren, in Booten über die Seen und Flüsse schafften die 'Marines' die Urnen nach Managua, damit McCoy die Stimmen auszählen konnte. Moncada ging mit 76.676 Stimmen als Sieger hervor. Noch Tage später hatten die Wähler die Tinte am Finger, die von den Nordamerikanern benutzt worden war, um Wahlfälschungen vorzubeugen. Die Gesamtkosten für die Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen beliefen sich auf 190.000 Dollar, wovon allein 2/3 für die Finanzierung des überwachenden Heeres bereitgestellt werden mußte.

McCoy war vollauf zufrieden und verließ Nicaragua mit der Überzeugung, eine "friedliche" Revolution in Gang gesetzt zu haben. Er ging, doch die 'Marines' blieben und dieser Umstand verstärkte Sandinos Widerstand.

Im Juli 1929 kam der 'Hauptüberwacher' für die bevorstehenden Kongresswahlen (1930) nach Nicaragua: Hauptmann Alfred W. Johnson, Chef des Marine-Sicherheitsdienstes.

Mit 50 nordamerikanischen Kontrolleuren und 200 'Marines' war er für die korrekte Durchführung der Wahl von 9 der 26 Senatoren und 22 der 45 Kongressabgeordneten verantwortlich. Wie erwartet, gewannen die Liberalen.

Der 'Hauptüberwacher' für die Gemeinderatswahlen 1931 hieß Major F.B. Price. Auch diesmal trugen die Liberalen den Wahlsieg davon, nach einigen Hinterlistigkeiten Moncadas, die selbst von den Nordamerikanern nicht verhindert werden konnten. Dies war der Grund, weshalb Washington vorschlug, Staatssekretär Stimson auch die kommenden Präsidentschaftswahlen überwachen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Präsident wurde der von den USA unterstützte Kandidat der Liberalen Sacasa. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, war nun bereit, die Marinesoldaten abzuziehen, die sich beinahe 5 Jahre lang gegenüber den Truppen Sandinos als machtlos erwiesen hatten. Die Nationalgarde schien gefestigt und an ihre Spitze setzten die USA einen Mann ihres Vertrauens: Anastasio Somoza Garcia. Einen Monat nach Abzug der 'Marines' unterzeichnete Sandino ein Waffenstillstandsabkommen mit Sacasa. Er bot dem neuen Präsidenten die Erfahrung seiner Bauern-Armee an und versuchte mit dem für ihn charakteristischen Eifer die Verfassungswidrigkeit des neuen von den USA gebildeten Heeres zu beweisen. Am 21. Februar 1934 - vor 50 Jahren - ließ Somoza, General dieses neuen Heere, Sandino auf Ratschlag der Vereinigten Staaten ermorden.

#### 1957: DIE KONSOLIDIERUNG DES SOMOZISMUS - FAMILIENWAHLEN

Sandino ermordet, seine Armee ohne Führer, die sandinistische Kooperativen-Bewegung im Norden des Landes durch die Nationalgarde brutal unterdrückt: Somoza - der "Liberale", dem die USA nun ihre ganze Sympathie entgegenbrachte - stand mit seiner Nationalgarde, auf die er sich verlassen konnte, der Weg offen zur nächsten Präsidentschaftswahl. Bereits 1936 gewann Somoza die Wahlen, nachdem er militärisch den Rücktritt Sacasas erzwungen hatte. Die Diktatur der Familie Somoza, die 43 Jahre dauern sollte, nahm ihren Anfang.

1939 löste Somoza den Kongreß auf und bildete eine konstituierende Versammlung, die die Verfassung änderte und z.B. die Regierungsperiode des Präsidenten von 4 auf 6 Jahre verlängerte. Dadurch konnte er bis 1947 im Amt bleiben. Auf Anraten der USA und wegen dem Druck, den die Linientreuen auf ihn ausübten, die befürchteten, der starke Antisomozismus könne in eine bewaffnete Bewegung umschlagen, verzichtete er in diesem Jahr auf die Kandidatur. Statt ihm kandidierte Leonardo Argüello, dem es durch ganz eindeutige Wahlfälschung gelang, den eigentlichen Gewinner und Kandidat der Opposition, Dr. Enoc Aguado, auszusteichen. Schon nach 26 Tagen setzte Somoza 'seinen' Kandidaten durch einen Staatsstreich ab und machte seinen Onkel, der ihm weniger Bedingungen zu stellen schien, zum Präsidenten.

Nachdem er einige Abkommen mit der Konservativen Partei geschlossen hatte, gelang es Somoza in den Wahlen von 1950 erneut, zum Präsidenten gewählt zu werden. Ein Ergebnis der nützlichen Ratschläge, die er 1949 bei einer Reise nach Washington von der US-Regierung erhalten hatte.

1955, die Abkommen sind bereits zerbrochen, kündigt Somoza an, daß er für die Präsidentschaftswahlen von 1957 kandidieren würde.

Die regierungsfreundlichen Zeitungen versuchten, das Volk von der Ungefährlichkeit der Verletzungen zu überzeugen. Unterdessen kam Dr. Heaton, ein hervorragender nordamerikanischer Militärarzt und Direktor des Walter-Reed-Hospitals in Washington mit einem Ärzte-Team nach Nicaragua und veranlaßte die Überführung Somozas in ein Hospital der Panama-Kanalzone. In Nicaragua wurde der Ausnahmezustand erklärt; es begann eine Zeit der brutalsten Gewaltakte. Die Nationalgarde - unter dem Kommando von Anastasio Somoza Debayle - verhaftete und verhörte die führenden Politiker der Opposition.

Das politische Klima war von Instabilität gekennzeichnet. Die von Rigoberto ausgeführte Hinrichtung hatte die Diktatur in einem Moment, in dem die in der Nationalgarde aufgetretenen Spaltungen und der aufkeimende Reform-Liberalismus den Somozismus bedrohten, in äußerste Gefahr gebracht. Während das Volk einen Staatsstreich erwartete, versuchte Washington die Situation in den Griff zu bekommen. Am 28. wählte der Kongreß einstimmig Luis Somoza Debayle, ältester Sohn A. Somoza Garcias, zum "zur Ausführung des Präsidentenamtes Bemächtigten". So wurde Luis Präsident des nicaraguanischen Kongresses, was nur dadurch möglich war, daß sein Vater 1955 die Verfassung geändert und die Klausel herausgenommen hatte, die Familienangehörigen 2. Grades des Präsidenten verbot, Ämter im Kongreß zu übernehmen.

Am 29. September 1956 starb Anastasio Somoza Garcia. Auf seiner Beerdigung brachte der nordamerikanische Botschafter die volle Unterstützung der USA für die Familie Somoza, für Luis als Nachfolger seines Vaters und für die somozistische Sache zum Ausdruck. Diese Worte bremsen eine, wenn auch noch verschwiegene Konspirationsbewegung im Heer. Sie machten deutlich, daß es den Vereinigten Staaten in jener Woche gelungen war, alle Fäden zusammenzuhalten. In seiner ersten offiziellen Rede bezog sich der neue Präsident auf diese Hilfe: "Lassen sie mich im Namen des nicaraguanischen Volkes und in meinem Namen unseren Freunden, den Vereinigten Staaten von Amerika Dank aussprechen, die uns in kritischen Stunden mit unschätzbare Hilfe zur Seite gestanden haben, um das Leben dessen zu retten, der uns geführt hat."

Schon einmal im Präsidentenstuhl, wurde Luis als Kandidat der Liberalen Partei für die Wahlen von 1957 aufgestellt. Die Konservative Partei konnte zwar in einigen Städten einige Sektoren unter der Parole "Schluß jetzt!" mobilisieren, blieb aber schlußendlich den Wahlen fern.

Wie bereits in früheren Wahlen schuf man ein Phantom der Konservativen, um den Anschein der Legalität zu wahren. Die Wahlen wurden am 3. Februar 1957 durchgeführt. Offizielle Quellen sprechen von 490.108 abgegebenen gültigen Stimmen, von denen 434.892 für Luis Somoza gewesen seien. Der frischgewählte Präsident erklärte in seinen ersten Äußerungen, daß er für die gleichen Ziele wie sein Vater kämpfen wolle; eines davon sei die "kontinentale Harmonie, deren Vorkämpfer die Vereinigten Staaten sind".

Als Luis 1964 starb, wurde sein Bruder Anastasio - bis auf einige Ausnahmen mit ziviler Fassade - gewählter und wiedergewählter Präsident des Landes bis zum Triumph der Revolution. In dieser neuen Etappe der Familiendynastie sollten zwei Ereignisse von ausschlaggebender Bedeutung sein: Zum einen das Abkommen zwischen Agüero und Somoza (Konservative-Liberale) von 1967, das die Oppo-

sition endgültig entmündete. ("Es gibt niemanden, den man wählen könnte" resümierte Pedro Joaquin Chamorro 1974 die dramatische politische Situation.)

Zum andern das Erdbeben von 1972 in Managua, durch das die sozialen Spannungen auf ein Höchstmaß anstiegen und die politische Macht Somozas bedrohten. Die nordamerikanische Botschaft nahm noch einmal die Fäden in die Hand und riet Somoza, alle Macht in dem neugeschaffenen Ministerium für den Ausnahmezustand zu konzentrieren; diese Verantwortung übernahm Somoza mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften. Sieben Jahre später sollte ein wahres soziales Erdbeben - die sandinistische Revolution - endgültig die Grundfesten der Diktatur zerstören.



#### GEDANKEN DES ANASTASIO SOMOZA DEBAYLE

"Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so fühle ich mich nicht wie 'irgendein Außenstehender' und bin es auch in keiner Weise.

Ich kann in diesem Moment aus vollster Überzeugung sagen, daß ich mehr über die Vereinigten Staaten weiß, als über mein eigenes Land. Die freundschaftlichen Bande zwischen mir und den Vereinigten Staaten werden mein ganzes Leben lang bestehen. Für die Vereinigten Staaten bin ich kein Fremder, einer, der eine andere Sprache spricht. Die Vereinigten Staaten werden immer ein Teil von mir sein, und in meinem Herzen werde ich immer ein Teil der Vereinigten Staaten von Amerika sein."

Anastasio Somoza Debayle in "Nicaragua traicionada" (Verratenes Nicaragua), gegenüber Jack Cox, wenige Monate vor seiner Hinrichtung in Paraguay.

#### EINE DEUTLICHE HERAUSFORDERUNG

Nach der Unabhängigkeit von Spanien ist die Geschichte Nicaraguas eine einzige Wiederholung nordamerikanischer Interventionen und Preisgabe der Nation durch seine Politiker: verraten und mit Füßen getreten die Souveränität des Landes, die Souveränität des Volkes.

In diesem Drama fiel den Wahlen niemals die Rolle zu, die nationale Souveränität zu retten, das war in keinem einzigen Fall möglich gewesen. Man bediente sich ihrer vielmehr, um einerseits die Interventionen zu rechtfertigen und andererseits die Ausverkaufspolitik zu beschönigen oder zu verdecken. Jede historische Epoche hatte ihr Interventionsbeispiel, ihren Fall von Auslieferung und natürlich ihr spezifisches Wahlmodell.

Wenn in Nicaragua heute das große revolutionäre Projekt aufgebaut wird, so sind darin auch echte Wahlen eingeplant. Die Einmischung der USA und die Identifizierung einiger politischer Kreise Nicaraguas mit diesen, bedeuten eine weitere Kraftprobe für die Revolution. Eine schwierige Aufgabe - eine doppelte Herausforderung.

Quelle: envío 32. Instituto Historico Centroamericano, Managua



Zwei neue politische Vereinigungen - die Nationale Erneuerungspartei (marxistisch-sozialistisch orientiert), die nur kurze Zeit existierte, und die Nationale Union der Volksbewegung (Vorläufer der Christlich-Sozialen Partei) - schlossen mit der Konservativen und der Liberal-Unabhängigen Partei ein Wahlbündnis, um Somoza und seiner erneuten Wiederwahl Einhalt zu gebieten: 'die Verteidigungsfront der Republik', die von Somoza blutig zerschlagen wurde.

Auf dem nationalen Parteitag der Liberalen, am 20. September 1956 in einem Theater in Leon, wurde die Nominierung Somoza Garcias zum Präsidentschaftskandidaten beschlossen. Als man abends im 'Club Social' bereits den zukünftigen Präsidenten feierte, wurden auf diesen Schüsse abgegeben, die ihn tödlich verletzten. Rigoberto Lopez Perez - der den progressiven Bewegungen dieser Epoche nahestand - wollte mit diesen Schüssen "den Anfang vom Ende der Diktatur" setzen; er wurde noch am gleichen Ort von der Nationalgarde umgebracht.



Rigoberto Lopez Perez

## DOMINIKANISCHE REPUBLIK

### Die Vorgeschichte der Osterunruhen

Ende April kam es in der Dominikanischen Republik zu massiven Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Drei Tage lang äußerte sich die Empörung des Volkes im ganzen Land in Barrikaden, Plünderungen, Brandstiftungen und Streiks. Die Antwort der Regierung war der Einsatz des Militärs, das mit äußerster Härte vorging. Viele, mindestens 70 Tote, viele davon Unbeteiligte, waren das Resultat. Sechs Radio- und eine Fernsehstation, die über die Vorgänge berichteten, wurden geschlossen. Die Regierung behauptete, die Unruhen seien auf Pläne der linken und rechten Opposition zurückzuführen; aber selbst Angehörige der Regierungspartei PRD (Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale) mußten anerkennen, daß die Ursachen in der miserablen Lage breiter Teile der Bevölkerung lagen.

Das "Centro Dominicano de Estudios de la Educación" stellte folgenden Bericht über die Hintergründe der Vorfälle zusammen.

Zwischen dem 23. und 25. April war die Dominikanische Republik Zeuge der härtesten sozialen Auseinandersetzungen seit dem Vaterländischen Krieg von 1965. Dutzende von Männern und Frauen aus dem Volk wurden sowohl in Santo Domingo als auch in den wichtigsten Städten und auf dem Land ermordet; Hunderte von Verletzten, die meisten mit Schußwunden, und etwa 5000 Festgenommene, die geschlagen für Taten beschuldigt wurden, die sie nicht begangen haben, sind nur ein Teil des Ergebnisses der Volksbewegung vom 23. und 24. April.

Was brachte das ganze Volk, in der Hauptstadt und auf dem Land, dazu, massiv auf die Straße zu gehen und mit einer einzigen Stimme seinen Protest und seinen Widerspruch zu bekunden? Was bewegte diese Männer und Frauen aller Altersgruppen, daß sie mit solcher Entschiedenheit die Wege und Straßen blockierten und sich den Truppen der Polizei und des Militärs entgegenstellten, die mit tödlichen Waffen für den Krieg ausgerüstet waren und Befehl hatten, jeden zu töten, der seine Unzufriedenheit äußerte? Warum wurde dem Protest des Volkes mit Barberei und Haß begegnet, ohne die Gründe zu berücksichtigen, die das ganze Volk zwangen, zu sagen: ES REICHT!

Der Protest, der Zorn, die Stimme des Volkes, die an diesen Tagen zu hören war, haben ihre Geschichte.

Am 16. August 1978, als die Partido Revolucionario Dominicano (PRD) mit Antonio Guzmán an die Macht kam, versprach sie, das Land aus dem Bankrott der wirtschaftlichen Katastrophe und der Korruption zu führen, in das es Joaquín Balaguer (Präsident von 1965 bis 1978) von Gnaden der USA und des Militärs) und seine politisch-militärische Mannschaft gestürzt hatte.

Guzmán verschuldete das Land jedoch noch mehr, füllte die Taschen der neuen Reichen der PRD und folgte in einem Festival der Korruption dem gleichen Entwicklungsmodell Balaguers, das nicht einmal mit seinem Selbstmord, 40 Tage vor dem Ende seiner Amtszeit endete.

Jacobo Majluta öffnete in der kurzen Zeit, in der er die Macht genoß, einer Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Türen des Landes, die mit der vorgeblichen Absicht kam, die Wirtschaft des Landes "zu retten und umzuorientieren".

Die Versprechen Salvador Jorge Blancos und der PRD waren nichts wert, daß sich nach dem 16. August 1982 ein wirklicher Wandel der Lage vollziehen würde und daß es einen größeren Wohlstand für die Volkssektoren geben würde. Es ist offensichtlich, daß das sogenannte Programm der Nationalen Konzentration auf dem Papier geblieben ist. Die Wirtschaftsdemokratie war ein Mythos, das Wohl des Volkes ein Versprechen.

Die PRD hat seit 1978 allein regiert, um der einheimischen Bourgeoisie (Bankiers, Industrielle) und den transnationalen Unternehmen zu nützen. Die Last der nationalen Wirtschaftskrise, die durch die Taten der dominanten Sektoren entstand, will man auf die Schultern der Armen, der Arbeiter und des Volkes im allgemeinen legen.

Jorge Blanco und die PRD sind in Übereinstimmung mit der Bourgeoisie zum IWF gegangen, als dem bequemsten Ausweg für ihre Interessen. 1983 unterschrieb man ein Darlehensabkommen (der sogenannten "erweiterten Fazilität") über die Höhe von 455 Mio. Dollar im Zeitraum von drei Jahren. Seit dem November des vergangenen Jahres diskutierte die Regierung mit dem IWF die Politik im zweiten Jahr des Abkommens. Grundlage war die Durchführung eines Anpassungsprogramms (für das Volk ist es das Gegenteil) und einer Reihe von Bedingungen, die diese imperialistische Finanzorganisation forderte, besonders die Finanzierung aller Importe, auch des Öls und seiner Derivate, auf dem parallelen Dollarmarkt ("freier" Devisenmarkt), sowie Entlassungen und Kostensenkungen durch die Regierung in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und direkter Unterstützung des Volkes.

Der Präsident der USA, Ronald Reagan, sagte Jorge Blanco und der PRD deutlich, daß das Land erst das Abkommen mit dem IWF unterzeichnen und die Bedingungen erfüllen müsse, nachdem Jorge Blanco einen unterwürfigen Bettelbrief geschrieben hatte, in dem er ihn ersuchte, beim IWF ein gutes Wort einzulegen.

Die große Mehrheit der dominanten Sektoren meinte, daß wir trotz der Schädlichkeit des Abkommens keinen anderen Ausweg hätten, während die Gewerkschaften, die Revolutionäre Linke und alle Gruppen des Volkes forderten, das Abkommen mit dem IWF nicht zu unterzeichnen und mit seiner Austeritätspolitik zu brechen.

Jorge Blanco und die PRD erhielten fünf Monate lang den Anschein von Widersprüchen mit dem IWF aufrecht und betonten, daß sie eine Reihe seiner Bedingungen nicht akzeptierten. Am 9. April reiste der Präsident zu einem offiziellen Besuch in die USA, um direkt mit

Präsident Reagan, dem Direktor des IWF, dem Finanzminister der USA und anderen imperialistischen Funktionären zu reden.

Schon in Washington kündigte Jorge Blanco an, daß es zu einer definitiven Übereinkunft mit dem IWF über die Durchführung der Politik des zweiten Jahres des Abkommens gekommen sei, während Reagan ihm versprach, daß die Regierung der USA die "Hilfe" für das Land erhöhen würde.

Daher verkündete Jorge Blanco bei seiner Rückkehr, daß seiner Reise fruchtbar war, weil "die nationale Würde hochgehalten" worden sei und kündigte an, daß er später die Erfolge seiner Reise in die USA bekanntgeben würde; dort habe es für die Probleme des Landes "großes Verständnis" gegeben.

Tatsächlich hielt er am Mittwoch, dem 17. April, eine Rede an die Nation, wobei er die Ruhe der Karwoche nutzte und in der er die grundsätzlichen Aspekte der Verhandlungen mit dem IWF bekanntgab. Diese Aspekte sind: 1. gegenwärtig müssen die Ölimporte nicht auf dem Parallelmarkt finanziert werden; 2. der Import von Lebensmitteln, die durch internationale Kredite finanziert werden, läuft ebenfalls nicht über den Parallelmarkt (Mais, Weizen, Speiseöl etc.); 3. das Programm des IWF wird nicht die öffentlichen Ausgaben beeinträchtigen, d.h. es wird vermutlich keine Entlassungen geben. Zugleich informierte er, daß alle anderen Importe und Dienstleistungen, also Medizin, Dünger, Pestizide und andere landwirtschaftliche Inputs auf dem parallelen Devisenmarkt finanziert werden müssen.

In seiner Rede kündigte Jorge Blanco eine Reihe von Anreizen für die Exporteure an, angeblich um die Produktion zu stimulieren. Lediglich die Preise für Hühner, Reis, Teigwaren, Eier und Milch des INESPRES (Nationales Institut für Preisstabilisierung) würden eingefroren. Er befahl die Erweiterung der Verkaufsstellen dieses Instituts und wies darauf hin, daß er keine Aktion dulden würde, die die "Macht meines Mandats einschränkt."

Am folgenden Tag, Gründonnerstag, teilte die Generaldirektion für Preiskontrolle ohne Erklärung mit, daß bei verschiedenen Grundnahrungsmitteln die Preise erhöht würden: bei Weizenmehl 15 Pesos für einen 100-Pfund-Sack, womit sich Brot auf fünf Cheles pro Stück verteuerte. Der Preis der Milch NIDO wurde auf 11 Pesos pro Dose erhöht, der Zuckerpreis auf 31 Centavos pro Pfund, Sojaöl verteuerte sich um mehr als 7 Pesos pro Gallone.



Der Protest war einstimmig: Am selben Tag bekundeten die Leute, die in Supermärkten und Läden einkaufen gingen, zornig ihre Wut über die Preissteigerungen. Die Oppositionsparteien lehnten die Verteuerungen ab, und durch den Erzbischof López Rodríguez wies sogar die Hierarchie der katholischen Kirche die Erhöhungen zurück und sagte, daß die Zukunft des Landes ungewiß sei. Der "Listín Diario" sagte, daß es sich um "eine der stärksten Preiserhöhungen in der dominikanischen Wirtschaft in der letzten Zeit" handele.

Der "Nuevo Diario" teilte nach einer Umfrage am Karfreitag mit, daß die Leute die Preissteigerungen bei Brot, Speiseöl, Zucker und andere für die Ernährung lebenswichtige Nahrungsmittel als "ungerecht", "untragbar" und sogar "gefährlich" bezeichneten. Die Spekulation vieler Händler ließ nicht auf sich warten. Bei fast allen Produkten, nicht nur den offiziell verteuerten, stiegen die Preise, wobei Tomatensauce, rote Bohnen, Fisch, Huhn, Butter und Käse herausragten.

Daher war es nicht verwunderlich, daß am Morgen des Montags, des 23. Aprils, die Koordination des Volkskampfes von Capotillo informierte, daß mehr als 100 Volksorganisationen des Gebiets in einer Versammlung beschlossen hatten, an diesem Tage zu einem zwölfstündigen Streik aufzurufen. Dabei forderte sie alle Einwohner auf, ihren Protest gegen die Preiserhöhungen und die Maßnahmen kundzutun, die Jorge Blanco am Mittwoch zuvor angekündigt hatte. Zugleich forderten sie Gehaltserhöhungen von mindestens 200 Pesos, eine allgemeine Anpassung der Löhne und die Rücknahme der Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln.

Deswegen erhob sich um 10 Uhr morgens der Protest des Volkes gegenüber dem Hospital Moscoso Puello ...



## ECUADOR

### Wird die Geschichte zurückgedreht?

*Während die Fans des Wahlsiegers León Febres Cordero in Guayaquil und Quito im Freudentaumel durch die Straßen tobten, brach bei allen, die gehofft hatten, die Wahlen würden zumindest keine große Veränderung in der politischen Führung des Landes bringen, der politische Kater aus. Das Widersinnige war geschehen: Während die Argentinier einen Ausweg aus der Katastrophe suchen, in die sie eine neoliberale Militärdiktatur geführt hat, während das chilenische, das uruguayische und brasilianische Volk um die Befreiung von Regimes kämpfen, die mit Hilfe der Chicagoer Wirtschaftsrezepte die Volkswirtschaften ruiniert haben, wählt die Mehrheit der Ecuadorianer - ohne daß dazu ein Wahlbetrug nötig wäre - "aus freien Stücken" einen Kandidaten, der wiederholt seine Bewunderung "für die Erfolge des chilenischen Wirtschaftsmodells" zum Ausdruck gebracht hat.*

*Dabei war man sich so sicher gewesen: Im ersten Wahldurchgang am 29. Januar dieses Jahres hatte León Febres Cordero, Kandidat der reaktionärsten Oligarchenfamilien des Landes, gerade 23,3% erreicht. Und das, obwohl sich alle sieben Rechtsparteien, die bei der Wahl antraten, hinter seiner Kandidatur vereint hatten. Obwohl die Konservative und die Liberale Partei, die sich vor nicht allzu vielen Jahren noch bis aufs Blut bekämpft hatten, einträchtig für León Wahlpropaganda gemacht hatten. Obwohl eine unbekannte, aber sicher mit dem Jahresbudget eines Ministeriums vergleichbare Summe in den Wahlkampf investiert worden war. Dagegen hatten die Parteien des Mitte-Links-Spektrums 61% der Stimmen auf sich vereinigen können, wobei allein der Kandidat der sozialdemokratischen Izquierda Democrática (ID), Rodrigo Borja, trotz der Zersplitterung dieses Spektrums in acht verschiedene Präsidentschaftskandidaten, mit 24% Febres Cordero übertrumpft hatte. Febres Cordero hatte natürlich sofort von Wahlbetrug gesprochen und sogar seinen Rückzug aus der zweiten Runde angekündigt, die zwischen ihm und Borja auszutragen blieb, falls nicht das gesamte Wahlverfahren geändert wurde. Es wurde nichts geändert, es kam auch nicht zu dem von vielen befürchteten Putsch der Rechten im Vorfeld des zweiten Wahlgangs, und trotzdem trat das Unwahrscheinliche ein.*

### DIE UNBEUGSAME OLIGARCHIE

Um zu verstehen, welche sozialen Gruppen sich bei diesen Wahlen gegenüberstanden, auch um das Verhalten einiger Parteien und vieler Wähler im zweiten Durchgang, vor allem aber die Situation, in der die neue Regierung ihr Amt übernimmt, verstehen zu können, ist es wichtig, ein wenig von der ecuadorianischen Geschichte zu kennen.

Wer Berichte über die "liberale Revolution" des Jahres 1895 liest, der könnte meinen, es habe sich um einen echten Klassenkampf gehandelt, in dem das ecuadorianische Volk sein Blut für eine demokratischere und gerechtere Zukunft vergoß. Aber die Sache ging aus wie in Deutschland 1848: Die Schlächtereien, deren Opfer vor allem die auf liberaler Seite kämpfenden Campesinos der Küstenebene waren, hatte langfristig nur das Ergebnis, daß - spätestens nach der Ermordung des liberalen Präsidenten Eloy Alfaro im Jahre 1912 - es den verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse immer wieder gelang, Bündnisse zu schließen und entscheidende gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern.

Als es 1922 auf Grund der Abwertung des Sucre zu einem Konflikt zwischen Export- und Importsektor kam und die Volkswirtschaft gleichzeitig wegen einer Seuche in den Kakaoplantagen schwer darniederlag, fand sich als Lösung der General Aroya, unter dessen Diktatur Export- und Importhändler ihre Interessen wieder vereint sahen. Der Beitrag des Volkes zur Stabilisierung der Ordnung bestand wieder in Hunderten von Toten, die in den Straßen von Guayaquil liegenblieben.

Eine ähnliche Situation Anfang der 30er Jahre - heraufbeschoren durch die Weltwirtschaftskrise - fand ihre Lösung in der ersten Regierung des großen ecuato-

rianischen Populisten José María Velasco Ibarra im Jahre 1934. Aber während es die populistischen Regierungen in Argentinien, Brasilien und Mexiko in dieser Epoche schafften, die alte Agraroligarchie in ihre Schranken zu weisen, einer nationalen Bourgeoisie zum Aufschwung zu verhelfen und gewisse soziale Reformen durchzusetzen, beschränkte sich Velasco auf eine beeindruckende anti-oligarchische Rhetorik, mit deren Hilfe er die großen Volksmassen hinter sich brachte, ohne seinen Auftraggebern, eben dieser Oligarchie, jemals untreu zu werden, denn in seiner konkreten Politik gab es keine einzige tiefgreifende Reform.

1944 kam es in weiten Landesteilen zu massiven Aufständen gegen die brutale Diktatur des Generals Arroyo del Río, eine Situation, die von verschiedenen Historikern heute als wirkliche revolutionäre Chance angesehen wird. Aber die Linke, die im Lauf der 30er Jahre in der kommunistischen und sozialistischen Partei gewisse Konturen angenommen hatte, fiel nichts anderes ein, als die Rückkehr Velasco Ibarras aus dem argentinischen Exil zu unterstützen, anstatt eine wirkliche demokratische Alternative zu präsentieren. Natürlich waren dann die Vertreter der Linken die Hauptopfer der Repression, die ab 1945 verstärkt einsetzte.

Anfang der 60er Jahre kam es wieder zu Interessengegensätzen zwischen der traditionellen Oligarchie und neu aufstrebenden wirtschaftlichen Gruppen. Da die inzwischen vierte Regierung Velasco Ibarras es nicht schaffte, der Krise Herr zu werden, griffen 1963 die Militärs ein, um gewisse Reformen im Sinne der fortschrittlicheren Fraktionen der herrschenden Klasse durchzusetzen.

So wurde 1964 die unüberhörbare Forderung der Campesinos nach einer gerechteren Landverteilung, artikuliert vor allem durch die von der kommunistischen Partei kontrollierten "Federación Ecuatoriana de Indios" (FEI), in ein Landreformgesetz kanalisiert, dessen zentraler Bestandteil die Übergabe der "huasipungos" an die Campesinos war. Diese hauptsächlich im Hochland vorherrschende feudalistische Ausbeutungsform, die den Campesinos ein kleines Landstückchen zur Nutzung als Entgelt für die Arbeit in der Hacienda zur Verfügung stellte, sollte einem kapitalistischen Lohnsystem weichen. Verschiedene weitsichtige Großgrundbesitzer hatten diese Entwicklung bereits vor dem Landreformgesetz eingeleitet, hatten den "huasipungeros" Besitztitel über die schlechtesten Teile ihrer Haciendas übergeben und ihre Produktionsweise modernisiert. Durch die Spezialisierung auf Milchviehwirtschaft, die Einführung von Traktoren, Mineraldünger und Pestiziden konnten sie die Zahl der Arbeitskräfte erheblich verringern und die Produktivität steigern.

Und das war dann auch der Haupteffekt dieser Landreform: Ein Teil der Campesinos wurde "von Armen ohne Land zu Armen mit Land" (Jaime Galarza, ecuadorianischer Schriftsteller), das Minifundium breitete sich aus, die Großgrundbesitzer behielten ihre guten Böden und trieben die Modernisierung ihrer Betriebe voran.

1968 trat Velasco Ibarra seine fünfte und letzte Regierungszeit an. Da vier seiner fünf Regierungsperioden mit einem Militärputsch endeten, konnte er den Wählern immer wieder glaubhaft versichern, daß seine Reformversprechungen nur deshalb nicht in die Praxis umgesetzt worden waren, weil die Militärs das nicht zugelassen hatten. Aber auch in dieser Regierungszeit manövrierte er die Wirtschaft bald wieder in die Krise und mußte sich, um sich gegenüber dem wachsenden Volksprotest an der Macht halten zu können, mit Unterstützung der Militärs selbst zum Diktator ausrufen.

Es begannen die Verteilungskämpfe innerhalb der herrschenden Gruppen um die zu erwartenden Einnahmen aus dem Erdöllexport. 1972, als die Erdölausbeutung im ecuadorianischen "Oriente" (Amazonastiefland) in großem Maßstab anlief, übernahm eine fortschrittliche Fraktion der Streitkräfte unter General Rodríguez Lara direkt die Macht. 1973 wurde ein zweites Landreformgesetz verabschiedet, das neben den "huasipungos" auch andere vorkapitalistische Ausbeutungsformen liquidieren sollte, aber im Gegensatz zum Gesetz von 1964 keinerlei Ober- oder Untergrenzen für Landbesitz mehr festsetzte. Mit dem Geld aus den Landverkäufen (denn den Campesinos wurde das Land keineswegs kostenlos übertragen) und mit den Bankkrediten, die auf Grund der Erdöleinnahmen immer reichlicher flossen, moderni-

sierten viele Hacendados nicht nur ihre landwirtschaftlichen Betriebe, sondern verstärkten auch ihren Einfluß in anderen wirtschaftlichen Bereichen durch Investitionen in der aufstrebenden Industrie, im Handel, im Importgeschäft und im Finanzsektor.

So gelang es den beiden Militärdiktaturen der 60er und 70er Jahre, die eher die fortschrittliche kapitalistische Fraktion repräsentierten, genausowenig wie dem Populismus, die Oligarchie zu zerstören. Rodríguez Lara blieb in dieser Aufgabe weit hinter seinem peruanischen Vorbild, Velasco Alvarado, zurück. Es gelang den wenigen Oligarchie-Familien, sich vollständig den sich wandelnden Strukturen anzupassen und immer wieder Allianzen mit den neu aufstrebenden wirtschaftlichen Gruppen einzugehen. Die Oligarchie ist heute in Ecuador weniger durch die Kontrolle eines bestimmten Produktionssektors (etwa nur der Landwirtschaft) oder durch ein bestimmtes Akkumulationsmodell charakterisiert, als durch eine bestimmte reaktionäre Form der politischen Herrschaft, durch eine aristokratische Ideologie, durch enge Familienverbindungen und eine starke Verflechtung mit den multinationalen Konzernen.

Als die Regierung Lara eine relativ nationalistische Erdölpolitik durchzusetzen versuchte, für 4 von 6 Mio ha den ausländischen Konzernen die Förderkonzessionen strich, die Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana (CEPE) gründete und ihr 1976 62,5% der Fördermengen übertrug, als sie überdies das Landreformgesetz konsequenter anwenden wollte, da wandte die Oligarchie ihr Herrschaftsmodell wieder in der Praxis an. Es erfolgte ein neuer Putsch, und ein Generalstabschef übernahm die Führung und drehte die Reformen wieder zurück. Die Repression verstärkte sich zunehmend. 1977 wurden in der staatlichen Zuckerraffinerie Aztra über hundert streikende Arbeiter ermordet - der Name "Aztra" hat sich als Ausdruck brutaler Militärherrschaft tief ins Gedächtnis des Volkes eingepreßt.

1978 begann das Volk lautstark den Rücktritt der Militärs zu fordern. Die wochenlangen Proteste gegen Buspreiserhöhungen in Quito (der "Viergroschenkrieg") waren ein massiver Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit. Enorme Reichtümer waren in den letzten Jahren ins Land geflossen, die Erdölförderung stieg von 1,48 Mio barrels (1970) auf 73 Mio. barrels (1978), das Bruttosozialprodukt wuchs zwischen 1972 und 1978 um jährlich durchschnittlich 10,8%; die Bankreserven erhöhten sich um 500%, die Industrieproduktion um 150%; die ausländischen Investitionen stiegen von 276 Mio US-\$ (1970) auf 723 Mio. \$ (1976). Gleichzeitig wurde die Bürokratie enorm aufgebläht: In nicht weniger als 15 400 staatlichen Institutionen waren 206 000 Personen beschäftigt.

Aber das Volk hat von diesem Segen, den das Öl ins Land brachte, wenig profitiert. Stiegen die Preise von 1970 bis 1978 auf einen Index von 289 (1970=100), so stiegen die Mindestlöhne im selben Zeitraum nur auf 257. Auf dem Land war der Haupteffekt der Landreform die Ausbreitung des Minifundiums. Gab es 1954 251 686 Kleinstbesitze, so waren es 1974 341 923; ihre durchschnittliche Größe sank von 1,7 auf 1,5 ha. Die Haciendas kontrollierten nach wie vor ungefähr die Hälfte des bebaubaren Landes. Die reale Verelendung der Campesinos, ebenso wie die der Handwerker, hat zur Bildung eines wachsenden Arbeitslosenheeres und zur Ausdehnung der Elends- und Armenviertel vor allem in Quito und Guayaquil geführt. Zwischen 1970 und 1979 wanderten ca. 300 000 Campesinos in die Städte ab.

## DIE REGIERUNG ROLDOS - HURTADO

Neben der sozialen Unzufriedenheit und der Abwirtschaftung der Militärs durch zunehmende Korruption bot die Lateinamerika-Politik des US-Präsidenten Carter eine günstige Voraussetzung für die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Regierung. Und die "progressiven" kapitalistischen Sektoren, enorm gestärkt durch die Entwicklung von Industrie, Handel und Finanzwesen in den Jahren des Ölbooms, aber in den letzten Jahren der Militärdiktatur weitgehend von der politischen Szene verdrängt, trugen das Ihre bei zur Rückkehr zur "Demokratie".

Die Präsidentschaftswahlen von 1979 waren ein schwerer Schlag für die alte Oligarchie: Ihr Kandidat Sixto Durán von der Konservativen Partei blieb im zweiten Durchgang mit 32% auf der Strecke. Das Gespann Jaime Roldós / Osvaldo Hurtado errang mit 68% einen triumphalen Erfolg. Sie waren die politischen Vertreter, die die jungen wirtschaftlichen Gruppen brauchten: Roldós, Rechtsanwalt aus Guayaquil, ohne starke Verbindungen zu den Oligarchie-Familien, mit einer großen Fähigkeit, die Massen mitzureißen, ohne in die populistische Demagogik von Velasco Ibarra oder Assad Bucarám (Caudillo der 1947 gegründeten Concentración de Fuerzas Populares - CFP) zu verfallen. Hurtado, der mit starker Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaute Vertreter der Christdemokratie, Politologe, pragmatisch orientiert mit progressivem und vor allem anti-oligarchischem Image. Zwei Polit-Manager, die glaubwürdig das Aufräumen unter der korrupten Militär-Administration proklamieren konnten.

Die ersten Maßnahmen nach dem Regierungsantritt waren vielversprechend: die Wiedereinführung des Streikrechts, die Erhöhung des Mindestlohns um 50%, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 43 auf 40 Stunden, die Ausweitung der nationalen Hoheitsrechte vor der Küste auf 200 Meilen und die Aufdeckung verschiedener Machenschaften der vorausgegangenen Militärregierung.

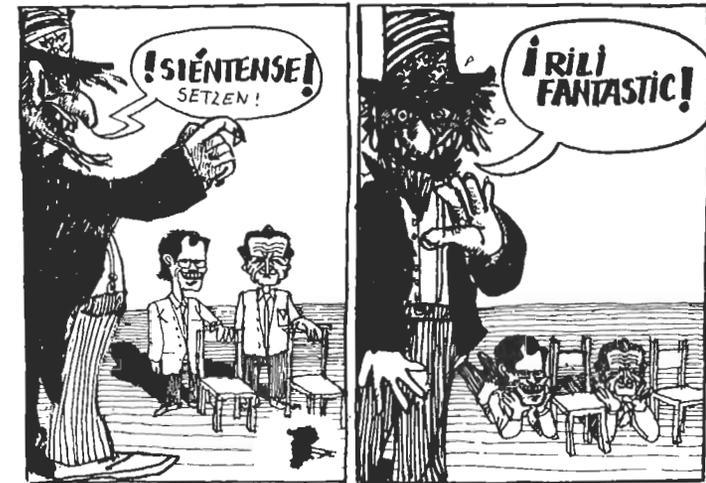
Aber schnell wurde der reformerische Elan gedämpft: Roldós, der von der populistischen CFP zum Präsidentschaftskandidaten ernannt worden war, weil deren alter Führer Bucarám von den Militärs im letzten Moment ausgetrickst worden war (sie erließen ein Dekret, nach dem nicht nur der Kandidat, sondern auch dessen Eltern die ecuatorianische Staatsbürgerschaft besitzen mußten - Bucarám aber stammte aus einer libanesischen Familie), trat in einen offenen Konflikt zur Mehrheitsfraktion der CFP im Parlament, die von Bucarám geführt wurde. Nicht so sehr aus familiären Gründen, wie manche meinen (Bucarám war sein Schwiegervater), sondern weil der alte Parteiführer als Vertreter des traditionellen Populismus den Interessen der oligarchischen Familien von Guayaquil viel näher stand als der Reformpolitik seines Schwiegersohns. Roldós schlug einen Volksentscheid vor, um den Konflikt zu überwinden. Doch kurz bevor das Referendum durchgeführt werden konnte, ging er einen Pakt mit den Streitkräften ein. So stützte er sich bei der Gründung der neuen Partei "Pueblo, Cambio y Democracia" - PCD (Volk, Wandel und Demokratie) auf seinen Anhängern innerhalb der CFP mehr auf seine Freunde im Militär als auf das Volk, das ihn gewählt hatte. Der erste Schritt zurück vom hochgejubelten "neuen demokratischen Modell".

Aber das Volk hatte ohnehin wenig mitzureden gehabt - weder bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung, noch beim nationalen Entwicklungsplan. Der entsprach im Wesentlichen der von den USA seit den 60er Jahren vertretenen Politik der Importsubstitution - Aufbau einer Industrie mit Hilfe des ausländischen Kapitals, das so großzügig wie nie zuvor ins Land zu strömen begann, und Modernisierung und Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft.

Das 1979, noch vor dem Abgang der Militärs, verabschiedete "Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Land- und Viehwirtschaft" ersetzte in der Praxis immer mehr die Landreform. Es enthält neben der technokratischen Investitionsförderung - die naturgemäß immer die mittleren und großen Betriebe bevorzugt - stark repressive Elemente, die z. B. im Falle von Landbesetzungen durch Campesinos das Inkrafttreten des "Gesetzes der Nationalen Sicherheit" vorsehen.

Die US-unabhängige Außenpolitik der Regierung Roldós dagegen war mtuig: die Unterstützung der sandinistischen Regierung in Nicaragua, die Anerkennung der FDR als legitime Vertretung des salvadorischen Volkes, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Cuba, Vietnam und der VR China und der Abbruch der Beziehungen zu Uruguay aufgrund der brutalen menschenrechtsverletzungen in diesem Land und zu Bolivien nach dem Putsch des Generals García Meza fanden starke internationale Beachtung.

Das unsinnige und kostspielige Kriegsabenteuer mit Peru im Jahr 1981 wegen der Grenzziehung in der Cordillera del Condor (1950 hatte Ecuador seine von den USA erzwungene Zustimmung zum "Protokoll von Rio de Janeiro" zurückgezogen und die Grenzfestlegung auf den 78 verbliebenen Kilometern verhindert) kann in diesem



Zusammenhang nur als Ergebnis eines geschickten Manövers des Imperialismus verstanden werden. Aber Roldós wußte die Gelegenheit zu nutzen, um die nationalistischen Gefühle der Ecuatorianer aufzurühren und beispiellose Massenmobilisierungen zur Unterstützung der Regierung zu organisieren.

Kurz darauf zeigte sich, daß diese Regierung trotz allem vom Großkapital abhängig war: Es gelang diesen Sektoren, erhebliche Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und Transport durchzusetzen, die massiven Protestaktionen des nationalen Gewerkschaftsbundes FUT (Arbeitereinheitensfront) und einen enormen Populäritätsverlust der Regierung provozierten.

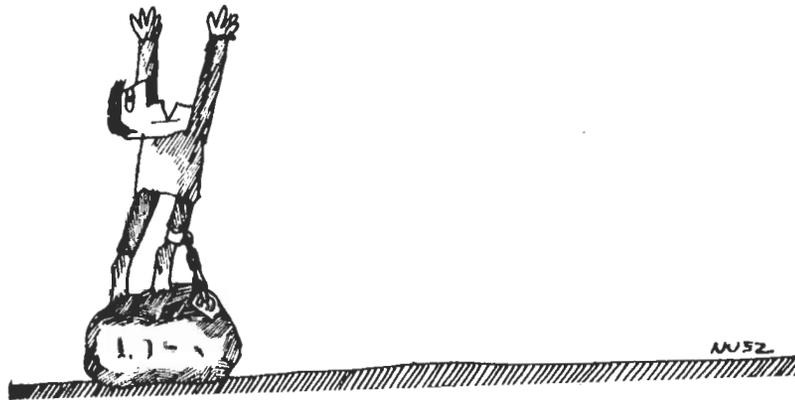
Am 24. Mai 1981 stürzte das Präsidentenflugzeug unter bis heute nicht geklärten Umständen ab. Roldós und seine Frau starben in derselben Cordillera del Condor, die ihn wenige Monate zuvor zum umjubelten Helden hatte werden lassen. Es spricht vieles dafür, daß seine forsche Außenpolitik der neuen US-Regierung zu un bequem geworden war. Und Flugzeugabstürze gehören bekanntlich zu den Spezialitäten des CIA.

Vizepräsident Hurtado, der nun die Nachfolge von Roldós antrat, paßte in die Vorstellungen des Imperialismus wie der Knopf ins Knopfloch. Es begann eine deutliche Rechtsentwicklung, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Es gab keine US-unabhängigen Verlautbarungen zur Mittelamerikaproblematik mehr. Die neue ecuatorianische Regierung fand sich nicht zur Mitarbeit in der Contadora-Gruppe bereit. Erst vor wenigen Monaten, als auch die Reagan-Administration scheinheilig die Friedensbemühungen der vier Contadora-Länder begrüßte, gab es auch aus Quito eine zaghafte Unterstützung. Daß Außenminister Valencia die US-Invasion in Grenada eindeutig verurteilte, muß in diesem Zusammenhang schon fast wie ein Wunder erscheinen.

## DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

In der Wirtschaftspolitik begann eine Serie von Maßnahmen im Sinn des Internationalen Währungsfonds mit der verschleierte Abwertung des Sucre um 20% im März 1982, die einen Inflationsprozeß in Gang setzte, der sich bald mit den anderen lateinamerikanischen Ländern wird messen können. Bis dahin hatte die ecuadorianische Wirtschaft mit ca. 20% Inflationsrate noch eine relative Stabilität aufzuweisen.

Im August desselben Jahres löste eine neues Erdölgesetz die nationalistische Regelung von 1974 ab und öffnete den Multis wieder Tür und Tor. Im Oktober 1982 wurde der Benzinpreis im Inland von 15 auf 30 Sucre pro Gallone angehoben, womit nicht nur die Fahrpreise um 20 bis 50% anstiegen, sondern die Preise fast sämtlicher Konsumgüter - sei es daß ihr Transpoteur teurer wurde, sei es, daß Händler die günstige Situation ausnützten.



Immer deutlicher wurde die starke Hand des IWF spürbar. Anfang 1983 wurde langsam aber sicher die Auslandsschuld Ecuadors ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Sie betrug damals knapp 7 Mrd. US-\$. Das erscheint wenig im Vergleich zu den Summen, die Brasilien oder Mexiko zu bezahlen haben. Aber Ecuador ist ein kleines Land, und wenn man die Auslandsschuld in Relation zum Bruttosozialprodukt setzt, dann sieht es in Ecuador ähnlich düster aus wie in den übrigen lateinamerikanischen Ländern:

## VERSCHULDUNG IN % DES BSP

Argentinien	79%
Mexiko	53%
Ecuador	51%
Brasilien	43%

Während die Auslandsschuld Lateinamerikas von 1971 bis 1981 insgesamt um das 10-fache stieg, multiplizierte sie sich in Ecuador von 1972 bis 1982 um das 25-fache.

Neben den allgemeinen Ursachen der Verschuldung der "Dritten Welt" - Kapitalverlagerung seitens der Metropolen aus dem Produktions- in den Finanzsektor, Kürzung der "Hilfsgel der" von Institutionen wie der Weltbank, AID, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und Ersatz durch Kredite von Privatbanken mit kürzeren Laufzeiten und höheren Zinssätzen, Zinspolitik der Reagan-Regierung etc. - gibt es spezifische Ursachen, die Ecuador besonders belasten: das Sinken der Erdölpreise von knapp 40 \$ auf 28\$ pro barrel (Erdöl machte 1979 ca. 42% der Gesamtausfuhren aus), der Preisverfall bei Kakao und Bananen, die Produktionsausfälle vor allem in der Küstenlandwirtschaft durch die verheerenden Überschwemmungen in der letzten Regenzeit, die sowohl die Exportmengen schrumpfen als auch die Notwendigkeit der Lebensmittelimporte - z.B. Reis - anwachsen ließen. 73% der Auslandsschuld gingen auf Konto der Staatskasse. Die beachtlichen Aufrüstungsanstrengungen (z.B. Kauf von 12 israelischen Kampfflugzeugen während des Grenzkrieges mit Peru, die jetzt mit verbilligtem Erdöl abbezahlt werden müssen), die enorme Aufblähung der Bürokratie und eine ganze Reihe von Subventionsprogrammen für nationale und ausländische Investitionen trugen mindestens genauso zum Anwachsen des Staatshaushalts bei wie der Ausbau des Schulssystems, der Gesundheitsversorgung, die Erdölbohrungen, die Elektrifizierungsanstrengungen mit Hilfe von Wasserkraftwerken und der Straßenbau. Der Haushalt wuchs von 1970 bis 1983 von 5,3 auf 81,2 Mrd. Sucre. Für 1984 sind 104,8 Mrd. Sucre veranschlagt.

Wer diesen Zuwachs von ca. 118% jährlich ermöglichte neben den ausländischen Banken und den Erdöleinnahmen, ist eindeutig: Während die Unternehmer 1970 noch 35% zum Steueraufkommen beitrugen und die Beschäftigten 65%, so brachten erstere 1982 nur noch 10% auf, das Volk (darunter vor allem die öffentlichen und privaten Angestellten) 52% und der Erdöllexport 38% (Angaben der Gewerkschaft CEDOC). Nach Verlautbarung des Vizepräsidenten León Roldós gehen dem Staat z.Zt. jährlich ca. 30 Mrd. Sucre durch Steuerhinterziehung der Unternehmer verloren, d.h. ca. 37% des letztjährigen Staatshaushalts. Daß darüberhinaus viele Subventionsgelder nicht in die Produktion, sondern in Grundstücke in Florida u.ä. geflossen sind, ist ein offenes Geheimnis.

Nachdem das Terrain mit Hilfe erschreckender Zahlen über die steigende Auslandsverschuldung genügend vorbereitet war, wurde im März 1983 ein weiterer vom IWF verordneter Coup gelandet: die weitere Abwertung des Sucre gegenüber dem Dollar (der offizielle Kurs von 33 auf 42 Sucre pro Dollar, der allgemeine Bankkurs von ca. 60 auf 80 bis 85 Sucre pro Dollar) Gleichzeitig wurden monatliche "Miniabwertungen" von 2,5% auf unbestimmte Zeit dekretiert.

Ein weiterer enormer Inflationsschub war die Folge: Im Oktober 1983 erreichte die Inflationsrate 70% im Durchschnitt der städtischen Lebenshaltungskosten, ca. 100% bei Lebensmitteln.

Nachdem so die Agrarexporteure und der Staat (als Erdölexporteur) beschenkt und der Mehrheit des Volkes die Folgen der Auslandsschuld aufgebürdet worden waren, (denn die Importhändler, die ja vermeintlich durch eine Abwertung betroffen sein könnten, geben den Preisanstieg nicht nur weiter, sondern nützen die Situation aus, um auch ihrerseits noch ein paar Prozent draufzuschlagen), wurde kurz darauf den im Ausland verschuldeten Unternehmern ein weiterer Wunsch erfüllt: die "Sucretisierung" ihrer Auslandsschuld - d.h. die staatliche Zentralbank gleicht für sie bei der Schuldenabzahlung die steigenden Dollarkurse aus. Geschätzter Kostenpunkt: 51 Mrd. Sucre.

Gleichzeitig ging 1983 das BSP um 3,3% durchschnittlich zurück, im von der Regenzeit geschädigten Agrarsektor sogar um 29%. Die Devisenreserve nahm zwischen August 1980 und August 1983 von 656 Mio. auf 92 Mio. \$ ab. Die regelmäßigen Triumphmeldungen in der Presse über Erfolge bei den Umschuldungsverhandlungen mit IWF und Gläubigerbanken können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um nichts anderes als um ein kurzfristiges Hinausschieben des Problems handelt.

## DER VOLKSPROTEST

Was sagten die Armen des Landes, die Organisationen der Arbeiter, Bauern und Armenviertelbewohner zu dieser Entwicklung?

Während der 70er Jahre hatten diese Organisationen in Stadt und Land eine fast kontinuierliche Stärkung in ihren Kämpfen um Lohnerhöhungen, Wohnraum und Land erlebt, die auch durch die Repression unter der zweiten Militärdiktatur jener Dekade nur zeitweise unterbrochen werden konnte und ihren wichtigsten Ausdruck in der Gründung des Gewerkschaftsbundes FUT im Jahre 1976 fand. Zunächst schlossen sich die kommunistisch orientierte CTE (Arbeiterkonföderation von Ecuador) und der linke Flügel der CEDOC (Ecuadorianische Zentrale klassistischer Organisationen) zusammen, während die von der Regierung anerkannte und von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Geld und ideologischer Orientierung ausgestattete, aber ohne nennenswerte Basis bleibende christdemokratische Abspaltung der CEDOC sich abseits hielt. Bald darauf schloß auch die ursprünglich unter dem Einfluß der US-amerikanischen Gewerkschaften stehende CEOSL (Ecuadorianische Zentrale freier Gewerkschaftsorganisationen) sich dem FUT an.

Der Wahlprozeß 1978/79 brachte eine Zersplitterung vieler Organisationen und die Hinwendung aller Erwartungen auf die neue, fortschrittliche Regierung mit sich. Es dauerte fast zwei Jahre, bis die Volksbewegung ihre Widerstandskraft wiederfand, die sie im dritten Generalstreik in der Geschichte des Landes am 13. Mai 1981 zum Ausdruck brachte. Dieser Streik hatte nicht mehr nur begrenzte gewerkschaftliche und bäuerliche Forderungen nach Lohnerhöhungen oder Landenteignungen auf seine Fahnen geschrieben, sondern richtete sich direkt gegen die sich abzeichnende Wirtschaftspolitik der Regierung Roldós / Hurtado im Dienste des Kapitals

Der Versuch eines vierten Generalstreiks im Dezember 1981 scheiterte weitgehend an der organisatorischen Schwäche der FUT, was eine politische Stärkung der Unternehmerschaft zur Folge hatte. Die Jahre 1982 und 1983 waren gekennzeichnet von einer zunehmenden, wenn auch nach wie vor isolierten, Kampfaktivität der verschiedenen Teile der arbeitenden Bevölkerung. Gleichzeitig fand eine gewisse Demokratisierung innerhalb des FUT statt, die den Basiswillen stärker als vorher in den Entscheidungen zum Ausdruck kommen ließ; so wurde der Vorwarnstreik im September 1982 gegen die geplanten Benzinpreiserhöhungen zu einem wichtigen Schritt vor allem auf dem Weg zu einer Einheit der städtischen Arbeiterschaft.

Mehr eine Volkserhebung als ein kontrollierter Generalstreik war dagegen die spontane Reaktion auf die tatsächlich stattfindende Erhöhung der Benzinpreise und die Streichung der Subventionen für Weizenmehl im Oktober 1982. Studenten und Arbeiter gingen auf die Straßen, die Campesinos blockierten fast im ganzen Land mit Baumstämmen, Felsbrocken und brennenden Reifen die Landstraßen und gingen in einigen Gegenden zum direkten Angriff auf die Busunternehmer über. Letzteres zeigt, daß der FUT - wenngleich er sich in das einzige politische Sprachrohr dieser Volkserhebung verwandelte - doch nicht wirklich dessen Führung innehatte noch alle tatsächlichen Interessen des arbeitenden Volkes artikuliert. Während die indianischen Bauern die Busunternehmer in akute Lebensangst versetzten, weil diese in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hatten, daß ihre Interessen gegen die der Armen gerichtet sind und wiederholte Fahrpreiserhöhungen durchgesetzt hatten, proklamierte die FUT die "taktische Allianz" mit Busfahrern und -unternehmern gegen die Regierungspolitik. Die undifferenziert vorgetragene Forderung des FUT nach Einfrieren der Nahrungsmittelpreise konnte von vielen Bauern unter den gegebenen Bedingungen, wo die Kosten der Krise allenfalls vom Rücken eines Sektors der Armen auf den eines anderen umgewälzt werden, nur als gegen sie gerichtet verstanden werden.

Der Vorschlag der CEDOC, den für den 21. Oktober deklarierten Generalstreik zu einem unbegrenzten auszudehnen, ein Vorschlag, der der Kampfbereitschaft des Volkes entsprach und zumindest die geforderte außerordentliche Parlamentssitzung hätte erzwingen können, fand nicht die Unterstützung der beiden anderen Zentren.

Als beim siebten Nationalstreik im März '83 - Reaktion auf die Sucre-Abwertung - dann wirklich der Entschluß zum unbegrenzten Streik gefaßt wurde, waren die Bedingungen dafür nicht mehr gegeben - der Streik löste sich innerhalb von zwei Tagen in nichts auf, und der FUT verlor wieder ein Stück Vertrauen an der Basis.

Die letzten Monate des Jahres 1983 und die erste Hälfte des Jahres 1984 sind durch eine Konzentration der linken Kräfte auf die Wahlen und ein Abflauen der Protestaktivitäten auf nationaler Ebene gekennzeichnet. Trotzdem drückt sich die Unzufriedenheit in einer Reihe von lokalen und regionalen Aktionen aus, wie z.B. die Streiks auf Provinzebene in Esmeraldas und der Oriente-Provinz Napo, wo die Leute eine Ölbohrstelle besetzten und nach mehreren Wochen Streikaktivitäten, in denen sie noch immer nicht die in diesen Provinzen notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zugesagt bekommen hatten, den Präsidenten Hurtado zum Ausrufen des Ausnahmezustandes in den beiden Provinzen veranlaßten.



## ZUNAHME DER REPRESSION

Wenn in Lateinamerika der Organisationsprozeß des Volkes fortschreitet, dann nimmt auch die Repression zu. Der Volksaufstand im Oktober 1982, während dessen im ganzen Land der Ausnahmezustand verhängt wurde, kostete mindestens fünf Menschenleben. Im Laufe des Jahres 1983 wurden ständig "Guerillagruppen" in den Urwaldregionen ausgemacht. Grund genug, um einen im Land weilenden kubanischen Sportfunktionär zu foltern und auszuweisen, um siebzehn Jugendliche, die in der Provinz Esmeraldas von den Militärs bei "Guerillaübungen" aufgestöbert wurden, bestialischen Quälereien auszusetzen, um Indianergemeinden im Amazonasgebiet und eine Pfarrgemeinde der Provinz Azuay Militärrazzien zu unterziehen, um einen Apotheker in Quevedo wegen "unerlaubten Waffenbesitzes" zu verhaften usw. usf. Bei all dem ist deutlich eine "kolumbianische Note" erkennbar. Und tatsächlich wurde ein Vertrag zwischen den ecuadorianischen und kolumbianischen Streitkräften zur Bekämpfung der Guerilla abgeschlossen. Während diese Variante des "Gesetzes der nationalen Sicherheit" in Ecuador relativ neu ist, verfügen die Ko-

Lumbianer über jahrelange Erfahrungen. Die ausländischen Militärberater in Quito sollen sich von 1981 bis 1983 mehr als verdoppelt haben. Wobei neben den Kolumbianern vor allem die Israelis stark vertreten sein sollen.

In keinem der Fälle konnte bisher die Existenz von Guerillagruppen nachgewiesen werden. Die bei Esmeraldas verhafteten und gefolterten Jugendlichen stellten sich als Jugendgruppe aus Quito heraus, die dort zum Urlaub waren, der Apotheker erwies sich als Wochenendjäger, der eine Schrotflinte im Haus aufbewahrte ...

Nicht immer braucht es den Vorwand der Guerillainfiltrierung: bei dem Streik der Arbeiter der Textilfabrik "Vicuña" in Quito wurden zwei indianische Arbeiter von der Polizei ermordet, die Bauernkooperative "Pancho Jácome" in der Provinz Guayas wurde brutal von den Militärs im Auftrag einiger an dem Land interessierter Oligarchiefamilien von Guayaquil geräumt, mit dem Saldo von zwei toten Kindern, fünfhundert zerstörten Wohnhütten und mehreren schwer Verletzten. Wenn's nicht die Staatsorgane sind, dann die Großgrundbesitzer selbst oder paramilitärische Banden in deren Auftrag: in der Hochlandprovinz Chimborazo wurden im Lauf des Jahres 1983 fünf in Landkonflikte verstrickte Campesinoführer ermordet - drei davon erwiesenermaßen direkt durch die Hand der Großgrundbesitzer, zwei von Unbekannten.

## DAS WAHLVERHALTEN

Das Wahlergebnis der ersten Runde vom 29. Januar ist mindestens in einem Punkt eindeutig: die 3,7% und der drittletzte Platz unter den neun Präsidentschaftskandidaten für den Kandidaten der regierenden christdemokratischen Partei, Julio Cesar Trujillo, sind eine nicht mißzuverstehende Abfuhr für die Wirtschafts- und Repressionspolitik der gegenwärtigen Regierung. Was 1979 als Befreiung von Militär- und Oligarchenherrschaft umjubelt worden war, hatte sich im Lauf von fünf Jahren immer mehr den Interessen eben dieser Kreise angenähert.

Der erste Platz für den sozialdemokratischen Kandidaten Borja in der ersten Runde sowie der überwältigende Vorsprung seiner Partei bei den gleichzeitig stattfindenden Kongreß-, Lokal- und Regionalwahlen schienen darauf hinzuweisen, daß die Ecuatorianer ihre Entscheidung von 1979 gegen die Oligarchie bestätigen wollten und deshalb innerhalb des Zentrumspektrums für den einzigen aussichtsreichen Kandidaten gestimmt haben. Borja werden zwar sehr gute Beziehungen zur Finanzwelt nachgesagt, aber es trennt ihn eine einigermaßen klare Linie von den Oligarchie-Familien.

Daß León Febres Cordero trotz des beeindruckenden publizistischen Aufwands seiner Wahlkampagne und trotz der Unterstützung durch sieben Rechtsparteien nur auf dem zweiten Platz gelandet war, hing sicher zu einem guten Teil mit dem enorm gewalttätigen Charakter eben dieser Wahlkampagne zusammen, der sich nicht nur in der Rhetorik des Kandidaten ausdrückte, sondern auch in Schlägertrupps, die den Wahlkampfkonvoi überallhin begleiteten und eine unbekannte Zahl von Verletzten und Toten unter Gegendemonstranten und Zuschauern in verschiedenen Städten hinterließen. Zudem waren seine Parolen in der ersten Runde so absolut inhaltslos ("Mit León ist's möglich!", "Meine Partei heißt Ecuador!"...), daß auch die dazugelieferten Fotos (León auf weißem Rassepferd, León bei Pistolenschießübungen im heimischen Garten ...) die Leute nicht überzeugen konnten.

Weiterhin bemerkenswert an den Ergebnissen der ersten Runde war der vierte Platz des Kandidaten Jaime Hurtado des Movimiento Popular Democrático (MPD), einer Partei, die mit einer verschwommenen maoistischen Ideologie auftritt und deren aus Esmeraldas stammender schwarzer Kandidat mit einiger Glaubwürdigkeit versichern konnte, daß er als Sohn einer armen Familie auch was für die Armen tun würde.

Dagegen blieben die Kandidaten der beiden halbwegs ernstzunehmenden linken Wahlbündnisse Frente Amplio de Izquierda (FADI - breite Linksfront) und Frente Socialista mit 3,7 bzw. 0,7 % auf den beiden letzten Plätzen abgeschlagen.

Was hat sich nun in der zweiten Runde geändert gegenüber dieser Situation? Nun - zum einen beschränkte sich die erhoffte Unterstützung der übrigen Zentrums-

und auch der Linksparteien für Borja im wesentlichen auf lasche Aufforderungen an die Wählerschaft, nun eben für dieses kleinere Übel zu stimmen. Es ist aber ganz offensichtlich, daß ein großer Teil der Zentrumswähler vor allem in den großen Städten in der zweiten Runde nach rechts umgeschwenkt ist. Hier drückt sich auch die organische Schwäche dieser Parteien aus, die zum größten Teil nicht einmal den Versuch unternommen haben, zu Massenparteien zu werden, sondern als reine Wahl- und Pöstchenverteilerorganismen funktionieren.

Die beiden populistischen Parteien CFP und FRA (Frente Radical Alfarista - eine der vielen Abspaltungen von der liberalen Partei) ließen ihren Wählern nach außen hin die Wahl zwischen Febres Cordero und Borja offen. Tatsächlich aber beteiligten ihre Parteimitglieder sich vielerorts am Wahlkampf Leóns und bestätigten damit einmal mehr, daß der Populismus in Ecuador seit den Tagen Velasco Ibarra im Dienste der politischen Reaktion steht und deshalb nicht einmal seinen Namen verdient. Dies hatte vor allem in Guayaquil enorme Auswirkungen, und mit dieser Stadt gewann León auch seinen Wahlkampf: insgesamt gewann Borja in 15 von 20 Provinzen einen Vorsprung, aber der überwältigende Sieg Leóns in Guayaquil mit über 500.000 gegenüber ca 235.000 Stimmen für Borja konnte diese Ergebnisse mehr als ausgleichen. Genau dort aber, in den riesigen Armenvierteln der Mündungssümpfe des Guayas-Flusses, ist das traditionelle populistische Wählerpotential angesiedelt, das auch Velasco Ibarra fünf Mal zur Macht verhalf.

Fatal wirkte sich auch die Forderung des MPD aus, "Null" zu stimmen, d.h. den Wahlzettel ungültig zu machen. Damit blieb die Partei ihrem Ursprung treu: laut Veröffentlichung des früher als CIA-Agenten in Ecuador tätigen Philipp Agee waren 1962 zwei der fünf Gründungsmitglieder des Partido Comunista Marxista Leninista del Ecuador (PCMLE) von der CIA eingeschleuste Leute. Sie sollten (nicht zufällig gerade drei Jahre nach dem Schock der cubanischen Revolution) die ecuatorianische Linke und die Volksorganisationen mit Hilfe des sowjetisch-chinesischen Ideologiekonflikts (der mit der ecuatorianischen Realität wahrhaftig wenig zu tun hat) spalten, und haben dies mit beachtlichem Erfolg auf fast allen Ebenen zustande gebracht. Als später der PCMLE nicht zu den Wahlen zugelassen wurde, gründete man als Strohpartei den MPD. Mit ihren Wahlempfehlungen hat die Partei auch diesmal wieder der Reaktion in die Hände gearbeitet.

Ganz zweifellos spielte aber auch die Veränderung der Wahltaktik von Seiten Leóns eine entscheidende Rolle. Er hat entdeckt, daß man dem Wahlvolk neben der Präsentation eines attraktiven Macho-Kandidaten zumindest ein paar Versprechungen machen muß. Und so ließ er sich den Slogan "Brot, Dach und Arbeit" einfallen, und begann, dieses "Programm" noch während des Wahlkampfes in die Praxis umzusetzen: er ließ in den Armenvierteln von Quito und Guayaquil Zucker und Mehl unter die Leute verteilen (da die mit dem Febres-Cordero-Clan verbundenen Familien nicht nur den Handel mit Weizenmehl landesweit weitgehend kontrollieren, sondern auch 34% der nationalen Zuckerproduktion, wird es ihnen ein leichtes sein, durch entsprechende Preiserhöhungen die entstandenen Verluste nicht nur zu kompensieren ...), ließ sich die Anwärter auf Eigenheimwohnungen "in Ratenzahlungen ohne Anfangszahlung" bereits in öffentlich ausliegende Listen eintragen und gab nicht nur einer beachtlichen Anzahl von Plakatklebern und Flugblattverteilern, sondern auch vielen Hurra-Brüllern und Klatschern bei ansonsten recht kläglich besuchten Wahlveranstaltungen bezahlte Arbeit. Schlußfolgerung des politisch ungeschulten Wahlbürgers: "Wenn er uns schon während des Wahlkampfes so großzügig hilft, dann als Präsident doch erst recht!" - "Da er einen Haufen Geld hat, kann er uns allen helfen - was kann denn einer wie Borja ausrichten, der kein Geld hat?" war ein anderer, häufig zu hörender Kommentar.

Geschickt spielte er die religiösen Gefühle und den Antikommunismus der Ecuatorianer aus. Er ließ keine Gelegenheit aus, sich als gutgläubigen Katholiken zu präsentieren und Kirchen zu besuchen. Auf dem Höhepunkt dieser Kampagne ließ er aus dem Ausland eine vom guayaquilischen Volk umjubelte Marienfigur auf Parteikosten anschleppen. Gleichzeitig beschimpfte er den biederen Sozialdemokraten Borja, der als unkirchlich gilt und aus wahltaktischen Gründen sogar gute Beziehungen zu den evangelikalischen Sekten aufgebaut hatte, unaufhörlich als Kommunisten, Marxisten und gottesfernen Materialisten, was seine Wirkung keineswegs verfehlte.

## WAS WIRD KOMMEN?

Man kann nur spekulieren über die Entwicklungen, die nach dem Regierungswechsel am 10. August eintreten werden, denn alle programmatischen Aussagen der siegreichen Kandidaten sind reichlich verschwommen, und zum Teil einfach dumm. Völlig klar scheint nur, daß die unter Hurtado bereits begonnene Entwicklung in Richtung Neoliberalismus eine scharfe Radikalisierung erfahren wird: Öffnung des Landes für ausländische Investitionen, völlige Liberalisierung des Handels, beinahe ausschließliche Unterstützung der produktiv- (=kapitalstarken) Sektoren und radikale Reduzierung der Ausgaben für soziale Aufgaben und ländliche Entwicklungsprojekte, Reprivatisierung verschiedener staatlicher Unternehmen, Überschwemmung der ländlichen Regionen mit den ideologischen Vorreitern des Imperialismus (Linguistisches Sommerinstitut, World Vision, Peace Corps ...), Tendenz zum Lohnstopp und massive Repression gegenüber jedem Volksprotest.

Wenn man auch noch keine Kabinettslisten kennt, so scheint doch abzusehen, daß mit León eine ganze Reihe abgewirtschafteter Politiker der 60er Jahre wieder an die Macht kommen werden, deren einziges Interesse es sein kann, die Geschichte zurückzudrehen. Leute, die mit ihm im Wahlkampf in erster Front standen wie Blasco Peñaherrera, Fausto Córdovez, Sixto Durán, Carlos Julio Arosemena ... lassen nichts gutes ahnen.

Aber es wird für León nicht leicht sein, sein Programm in die Praxis umzusetzen. Er hat die Wählermehrheit von fünfzehn Provinzen gegen sich, die ganz überwältigende Mehrzahl der lokalen und regionalen Amtsträger (hier hat die Izquierda Democratica die größten Erfolge einheimen können), und von 71 Parlamentariern sind 42 der Opposition zuzurechnen, wenn außer CFP und FRA nicht noch andere Parteien opportunistische Bündnisse mit der Rechten eingehen. Wird der neue Präsident nach einiger Zeit wegen Regierungsunfähigkeit einfach den Kongress auflösen und sich zum Diktator erklären, wie Velasco Ibarra das 1971 getan hat?

## WAS BLEIBT ZU TUN?

Bisher ist von der Linken wenig zu hören zum Wahlergebnis. Allgemeine Ratlosigkeit scheint vorzuherrschen. Es kann durchaus sein, daß das Wirtschaftsprogramm des Frente de Reconstrucción Nacional mit Hilfe ausländischer Investitionen in Industrie und Agroindustrie zumindest während einer begrenzten Zeit ein fiktives Wachstum und damit Arbeitsplätze schaffen und somit gewisse städtische Schichten eine Zeit lang zum Schweigen bringen kann. Die zu erwartende weitere Verarmung grosser Teile der Kleinbauern wird zu einer wachsenden Landflucht führen, die die politische Organisation der Bauernschaft erschwert. Daneben scheint ziemlich klar, daß die Landreform völlig zum Stillstand gebracht und auf Forderungen nach Landenteignung, dem traditionellen Kristallisationspunkt der Campesino-Kämpfe und -Organisationen, mit massiver Repression reagiert werden wird.

Die Organisationsstrukturen der Campesinos, Arbeiter, Elendsviertelbewohner, Studenten etc. sind im Augenblick wohl nicht tragfähig genug, um aus einer Verschärfung der Widersprüche evtl. sogar Gewinn schlagen zu können. Daß die Zersplitterungen innerhalb der Linken kurzfristig überwindbar wären, scheint mehr als fragwürdig. Es mag eine lange Zeit der Besinnung, der Selbstkritik und Strategiediskussion, der kreativen Entwicklung von an die neuen Bedingungen angepassten Auseinandersetzungsformen nötig werden - eine Zeit, die unter Umständen auch sehr schmerzhaft werden kann. "Wir müssen abwarten ...", hört man überall.

Quellen: Tageszeitungen "Hoy" und "El Comercio"  
Monatszeitschriften "Siempre" und "Nueva"  
Studien von "CEDIS" (Centro de Investigación Social)

## BRD

## Spiegel-Arroganz

## WAS WICHTIG IST BESTIMMT CHEFREPORTER WIEDEMANN

Wir hätten den Fall vielleicht gar nicht aufgegriffen, wenn uns nicht die ungeheure Arroganz von SPIEGEL-Chefreporter Ernst Wiedemann schon bei früheren Gelegenheiten unangenehm aufgefallen wäre. Augenzeugenberichte und Hintergrundinformationen behandelt er, wenn sie nicht nach seinem Gusto sind oder ihm zur Unzeit auf den Schreibtisch kommen, mit einer hart an der Grenze der Beleidigung liegenden Herablassung, so daß dem Absender Hören und Sehen, auf jeden Fall aber ein für allemal das Schreiben vergeht. Nicht immer nämlich greift Wiedemann zum Mittel der feinsinnigen Ironie, wenn er etwa - so geschehen vor einigen Monaten - dem in Kiel erscheinenden MITTELAMERIKA-MAGAZIN großzügig die Zahlung einer Gebühr für ein aus dem SPIEGEL verwendetes Foto erläßt unter der Bedingung, daß das MM eine entsprechende Spende auf das Konto einer anti-sandinistischen Organisation einzahle. In der Regel schlägt er Töne an wie im folgenden Brief an die Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Uschi Eid, die dem SPIEGEL einen Augenzeugenbericht über ihren Besuch in den befreiten Gebieten Eritreas zugeschickt hatte.

Wir drucken den Brief Wiedemanns und auch das Antwortschreiben von Uschi Eid in vollem Wortlaut ab, weil wir der Meinung sind, daß dieses Lehrstück dokumentiert werden muß. Besonders empört sind wir übrigens deshalb, weil etliche gute SPIEGEL-Artikel über die Dritte Welt auf Informationen basieren, die das deutsche Nachrichtenmagazin den guten Kontakten einiger Redakteure in Wiedemanns Abteilung zur Solidaritätsbewegung verdankt und nicht den Agenturmeldungen oder den Recherchen der eigenen Korrespondenten. Die beklagenswerte Tatsache, daß bestimmte Informationen erst zur Meldung werden, wenn sie in der BILD-Zeitung oder im SPIEGEL gestanden haben, scheint Herrn Wiedemann ein wenig zu Kopf gestiegen zu sein. Er scheint darüber völlig zu vergessen - oder vielleicht weiß er es am Ende gar nicht? -, wo sich seine Reporter viele ihrer Nachrichten beschaffen.

## DER BRIEF WIEDEMANN'S

Hamburg, 2. Mai 1984

Sehr geehrte Frau Eid,

wenn Sie regelmäßig SPIEGEL und andere Blätter von Rnag lösen, wüßten Sie, daß der Krieg in Eritrea keineswegs von der westlichen Presse totgeschwiegen wird, wie Sie meinen. Wir haben mehrfach Hintergrundgeschichten und ausführlich Augenzeugenberichte mit Fotos im Blatt gehabt. Und die waren - gelinde gesagt - auch nicht schlechter als Ihr Front-Bericht.

Trotzdem würden wir unseren Lesern Ihre Eindrücke gern weitergeben, wenn sie tatsächlich eine neue Qualität hätten. Nur, das haben sie nicht. Aber nach zwanzig Jahren läßt sich über diesen Krieg wohl kaum noch was qualitativ Neues berichten.

Wenn Sie uns nochmal was anbieten, denken Sie bitte daran, daß der SPIEGEL seine Leserschaft gern mit Exklusivgeschichten bedient. Für Presseerklärungen und fotokopierte Serienware gibt's andere Fachorgane.

Ihre Zustimmung voraussetzend, habe ich Herrn Vollmers Fotos an unsere Bildredaktion weitergereicht, die sich zwecks eventuellen Ankaufs dann mit Ihnen in Verbindung setzen wird.

Mit freundlichem Gruß, gez.: Wiedemann

## DIE ANTWORT VON USCHI EID

Stuttgart, den 21.5.84

Sehr geehrter Herr Wiedemann,

es wird Sie sicher nicht wundern, daß Ihr Brief mich zu einer Antwort reizt!

Aus Ihrer Reaktion muß ich schließen, daß der Spiegel mit anderen wichtigen Ereignissen genauso umspringt, wie mit dem, über welches ich zu berichten hatte. Wenn Sie in diesem Fall nicht Ihrer Informationspflicht nachgekommen sind, welche anderen Themen werden den Spiegellesern dann noch vorenthalten, nur weil ein Redakteur gerade nicht "drauf steht"? bzw. die Tragweite eines Themas nicht zu erkennen vermag. Der Spiegel - ein solides Nachrichtenmagazin???

Wer sonst außer der internationalen Presse kann der Lügenpropaganda der äthiopischen Regierung widersprechen, die über die von mir beschriebene Befreiung der Nord-Ost-Sahel durch die EPLF, im Radio verbreiten ließ, die Sudanesen seien in Äthiopien eingefallen, weshalb sich das äthiopische Militär aus der Nord-Ost-Sahel habe zurückziehen müssen. Kein Wort darüber, daß 4.500 äthiopische Soldaten gestorben sind und über 3.000 (!) von der EPLF gefangen genommen wurden. Ich hätte angenommen, Spiegelredakteure hätten mehr Gespür für die politische Relevanz, die gewisse Ereignisse für die Betroffenen haben.

Mein Anspruch war nicht, einen für den Spiegel "stilgerechten" Bericht zu schreiben. Schreiben ist nicht meine Profession, jedoch Ihre! Wenn Ihnen Eritrea einen Artikel wert gewesen wäre, hätten Sie sich - wie dies auch andere Journalisten als Reaktion auf meinen Bericht taten - mit mir in Verbindung setzen können, um eine andere Form oder andere aktuelle Inhalte zu finden bzw. zu beschreiben. Immerhin war ich bis zum Datum Ihres Briefes als letzte Europäerin in diesem Gebiet und hatte einiges an Informationen mitgebracht, die Sie selbst hätten "spiegelgerecht" aufarbeiten können - vermutlich sind Sie dazu in der Lage, sonst wären Sie ja wohl nicht bei diesem "Blatt". Merkwürdigerweise hat z.B. BBC London meinen Informationen am Donnerstag, 5.4.84, in der Nachrichtensendung "Focus on Africa" ca. 5 Minuten gewidmet - also liegt es doch an Ihrem ganz persönlichen Geschmack, ob ein politisches Ereignis aktuell im Spiegel thematisiert wird oder nicht.

Die Meinung, über einen Krieg, der 20 Jahre dauert, ließe sich nichts mehr neues berichten, ist wohl mehr als zynisch. Das können Sie nur sagen, weil Sie meinen Bericht vermutlich gar nicht gelesen haben! Mit der Sensationsgeilheit, die sich in Ihrer Aussage widerspiegelt, findet sich der Spiegel in guter Gesellschaft mit all den anderen Blättern, von denen er sich doch so gerne abheben würde.

Ihr Brief selbst ist - "gelinde gesagt" - eine Frechheit! Welches Menschenbild müssen Sie haben, wenn Sie einen solchen rotzfrenchen Umgangston pflegen! Oder ist dies etwa auch "Spiegel-Stil"?

Mit überhaupt keinen freundlichen Grüßen

gez.: Ursula Eid

P.S.:

Sollten Sie Interesse haben, einen Spiegel-Journalisten für einen Exklusivbericht nach Eritrea zu schicken, bin ich gerne bereit, Ihnen meine Kontakte zugänglich zu machen.

Ich selbst möchte Sie darum bitten, mir die entsprechenden Heft-Nummern und Jahrgänge zu benennen, in denen, wie Sie schreiben, "mehrfach Hintergrundgeschichten und ausführliche Augenzeugenberichte mit Fotos" sind.

Es interessiert mich, anhand der Spiegel-Berichte die Entwicklung in Eritrea seit 1952, dem Jahr in dem gemäß der UN-Resolution Nr. 390A/V Eritrea und Äthiopien föderiert wurden, nachzuvollziehen.

## STOPPT DIE WENDE IM BMZ - Öffentlicher Aufruf -

Die von der Bundesregierung angekündigte Wende setzt sich unter Minister Warnke (CSU) auch im Bereich der Entwicklungspolitik durch. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) übernimmt in Abstimmung mit den machtpolitischen Interessen der USA wieder zunehmend das traditionelle Freund-Feind-Schema des Ost-West-Konfliktes. Politische Unruhen in Entwicklungsländern werden nicht mehr als Folgen sozialer Ungleichheit angesehen, sondern als Konsequenz "sowjetischer Hegemonialstrategien".

Insbesondere die Länder Zentralamerikas sind von der neuen politischen Ausrichtung des BMZ betroffen. Auf der einen Seite wird Nicaragua zum entscheidenden destabilisierenden und revolutionsexportierenden Faktor der Region gestempelt, Amnestie und Wahlen werden als bloße taktische Schritte interpretiert. Auf der anderen Seite werden der Regierung von El Salvador beachtliche Fortschritte in der Menschenrechtsfrage und glaubhafte Demokratisierungstendenzen bescheinigt. Diese politische Entwicklung im BMZ schlägt sich in Kürzung der Gelder für Nicaragua und einer Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für El Salvador nieder.

Das BMZ versucht zunehmend, sämtliche entwicklungspolitische Organisationen auf die aktuelle Regierungspolitik zu verpflichten. Um diese neue politische Linie gerade im Hinblick auf Nicaragua abzusichern, wird über sämtliche Vorhaben, die dieses Land betreffen, auf höchster Ebene von Minister Warnke selbst entschieden:

- der überwiegende Teil bereits verbindlich zugesagter Geldmittel werden nicht ausgezahlt;
- der DED darf ab 1985 keine neuen Projekte in Nicaragua durchführen;
- die Zahl der noch in Nicaragua tätigen Entwicklungshelfer soll ab 1985 drastisch gekürzt werden;
- es ist dem DED untersagt, die Arbeit in Nicaragua in seiner Werbung zu erwähnen;
- dem entwicklungspolitischen Studienprogramm ASA (Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Lateinamerika und Asien) der Carl Duisberg Gesellschaft e.V. wurden für 1984 die ursprünglich zugesagten Nicaragua-Mittel gestrichen;
- dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) wurden ebenfalls, trotz mündlicher Zusage vom Bundesfamilienministerium, die finanziellen Mittel für die Mittelamerikafahrt einer Delegation verweigert, da Gespräche mit der Sandinistischen Jugend Nicaraguas vorgesehen waren;
- demgegenüber sollen Experten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) nach El Salvador entsandt werden. Im Haushalt 1984 stehen 20 Mio DM Neuzusagen sowie 24 Mio DM Altzusagen für die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Außerdem gibt es im Haushalt 1984 einen Reservetitel von 20 Mio DM, der unter anderem für den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur vorgesehen ist (was u.E. auf eine direkte Unterstützung der Regierungstruppen hinausläuft);

Wir wenden uns entschieden gegen die neue Ausrichtung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik und verurteilen den massiven Versuch der Festlegung, auch nicht-staatlicher Träger, auf den Kurs des BMZ.

Wir fordern:

- Distanzierung von der Interventions- und Gewaltpolitik der USA in Zentralamerika;
- die sofortige Rücknahme der restriktiven Beschlüsse gegenüber Nicaragua;
- keine Unterstützung der Militärdiktatur in El Salvador durch die Entsendung eines Botschafters und die Vergabe von Entwicklungshilfe.

Erstunterzeichner dieses Aufrufs:

Prof. Dr. Bodo Zeuner, FU Berlin; Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Volmar Deile, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Berlin; Lutz van Dick, Initiative Pädagogen gegen Rüstungswahn, Hamburg  
Prof. Dr. Klaus Holzkamp, FU Berlin; Prof. Dr. Dr. H.E. Richter, Gießen; Klaus Staack, Aktion für mehr Demokratie, Heidelberg; Johann Strasser, Berlin; Petra K. Kelly, MdP; Prof. Dr. E. Iugenhat,

Berlin; Prof. Dr. I. Drewitz, Berlin; Prof. D. H. Gollwitzer, Berlin; BAP, Köln; Hans Christoph Buch, Berlin; Sahine Rodenstadt, Konkret-Redaktion, Hamburg; Prof. Dr. Hoimar v. Ditfurth, Staufen; Dietrich Kittner, Kabarettist, Hannover; Bernhard Lassahn, Tübingen; Gisela Mary, Film- und Fernsehredaktion, Köln; Gabi Gottwald, MdB, Bonn; RA Manfred Coppik, Offenbach; Prof. Dr. H.-W. Frech, Berlin; Prof. K.H. Schäfer, Berlin; Peter Lilienthal, Regisseur, z.Zt. München; Anneli Grothe, Berlin; Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen; Janine Berg-Peer, Berlin; Prof. Dr. Ieigeler, Berlin; Sybille Volkholz, 2. Vors. GEW-Berlin; Prof. Dr. W.F. Haug, Berlin; **Günter Grass**, Berlin; Dr. Urs Müller-Plantenberg, Priv.-Doz. Berlin; Mirian Schneider; Renate Zeumer, Hamburg; Prof. Dr. Hedwig Rudolph, Berlin; Ingrid Iietz, Berlin; Hermann Schulz, Peter Hammer Verlag, Wuppertal; Prof. Dr. H. Greinacher, Tübingen; Jürgen Roth, Frankfurt; P. Kenpin, Berlin; Prof. Dr. O. Albrecht, Berlin; Prof. Dr. G. Mertens, Marburg; Michael Biekhahn, Marburg; Prof. Dr. D. Boris, Marburg; Uwe Peter, Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal; Jürgen Wachsmuth, Vors. AL-Fraktion, Berlin; Prof. Dr. J.W. Gerlach, Berlin; U. Nix, U. Rösener, H. Lossack, D. Gasiorowski, stud. Vertreter der ASA-Programms 1984 der Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Udo Lindenberg.

Um den Aufruf als Anzeige in einer überregionalen Tageszeitung veröffentlichen zu können werden Spenden erbeten.

Bankverbindung: Sonderkonto Ursula Nix, 1000 Berlin 30  
Kennwort: Wende im BMZ  
Postscheckkonto Berlin/West 713 92 - 106

Wer sich dem Aufruf anschließen will möge bitte den anhängenden Abschnitt unterschrieben einsenden an:

Dorit Gasiorowski  
c/o ASA-Arbeits- u. Studienaufenthalte  
in Entwicklungsländern  
Freundes- und Förderkreis e.V.  
Postfach 31 05 27  
1000 Berlin 31

HIERMIT ERKLÄRE ICH MEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN AUFRUF:  
"STOPPT DIE WENDE IM BMZ"

-----  
Name

-----  
Straße

-----  
PLZ Ort

-----  
Datum

-----  
Unterschrift



## Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. ASW

Action for World Solidarity Action Monde en Solidarité Accion Mundo Solidario ASW 1 Berlin 61, Friedrichstr. 236	Telefon: (030) 251 02 65  Germany - Allemagne	Bank für Gemeinwirtschaft-Berlin-Kto. Nr. 1600 2208 00, Blz. 100 101 11	Postscheck-Konto Berlin West 4006-104
---	---	---	---

Herrn  
Bundesminister Warnke  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Karl-Marx-Straße 6

Bezug/  
Ref. No.: LA/mv  
28 Mai 1984

5300 Bonn 1

### Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesminister Warnke,

mit großer Sorge verfolgt die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW), eine der ältesten nicht-staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen in Deutschland, die zunehmende Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe als Mittel der Politik und der Förderung der deutschen Wirtschaft.

Seit mehr als 25 Jahren unterstützt die ASW Projekte in der '3. Welt'. Dabei hat sie sich davon leiten lassen, einen möglichst großen Beitrag zur Überwindung der 'Unterentwicklung' zu leisten, zur Völkerverständigung beizutragen, die Menschen der '3. Welt' zur Selbsthilfe anzuregen und hier bei uns Informationen über die Ursachen von Elend und Überfluß zu verbreiten.

Die ASW finanziert ihre Arbeit fast ausschließlich über Spenden. Dabei schenken ca. 7000 Mitbürger unserer Arbeit ihr Vertrauen.

Unsere Sorge bezüglich der Entwicklungshilfe möchten wir am Beispiel der Mittelamerika-Politik des BMZ verdeutlichen.

Herr Minister, Sie haben während der Bundestagsdebatte am 27. Januar 1984 in Ihrer Rede zur Begründung der Mittelamerika-Politik ausgeführt, daß es für die Bundesregierung keine Zentralamerika-Politik gegen die USA geben könne. In Ihrer Argumentation übernehmen Sie die Begründungen der Regierung der USA, um Entwicklungshilfeszusagen für Nicaragua einzufrieren und gleichzeitig wieder diplomatische Beziehungen zu El Salvador aufzunehmen.

Ihr Hauptvorwurf gegen Nicaragua besteht in der Behauptung, daß Nicaragua der eigentliche Destabilisator Mittelamerikas sei. Sie übernehmen einfach die Behauptungen der Regierung der USA, daß Nicaragua einen Revolutionsexport betreibt und als Lakei der Sowjetregierung in dieser Region fungiere. Dafür hat selbst die Regierung der USA trotz stärkster Anstrengungen keinerlei Beweise vorlegen können.

Dagegen sind die Terrorakte der USA in dieser Region sehr wohl bekannt. Halten Sie es für richtig, ein kleines Land in die Isolation zu treiben, durch Boykott und Terroranschläge die Wirtschaft zu zerstören, die immer noch unter den Schäden leidet, die sie durch den Volksaufstand erlitt, und dazu noch das angegriffene Land als Sündenbock hinzustellen? Ist denn nicht die Regierung der USA der eigentliche Destabilisator der Region?

Wie auch andere NGO's hat die ASW in dieser Frage eine andere Meinung als Ihr Ministerium. Wir halten Nicaragua für ein Land, wo im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Lateinamerikas Entwicklungshilfe etwas

Positives in Gang setzt. Die ASW ist der Meinung, daß die Entwicklung Nicaraguas weitgehend unseren Ansprüchen an Entwicklungsziele nahekommmt. Auch die Spender der ASW sind dieser Meinung, wie das Ergebnis des letzten Aufrufes der ASW zur Unterstützung eines Projekts in Nicaragua zeigt.

Wir bitten Sie, Herr Minister, in Ihren Aussagen auch die vielfältigen Erfahrungen der NGO's zu berücksichtigen und nicht nur Argumente zur Kenntnis zu nehmen, die in Ihr Weltbild passen. Schließlich vertreten Sie als Bundesminister nicht Ihre persönliche Meinung, sondern die Politik der Bundesrepublik. Von Ihnen als Bundesminister verlangen wir daher, daß Sie nicht die Argumentation der Regierung der USA vorbehalt- und kritiklos übernehmen, vor allem, nachdem die Verwicklung der USA und der Anteil der USA am Mittelamerika-Konflikt bekanntgeworden sind und den USA auch durch das Haager Gerichtsurteil eine eindeutige Schuld zugewiesen wurde. Wir finden es verfehlt, aus falsch verstandenem Solidaritätsgefühl Terroranschläge, Hafenerminungen, logistische Unterstützung für die Contras und einen nicht erklärten Krieg der USA gegen ein kleines Land zu decken. Unserer Meinung nach ist die Politik der USA gegen Nicaragua ein klarer Verstoß gegen geltende Völkerrecht.

In der Hoffnung auf eine baldige Änderung Ihrer Mittelamerika-Politik verbleiben wir

Hochachtungsvoll  
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

für den Vorstand:

R. Grömping, 1. Vorsitzender

Dieser Offene Brief wurde auf der Mitgliederversammlung der ASW im Mai einstimmig verabschiedet.

# ila

ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Herrn  
Bundeskanzler  
Helmut Kohl  
Bundeskanzleramt  
5300 B o n n 1

Betr.: Besuch aus Südafrika

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Am Dienstag, 5. Juni, erlebte Bonn ein beeindruckendes Schauspiel: Nordrheinwestfalens Polizei führte unter größten Sicherheitsvorkehrungen und unter schwerster Bewachung zwei weiße Männer aus dem afrikanischen Kontinent durch die Straßen der Bundeshauptstadt. Wo immer die beiden vorbeigeführt wurden, sperrten Hunderte von Polizisten die Straßen und Plätze, wurden Autofahrer angewiesen, rechts ranzufahren und sich vorsichtig zu verhalten.

Für uns Bundesbürger, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die wir gewohnt sind, betulich zuschauend und mit großer Gelassenheit Affären um Spenden oder Verteidigungsminister oder die Auseinandersetzungen um die 35-Stundenwoche an uns vorüberziehen zu lassen, war das Vorbeiziehen der beiden weißen Südafrikaner in Polizeigewahrsam seit langem wieder einmal ein wirklich aufregendes Ereignis.

Nervenkitzelnde Fragen drängten sich auf.

Was würde passieren, wenn es den beiden trotz schwerster Bewachung gelingen würde, sich einen Weg in die Freiheit zu bahnen? Würden sie so vorgehen, wie in Afrika? Und wer in dieser Bundesrepublik würde dann zum Opfer ihrer sakralen Gewalt weißer Wahrheit auserkoren werden? Wären die beiden in der Lage auch hier Auserwählte von nicht Auserwählten richtig unterscheiden zu können? (Unsere türkischen oder arabischen Mitbewohner sind schließlich nicht von schwarzer Hautfarbe, und eigentlich nur wir hier sind wirklich in der Lage, sie richtig erkennen zu können.) Würde es den beiden Männern aus Südafrika gar gelingen, ein heiliges Massaker unter jenen Leuten zu vollziehen, die es gewagt hatten, sie vor dem Hotel zu beschimpfen?

Es war ein spannender Tag. Aufatmend und ein wenig enttäuscht zugleich - weil dann doch nichts wirklich Spektakuläres passierte, das uns im Fernsehen hätte ergötzen können - durften wir am Ende der tadellosen Arbeit unserer Polizei Beifall klatschen. Die beiden gefährlichen Männer hatten unsere Bevölkerung nicht gefährden können und mußten unverrichteter Dinge das Land verlassen.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben dabei ohne Zweifel entscheidend mitgewirkt, in "stiller Diplomatie", um ein geflügeltes Wort Ihres Außenministers zu

benutzen. Der "Bonner Generalanzeiger" hatte verlauten lassen, Sie würden es den beiden sicherlich sagen. Dem erfolgreichen und raschen Abschiebungsverfahren zufolge, müssen Ihre diesbezüglichen Äußerungen sehr hart gewesen sein. Sicherlich haben Sie den zwei Männern knallhart entgegengehalten, daß es keine Geschäfte mehr mit ihnen geben könne, solange sie den Schießbefehl an der Mauer zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung ihres Landes nicht zurückgezogen hätten!? Schließlich beziehen die beiden jährlich Waren im Wert von mehr als 6 Milliarden DM aus der Bundesrepublik. Es müßte doch mit dem Gottseibeius zugehen, wenn man die beiden Typen nicht über den Entzug jener Lieferungen zur Raison bringen könnte! Und wenn alles nichts hilft, da gibt es ja auch noch die Möglichkeit, den Kredithebel anzuwenden! Damit hat doch Ihr Kollege Strauß einige Erfolge erzielen können.

Der vergangene Dienstag war wie gesagt, Herr Bundeskanzler, ein ereignisreicher Tag, den wir Ihnen zu verdanken haben. Besonders dankbar sind wir Ihnen auch dafür, daß Sie die beiden Männer, trotz des enormen Sicherheitsrisikos, das von ihnen ausging, an solchen Örtlichkeiten empfangen haben, deren Lage und Bauweise der bundesdeutschen Bevölkerung das Gefühl vermitteln konnte, ein wenig dabei gewesen zu sein.

Wie schrecklich wäre es gewesen, hätte Ihre Regierung den Mut dazu nicht aufgebracht. Von Sicherheitskriterien aus betrachtet wäre in der Tat ein Ort wie z.B. Stammheim zweifellos der geeignetere Treffpunkt gewesen, zumal dort - wenn man Volkstimme glauben darf - nicht nur sichere, sondern auch luxuriös ausgestattete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen sollen.

Indessen war Ihr Schritt, Herr Bundeskanzler, den beiden das Hotel Bristol in Bonn anzubieten, nicht nur mutig, sondern auch im Sinne einer gelebten Demokratie - die ja stets auch den Mut zum Risiko verlangt - vorbildlich und richtig.

Wir danken Ihnen dafür von ganzem Herzen, wobei wir gleichzeitig hoffen, daß Sie ähnliche Stärke auch dann zeigen werden, wenn sich Ihnen der unerquickliche Besuch z.B. eines jener gefährlichen Männer aus dem lateinamerikanischen Kontinent - zu welchem wir als Informationsstelle arbeiten - aufdrängen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

*f. Wirth*  
(Dr. Gernot Wirth)

PS.: Wie haben die beiden Männer es eigentlich geschafft, überhaupt in die Bundesrepublik hineinzukommen? Etwas über Ostberlin...?!

## REZENSION

### Hoch die (Inter)nationale Solidarität

Leopoldo Mármora  
Nation und Internationalismus  
Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs  
edition con 1983

Es ist eine Binsenweisheit innerhalb unserer Diskussionen geworden, daß die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und somit auch in Lateinamerika mehr oder weniger auf der Vorstellung nationaler Unabhängigkeit basieren. Auch diejenigen, die sich explizit sozialistisch nennen, gehen von dieser Vorstellung aus. Nicaragua sucht seinen sandinistischen, die Nachbarinsel ihren kubanischen Weg.

Wenige Leute betrachten diesen Tatbestand als ein Problem. In der Solidaritätsbewegung erscheinen den meisten Aktivisten Nationalismus und Sozialismus durchaus vereinbare Bestrebungen zu sein. Dabei ist einigen im Hinterkopf klar, daß diese Kombination für die westliche erste Welt problematisch klingt und hier der Nationalismus eigentlich etwas grundsätzlich reaktionäres ist.

Wer in dieser Frage weiterkommen und sie solide, wissenschaftlich und marxistisch studieren will, greife zu einer Doktorarbeit, die unter dem Titel "Nation und Internationalismus" kürzlich bei CON erschienen ist.

Der Verfasser, ein Argentinier, beschreibt ausführlich die Entwicklung des Begriffes Nation bei Marx und einigen seiner Nachfolger. Er stellt dabei fest, daß Marx die Nation zwar richtig als logische Form bürgerlicher Herrschaft definierte, als eine Gestalt, die sich der Kapitalismus notwendig geben muß, es ihm aber an einer Reihe von Erkenntnissen fehlte, um die der Begriff Nation heute notwendig erweitert werden muß. Wenn wir verstehen wollen, weshalb es einen Nationalismus gibt, der zum Ziel hat, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, dann genügt die Lektüre von Marx Schriften nicht, denn diese Möglichkeit war in seinem System nicht vorgehen. Er hat den Nationalismus einzig als Sicherung der bürgerlichen Herrschaft gesehen. Der peruanische Marxist Mariatogui hat, so erfahren wir, einen entscheidenden Schritt in die Richtung getan, Marx um die fehlende Perspektive zu ergänzen und somit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die nach Marx einsetzende nationalistische Entwicklung in der Dritten Welt zu erklären.

Wer hinsichtlich der Dritten Welt einzig mit dem Begriff von Nation operiert, den Marx entwickelt hat, ist - so der Autor - eurozentriert. Für Europa seien die Erkenntnisse des großen Meisters richtig, daß der erste Schritt zum Sozialismus die Überwindung nationaler Grenzen bedeute, für Lateinamerika aus den genannten Gründen nicht.

Dieser durchaus interessante Fragenkomplex wird uns leider in einer Sprache referiert, die das Lesen des Buches zu einer harten Geduldsprobe werden läßt. Wir müssen uns durch eine Menge langatmiger Zitate und Details durchquälen, die zwar die Gründlichkeit des wissenschaftlichen Strebens beweisen, die Lesbarkeit jedoch enorm erschweren.

Peter Brandt und Fernando Mires haben ein aktualisierendes Vorwort als Einleitung zur vorliegenden Studie verfaßt. Sie weisen auf die Schwierigkeiten hin, die die europäische Linke mit den nationalistischen Bewegungen in der Dritten Welt gehabt hat, wie nötig es deshalb ist, sich über ihren Charakter Klarheit zu verschaffen. Leider bleiben auch diese beiden Autoren sehr im Allgemeinen und in der wissenschaftlichen Abgehobenheit stecken.

# ZEITSCHRIFTENSCHAU

Zum Redaktionsschluß haben uns nur die Inhaltsangaben der beiden folgenden Zeitschriften vorgelegen:

**Informationsdienst Südliches Afrika** Nr. 3 April/Mai 1984  
Blücherstr. 14  
5300 Bonn 1

**Schwerpunkt: Vertragspolitik und Sanktionsforderung**  
Krieg ausgesetzt, Konflikt bleibt \* Dokumentation und Stellungnahmen zu Südafrikas Verträgen mit Mosambik und Angola \* Sanktionen passé? \* UN-Sanktionen und Hoffnung auf 'friedlichen Wandel' \* Interview mit G. Verheugen (SPD) zu Verträgen und Sanktionen \* Südafrika-Konferenz des IBFG \* VW-Betriebsrat arbeitet zu Südafrika \* Zimbabwe: Interview mit Minister Makoni über eigenständige Entwicklung und Kapitalinteressen \* Mosambik: Maputo hilft Opfern der Flutkatastrophe \* Hearing 'Entwicklung und Rüstung' \* Fotoausstellung zu Südafrika \*

**Antiimperialistisches Informationsbulletin** Nr. 6/1984  
Liebigstr. 46  
3550 Marburg

**Kommentar: Abgesang der Friedensbewegung? / Pazifik: Kriegsvorbereitungen in Pazifik / Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie / Chinas Standort nach der Reagan-Visite / Türkei: "Demokratisierung" zweiter Akt / Palästina: Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Linken über Auswege aus der PLO-Krise / Kommuniqué der palästinensischen Linksorganisation von Aden / Nicaragua: Von der Vernichtung zur Invasion? / Honduras: Machtwechsel auf US-Geheiß / Südafrika: Der Widerstand in Innern/ "Sie sind unsere Führer" - Die Verurteilten von Rivonia 1964 / Kultur: Agostino Neto - Poesie und Kultur/ Südliches Afrika: Symposium "Bildung zur Befreiung"**

## EINGEGANGENE BÜCHER

Joan Didion: *Salvador*. 106 S. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984

Dorothee Sille / Horst Goldstein (Hg.): *"Dank sei Gott und der Revolution"* Christen in Nicaragua. 215 S. rororo aktuell 5438, Reinbek 1984

Die Grünen in Landtag von Baden-Württemberg: *Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg - Darstellung und Kritik - Bezug: Konrad-Adenauer-Str. 3, 7000 Stuttgart 1*

Stella Calloni/Rafael Cribari: *La "Guerra Encubierta" contra Contadora*, 390 S., Centro de Capacitación Social, Panamá 1983

Silvio Bertolani: *Halbgötter, Giftkriege und Kondensmilch. Schweizer Agro-Firmen in der Dritten Welt*, Nestlé, Ciba-Geigy, Gebr. Bühler, AndréGöe. u.a., Z-Verlag, Basel 1983

Raymond Roussel: *In Havanna. Ein Romanfragment*, 100 S., Syndikat/EVA, Frankfurt 1984

Richard Gerster: *Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Entwicklungsländer*. Vorwort von Michael Manley. 328 S., Z-Verlag, Basel 1982

## Termine

### TON-DIA-SERIEN IN DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT - eine Medienschau -

Wochenendseminar am 30. 6./1. 7. 1984

Ort: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika (FDCL)  
Gneisenaustr. 2 Im Mehringhof Aufgang 3 5. Stock 1000 Berlin 61

Zeit: Samstag, 30. 6. 1984, 10 - 18 Uhr

Sonntag, 1. 7. 1984, 14 - 20 Uhr

Anmeldung: Mo - Fr 9 - 12 Uhr Tel. 693 40 29

Im Laufe der letzten Jahre sind von Arbeitsgruppen im FDCL eine Reihe von Ton-Dia-Schauen zu aktuellen Themenkomplexen der auf Lateinamerika bezogenen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit erstellt worden. Sie sollen vorgeführt werden und neben einer themenzentrierten Diskussion wird Raum für einen Austausch von Erfahrungen im Erstellen bzw. Einsetzen von Ton-Dia-Serien in der Öffentlichkeit geboten. Dieses Seminar richtet sich besonders an Aktionsgruppen und im Bildungsbereich tätige Interessenten.

#### Programm:

Samstag: 10.00 Uhr Das deutsch-argentinische Atomgeschäft

12.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr Die exportierte Unterdrückung - Westdeutsche Waffen in Lateinamerika

15.00 Uhr Handel mit der Dritten Welt: Der Hamburger Hafen - Mittelamerika

anschließend Diskussion zum Thema: Einsatz von Bildmedien in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Sonntag: 14.00 Uhr Bevölkerungspolitik in der BRD und Lateinamerika

16.00 Uhr Luchin (Kinder in Chile)

17.00 Uhr Pause

18.00 Uhr Mapuche in Chile (Indianer in Chile/in spanischer Sprache)

anschließend Auswertung der Ton-Dia-Serien mit der Fragestellung: Welches "Bild" vermitteln wir von Lateinamerika?

\*\*\*\*\*

### INTERNATIONALES THEATERSEMINAR

10. - 19. August 1984

für Amateure, Pädagogen und für Leute, die Spaß an Theaterspielen haben aus Italien, Frankreich, Holland England und der BRD. Es finden Workshops zu Ausdruckstheater, Zirkustechniken, Bewegungs- und Straßentheater statt.

Informationen und Prospekte über Jeanine de Heus und Eckhard Schöller,  
Haus Lerbach, 5060 Bergisch Gladbach, Tel. 02202/31021

\*\*\*\*\*

### FRAUENWORKKAMP

26. 7. - 5. 8. 1984

Die AGG veranstaltet in diesen Jahr wieder ein Workkamp für ausländische und deutsche Frauen. In den 14 Tagen wollen wir Wissen über die Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und Hocharbeit unter Berücksichtigung patriarchaler Machtpolitik erarbeiten und unsere Eingebundenheit in diese Strukturen hinterfragen und auswerten.

Das Seminar findet in Kamp-Lintfort statt. Anmeldeschluß ist der 9. Juli!

Anmeldung und Informationen bei: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgenossinnen (AGG), Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/234021

\*\*\*\*\*

Es gibt jetzt eine Ton-Bildschau zu NICARAGUA mit dem Titel:

### Eine Revolution auch für Frauen?

Schweizer Frauen haben 1983 die Aufnahmen zu dieser Serie gemacht. Es geht außer um die Situation der nicaraguanischen Frauen allgemein, speziell um die Arbeit des Frauen-Rechtshilfe-Büros in Managua, das im Mai 1983 seine Arbeit aufgenommen hat und hier in der BRD um finanzielle Unterstützung wirbt.

Die Ton-Bildschau kann gegen einen Unkostenbeitrag von DM 35,-- ausgeliehen werden bei:

**Mittelamerika-Komitee** c/o Ursel Schulz  
Goslerstr. 21 3400 Göttingen

Spendenkonto:

M. Müller (Stichwort: Rechtshilfe)

Kto.: 11 8 11 42 63 Städt. Sparkasse Göttingen (BLZ 260 500 01)



#### Weitere Sonderhefte

**2/1984 „Air Land Battle“ (ALB):** Enthält sämtliche Dokumente zu ALB und analysiert die Rolle der BRD und der 3. Welt in der neuen US-Kriegsführungsstrategie. (60 S., 4 DM)

**3/1984 „Guatemala“:** Analysiert die aktuelle Lage des Regimes, seine Rolle in der Interventionspolitik Reagans und das Wiederaufleben der Guerilla. (24 S., 2 DM)

Einzelheft 2,50 DM. Sonderheft 2 bzw. 4 DM. Jahresabo 25 DM. 33 % Rabatt ab 10 Exempl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft.

#### Coupon/Bitte einschicken!

Ich bestelle:

Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

ein kostenloses Probeheft des AIB

ein Abonnement ab Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

AIB-Sonderheft 4/1984

## NIKARAGUA

# AIB

Sonderheft 4/84

2 DM

## NIKARAGUA

### 5 Jahre Revolution



Am 19. Juli 1979 siegte die sandinistische Revolution über die Somoza-Diktatur.

Was hat diese Revolution bisher dem Volk gebracht, vor welchen Problemen steht sie? Kann sie der Destabilisierung standhalten? Kommt die US-Invasion?

Diesen Fragen geht das AIB-Sonderheft 4/1984 (32 S., 2,- DM) nach.

Inhalt: 5 Jahre Revolution – eine Bilanz ● US-Intervention und Konterrevolution ● Interview mit T. Borge ● Wirtschaftsboykott ● Agrarreform ● Die Bonner Nikaragua-Politik ● Geschichte des Befreiungskampfes

● Aktions- und Materialspiegel.

**Sexualpädagogik  
Familienplanung**  
Erscheint alle 2 Monate

# pro familia magazin

## Familienplanung – ein weltweites Thema

Darum ist die *Pro Familia* (Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung) auch aktives Mitglied der IPPF (International Planned Parenthood Federation).

Darum berichtet das *pro familia magazin Sexualpädagogik und Familienplanung* regelmäßig über Fragen der Familienplanung in aller Welt. Einige Beispiele:

Familienplanung in Tunesien (Heft 1/81) ■ Der IPPF-Plan 1982-1984 (1/81) ■ Unfruchtbarkeit – ein besonderes Problem in Afrika (2/81) ■ Teenager-Schwangerschaften – ein weltweites Problem (4/83) ■ Familienplanungsarbeit mit türkischen Frauen (4/81) ■ Besuch einer Delegation aus China bei Pro Familia (2/82) ■ Schwerpunktheft: Von Türikinnen und anderen Ausländern (3/82) ■ Schwerpunktheft: Familienplanung und Bevölkerungspolitik (1/83) ■ Familienplanung in Sri Lanka (1/83) ■ Familienplanung in Griechenland (4/83) ■ Aus der Arbeit der IPPF (5/83) ■ Gebährverhalten bei den Eipo in Neu-Guinea (1/84) ■ Familienplaner aus aller Welt trafen sich in Nairobi (2/84)

**Darum erscheint im Juli 1984 das Schwerpunktheft „Familienplanung international“**

Ankreuzen und einsenden an:

Gerd J. Holtzmeier Verlag

Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

### Schwerpunkthemen

Heft 4/83 Gesundheitskultur und Sexualität (8. Juli)

Heft 5/83 Pro Familia Praxis (5. Sept.)

Heft 1/84 Kinder kriegten Sexualität (7. Januar)

Heft 2/84 (10. März)

Heft 3/84 Verhütung (2. Mai)

Heft 4/84 Familienplanung international (6. Juli)

Bitte, schicken Sie mir das angekreuzte Heft gegen Rechnung (6,20 DM + 0,80 DM Porto). Wenn ich innerhalb von drei Wochen die Zeitschrift abonnieren, brauche ich die Rechnung nicht zu bezahlen.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte, schicken Sie mir das „Kennenlernpäckchen“ des *pro familia magazins* „Sexualpädagogik und Familienplanung“ (4 Ausgaben ab 1981 je nach Lagerbestand) zum Preis von DM 10,- (Schein/Scheck beigefügt).